

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Auslieferung Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Anzeigenspalte oder deren Raum 50 Pf., für vollständige und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schloßstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 12. Januar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Geißt und genarrt!

Die Regierung treibt ihr skandalöse Versteckspiel mit der Wahlreform ungeniert weiter. Zwar kündigte die Thronrede an, daß bereits in einigen Wochen die neue Wahlrechtsvorlage dem Landtage zugehen werde — aber über den Inhalt dieser Wahlreform gab man auch nicht einmal die leiseste Andeutung!

Und die Vertreter der bürgerlichen Parteien scheinen darin gar nichts Absonderliches zu finden. Ihnen kommt offenbar die Vorlage früh genug, sie regen sich über ihren nutzmaßlichen Inhalt nicht weiter auf. Wahrscheinlich hat ja auch die Regierung die führenden Persönlichkeiten der bürgerlichen Parteien über ihre Absichten bereits ausreichend informiert! Wir halten es wenigstens für ausgeschlossen, daß diese Regierung im Konklave eine Vorlage ausarbeiten könnte, ohne vorher wenigstens mit den ausschlaggebenden Parteien Rücksprache genommen zu haben. Das, was über den Termin der Einbringung bereits vor Wochen mitgeteilt worden ist, hat ja durch die Thronrede seine Bestätigung erfahren, warum sollte sich's also mit dem Inhalt der Vorlage anders verhalten?!

Die Auhnieker der Dreiklassenschmach, Konservative, Zentrum und Nationalliberale, wissen also wahrscheinlich ganz genau, worauf Herr v. Bethmann Hollweg mit seiner „Wahlreform“ hinaus will. Aber die Masse der Wähler erfährt nichts! Sie soll sich so lange gedulden, bis es den Arrangements dieser empörenden Komödie beliebt, den Vorhang zu lüften. Das Volk soll ja wieder einmal das Objekt, nicht aber das Subjekt dieser bürokratisch-reaktionären Geschehnismacherei sein!

Die Reaktion fährt inzwischen nunter fort, selbst gegen die armseligen Verbesserungen Sturm zu laufen, die die Vorlage bringen soll. Zentrum und Freisinnige, diese samosen Verfechter der Forderung der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen, schlafen dagegen gesunden Pflanzenschlaf. Sie rühren sich nicht! Sie gebärden sich, als ob es sich nicht darum handelte, nunmehr alle Kräfte einzusetzen, um das von ihnen wiederholt durch Anträge geforderte Wahlrecht auch durchzuführen, sondern um eine ihnen vollständig fremde und gleichgültige Sache, um eine Wahlreform in Neuseeland etwa oder gar auf dem Monde! Ein Verhalten, das selbst die letzten derer, die nach einem verzweifelt pessimistischen Wort nicht alle werden sollen, darüber aufklären müßte, daß hinter den Wahlrechtsbefürwortungen des Zentrums und Freisinn's nichts steckt als infamste Heuchelei!

Zu solch perfider Verschleppungstaktik gehören freilich zwei Parteien. Herr v. Bethmann Hollweg und seine Helfer und Helfer auf der einen und die entrechteten Massen auf der anderen Seite! Diese Massen haben nicht die geringste Ursache, mit ihrem Kampf gegen die Dreiklassenschmach auch nur einen Augenblick länger zu zögern, weil es den Wahlrechtsfeinden und Wahlrechtsmögern gefällt, ihre Karten erst in ein paar Wochen aufzudecken! Die Massen dürfen sich nicht vom Feind die Kampfbedingungen vorschreiben lassen, sie haben den Gegner in die Defensive zu drängen!

Die Herrschenden möchten einweisen noch alle Unruhe und Aufregung vermeiden. Sie wollen die Massen über-rumpeln, verblüffen. Aber die Gebuld der Entrechteten ist erschöpft! Sie haben nicht Lust, sich länger äffen und narren zu lassen! Für sie gibt es jetzt nur eine Pflicht: das Volk aufzurütteln!

Nieder mit der Dreiklassenschmach!
Nieder mit jedem Klassenwahlrecht!
Entfesselt den Wahlrechtssturm!

Die Thronrede

hat folgenden Wortlaut:

Erlaubte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags!

Die Staatsfinanzen, welche durch die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse in Mitleidenschaft gezogen waren, beginnen sich infolge der allmählichen Wiederbelebung von Handel und Verkehr langsam zu bessern, so daß sich voraussichtlich auch der für das laufende Etatsjahr veranschlagte Fehlbetrag nicht unerheblich ermäßigen wird.

Insmerhin kann von den staatlichen Betriebsverwaltungen, insbesondere der Eisenbahnverwaltung, bei ihren stark gestiegenen Selbstkosten auch für 1910 kein so hoher Zuschuß zu den allgemeinen Staatsausgaben wie in früheren Jahren erwartet werden. Dazu kommt, daß von den rund 200 Millionen Mark, durch welche die Befoldungsbesserungen der Staatskasse dauernd belastet haben, nur der kleinere Teil in neuen Steuern Deckung gefunden hat. Trotz größter Beschränkung wird daher auch der Etatsentwurf für das kommende Jahr mit einem zwar gegen die Vorjahre verringerten, aber doch noch namhaften Fehlbetrag abschließen. Diese Sachlage macht auch weiterhin möglichste Zurückhaltung in allen staatlichen Aufwendungen zur Pflicht, um Einnahmen und Ausgaben nach und nach wieder auszugleichen.

Dem vom Hause der Abgeordneten kundgegebenen Wunsche entsprechend ist in dem Entwurfe des Etats versucht worden, zur Herbei-

führung größerer Gleichmäßigkeit im gesamten Staatshaushalt einer übermäßigen Inanspruchnahme der schwankenden Eisenbahnerträge für andere staatliche Zwecke angemessene Schranken zu setzen.

Zur Erweiterung und besonderen Ausrüstung des Staatseisenbahnnetzes sowie zur Unterstützung von Kleinbahnen werden wiederum erhebliche Mittel angefordert werden.

Die Fürsorge für die schulentlassene Jugend erheischt eine weitere Ausbreitung und Entwicklung des Fortbildungsschulwesens auch auf dem platten Lande. Gestützt auf die günstigen Wirkungen des im Jahre 1904 für die Provinz Hessen-Rassau erlassenen Gesetzes wird meine Regierung Gesetze vorschlagen, die auch in den Provinzen Pommern, Schlesien und Westfalen den Kommunalverbänden das Recht verleihen sollen, die Pflicht zum Besuche ländlicher Fortbildungsschulen einzuführen.

Den Bestrebungen zur Förderung der inneren Kolonisation, namentlich auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen wird fortgesetzt die größte Aufmerksamkeit zugewendet. Ein Gesetzentwurf, der die Mittel zur Gewährung von Zwischenkredit bei Rentengutsgründungen erhöht, wird Ihnen demnächst zugehen.

Das älteste der geltenden preussischen Gemeindeverfassungsgesetze, die Gemeindeordnung für die Rheinprovinz vom 23. Juli 1845 vermag nicht mehr allen Anforderungen gerecht zu werden, welche die bedeutende Entwicklung dieser Provinz an die Gemeindeorganisation stellt. Eine Novelle will dieses Gesetz den Aufgaben der Gegenwart anpassen.

Während die Reichsgefesgebung eine doppelte Heranziehung zu den direkten Staatssteuern innerhalb des Reichs verhältet, fehlt es bisher für die direkte Kommunalbesteuerung an einem ähnlichen Schutze. Ein Gesetzentwurf soll die Möglichkeit schaffen, kommunalen Doppelbesteuerungen innerhalb der einzelnen Bundesstaaten im Verwaltungswege entgegenzutreten.

Um die als notwendig erkannte Reform der inneren Verwaltung zu fördern, habe Ich im Juni des vergangenen Jahres eine besondere Inndelattkommission sachverständiger und erfahrener Männer aus den verschiedensten Kreisen berufen, die unter dem Vorsitze des Ministers des Innern ihre Arbeiten alsbald begonnen hat. Ihre gutachtlichen Vorschläge werden die Grundlage für die weiteren Beschlässe und für gesetzgeberische Vorlagen meiner Regierung bilden. Ich vertraue darauf, daß auch Sie, meine Herren, alsdann bereit sein werden, das für die Fortentwicklung des Landes wichtige Werk nach Kräften zu unterstützen.

Endlich harret Ihrer noch eine ernste Aufgabe. Die Vorarbeiten für eine Reform des Wahlrechts zum Hause der Abgeordneten sind ihrem Abschlusse nahe. Eine Vorlage wird in einigen Wochen Ihrer Beratung unterbreitet werden.

Strenge Sachlichkeit und pflichtbewusste Staatsgesinnung wird, das bin Ich gewiß, wie bisher die Entscheidung der preussischen Landesvertretung leiten. Und so erhoffe Ich von der bevorstehenden Tagung segensreiche Ergebnisse für die Wohlfahrt des Vaterlandes.

Die erste Sitzung des Landtags.

Zwei Stunden nach der feierlichen Eröffnung der Session fanden sich die preussischen „Volksvertreter“ in der Prinz-Albrechtstraße ein, um die Vorlagen der Regierung entgegenzunehmen. Zur allgemeinen Ueberraschung erhob sich, bevor der Finanzminister zu seiner Etatsrede das Wort ergriff, der neue Reichstangler und preussische Ministerpräsident, um sich dem Hause vorzustellen. Wer aber geglaubt hätte, Herr v. Bethmann Hollweg würde ein politisches Glaubensbekenntnis ablegen, der wurde bitter enttäuscht. Wie die Thronrede über die wichtige Frage der Wahlreform mit einigen nichtsagenden Worten hinweggeht, so glaubte auch der Ministerpräsident, daß es nicht nötig sei, irgendwelche politischen Erörterungen anzustellen. Ihm genügt es, unter Berufung auf seine früheren Beziehungen zum Hause, die Herren vom Dreiklassenparlament um die Zuwendung ihres weiteren Vertrauens zu bitten, und die Abgeordneten gaben sich damit zufrieden. Öffentlich wird der Ministerpräsident bald gezwungen werden, Farbe zu bekennen, damit das Volk weiß, woran es ist.

Knapp zwei Minuten hatte die Einführungsrede Bethmann Hollwegs gedauert; um den Anstand zu wahren, hielt er sich noch kurze Zeit im Hause auf, er verließ den Saal aber schon während des ersten Teils der nun folgenden Etatsrede des Finanzministers. Herr v. Rheinbaben ist als trockener Bureaokrat bekannt, seine Etatsreden zeichnen sich durch große Klarheit und durch geschickte Zahlengruppierungen aus. Kommt es darauf an, neue Mittel vom Landtage zu erbitten, dann versteht er es, rot in rot zu malen; handelt es sich darum, Anforderungen des Hauses entgegenzutreten, dann ist die Finanzlage die denkbar schlechteste. So auch diesmal. Mit einer Gewandheit und einer Geschwindigkeit, die einem Herrenmeister alle Ehre macht, rechnet er ein Defizit von fast 100 Millionen heraus, um daran die Mahnung an das Haus zu richten, es möge sich in seinen Forderungen bescheiden. Nach Art eines Geschäftsmannes, der seine Ware anpreist, zählt er auf, wie freigebig die Regierung sei, was sie alles für die Beamten und für die Volkskassen getan habe, ohne zu bedenken, wie stark die preussische Volkskassen Jahrgelinde hindurch vernachlässigt war und mit wie geringen Gehältern die mittleren und unteren Beamten abgespeist wurden. Uebt das Haus keine Sparsamkeit, so müssen nach Ansicht des Ministers neue Einnahmequellen erschlossen werden, und da diese Einnahmequellen voraussichtlich in der Hauptsache in einer Er-

höhung der direkten Steuern bestehen, vor der die Besühenden eine heillose Angst haben, so dürfte schon diese Ankündigung genügen, um das hohe Haus gefügig zu machen.

Nur an wenigen Stellen weckte die Rede Rheinbabens, die im großen ganzen mit eifrigem Stillschweigen entgegengenommen wurde, ein Echo des Weifalls bei der konservativ-liberalen Mehrheit: das eine Mal, als der Minister dem schwarz-blauen Mod' Dank für die Reichsfinanzreform zollte, durch die die gestundeten Matrifularbeiträge auf das Reich übernommen wurden, und das zweite Mal, als er sich — gewissermaßen als Antwort auf die Denkschriften der badischen und der sächsischen Regierung — mit Emphase für die Erhebung von Schiffsabgaben ins Zeug legte. Im übrigen bot seine Rede keinerlei Anspielungen auf politische Vorgänge.

Um so größer wird die Pflicht der Abgeordneten sein, bei der Beratung des Etats, die am Sonnabend beginnt, die Regierung aus ihrer Reserve herauszulocken.

Der sächsische Landtag früher und jetzt.

Aus Dresden wird uns geschrieben:

Der jetzt noch in den Ferien weilende sächsische Landtag hat im ersten Teile seiner Tagung, die fast sechs Wochen währt, eifrig gearbeitet. Freilich, endgültig erledigt ist noch nicht viel, doch sind eine Reihe Vorlagen, darunter der Etat stark in Angriff genommen. Die Prophezeiungen der Gegner, die Zweite Kammer werde durch die unbändige Rebellität der 25 Sozialdemokraten bei ihren Arbeiten aufgehalten werden, ist durch die Tatsachen bereits ad absurdum geführt worden. Die sozialdemokratische Fraktion hat zwar keine Gelegenheit verkannt, ihren prinzipiellen Standpunkt zu den einzelnen Fragen darzulegen und kritisch einzugreifen, wo es nötig war; ihre Anträge zeugen auch davon, daß sie, um mit einem früheren nationalliberalen Führer zu reden, als „sozialpolitisches Gewissen des Hauses“ eindringlich und entschieden wirkt. Aber auch der schlimmste Feind kann der jungen sozialdemokratischen Fraktion der Zweiten sächsischen Kammer nicht nachtragen, durch überflüssiges Reden die Arbeiten verzögert zu haben.

Neu ist die Tätigkeit der Sozialdemokraten in den Kommissionen, die im sächsischen Landtage Deputationen genannt werden. Mit Ausnahme der Petitions- und Beschwerdedeputation, in der einmal kurze Zeit Genosse Goldstein saß, hat noch kein Sozialdemokrat sich irgendwo in einer der fünf Deputationen betätigen können, weil früher von Konservativen und Nationalliberalen das ebenso kleinliche wie erbärmliche Verfahren geübt wurde, die Sozialdemokraten ausnahmslos von den Deputationen fern zu halten. Durch den Eintritt der Sozialdemokraten in die Deputationen sind natürlich dort auch Anschauungen zur Geltung gekommen, die man früher nicht kannte. Die Meinungsverschiedenheiten sind größer, die Verhandlungen gründlicher geworden. Unseren Genossen ist es jetzt möglich, kleinere Wünsche und Forderungen, die früher oft nur versipäet, das heißt wenn der Deputationsbericht bereits vorlag, im Plenum vorgebracht werden konnten, in den Deputationen geltend zu machen und sicher auch in vielen Fällen zur Anerkennung zu bringen.

Nach den letzten Wahlen ist das Stärkeverhältnis der Parteien in der Zweiten Kammer völlig verschoben, die früher allein herrschenden Konservativen sind ungefähr um so viel schwächer geworden, wie die Sozialdemokratie Vertreter hat; das Verhältnis zwischen Konservativen und Nationalliberalen hat sich stark gewandelt. Beide Fraktionen könnten jetzt noch die Mehrheit, nämlich 58 von 91 Abgeordneten, stellen. Sie sind aber so gründlich verbannt, daß ein gemeinsames Vorgehen in vielen Fällen, wenigstens für die nächste Zeit, ausgeschlossen ist. Die zur Annahme einer Vorlage oder eines Antrages erforderlichen Mehrheiten werden deshalb zum Teil von Nationalliberalen und Sozialdemokraten, zum Teil von Nationalliberalen und Konservativen gestellt werden. In einzelnen Fällen ist auch eine Mehrheitsbildung von Sozialdemokraten und Konservativen möglich, nämlich dann, wenn liberale Anträge derartig wackeliger Natur sind, daß Sozialdemokraten aus prinzipiellen Gründen nicht dafür stimmen können, während sie den Konservativen zu weit gehen. Eine ähnliche Situation kann sich leicht bei den demnächst zur Beratung kommenden Anträgen der Liberalen über die Reform der Ersten Kammer ergeben.

Früher waren derartige Verschleppungen und ausschlaggebende Mehrheitsbildungen in der Zweiten sächsischen Kammer nicht möglich. Denn es gingen da die Nationalliberalen regelmäßig und ausnahmslos mit den Konservativen, ja erstere bildeten ja überhaupt nur den Schwanz der Fraktion Weimert-Opyl. Das ist wenigstens zurzeit, wie schon angedeutet, anders geworden. Aber auch die sozialdemokratische Fraktion kommt heute zum Teil in eine ausschlaggebende Stellung, die früher auch zu der Zeit, wo wir, wie 1896 15 Vertreter im Landtage hatten, ausgeschlossen war. Wenn die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtags früher ihren prinzipiellen Standpunkt bei einer Abstimmung zum Ausdruck brachte, war das in der Regel aus den oben dargelegten Gründen ganz ohne Einfluß für das Ergebnis der Abstimmung. Jetzt aber wird in vielen Fällen durch die sozialdemokratische Haltung eine Entscheidung herbeigeführt werden. Liberale Anträge können, wenn sie einen wirklichen Fortschritt versprechen, durch die sozialdemokratischen Stimmen durchgedrückt, reaktionäre Vorstöße dagegen verhindert werden, wenn die Liberalen nur einigermaßen standhalten.

Das ist eine Konstellation, die jede Abstimmung zu einem Ereignis macht, dem man mit Spannung entgegensehen kann. Es wird dadurch aber auch das Maß der Verantwortlichkeit für die

sozialdemokratische Fraktion bedeutend größer. Doch werden unsere Genossen unbedingt den Weg gehen, den ihnen unser Programm weist und unausgesetzt darauf bedacht sein, so viel wie möglich den Fortschritt und das Wohl und Recht des Volkes zu fördern.

Das neue bayerische Berggesetz.

Schon in der vorigen Session hat die Kammer der Abgeordneten einen von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf auf Abänderung des Berggesetzes durchberaten. Das Gesetz kam nicht zustande. Jetzt legt die Regierung jenen Entwurf nochmals mit einer Reihe von Änderungen vor. Sie sind teils veranlaßt durch die Beschlüsse der Abgeordneten-Kammer und teils durch das preussische Berggesetz vom Juli 1900.

Die neue Fassung begrenzt die Verantwortung der Aufsichtspersonen schärfer und will dadurch jene wirksamer gestalten. Sie zieht in den Kreis der Verantwortlichen neben den Aufsichtspersonen wie Betriebsführer, Steiger, technische Aufseher auch den Bergwerksbesitzer oder dessen gesetzliche Vertreter, die von ihm mit der Verwaltung des Bergwerksbetriebes beauftragt, sowie die Personen, welche den Aufsichtspersonen vorgelegt sind.

Der alte Entwurf der Regierung sieht vor, daß in denjenigen Bergwerksbetrieben, in welchen in der Regel mindestens hundert Arbeiter beschäftigt werden, Bestimmungen in die Arbeitsordnung aufzunehmen sind, wonach Arbeiterausschüsse aus ihrer Mitte Vertrauensmänner wählen, welche berechtigt sind, an den Werksbeamten obliegenden Untersuchungen der Grubenbaue auf ihre Sicherheit periodisch teilzunehmen und ihre Beanstandungen zur Kenntnis der Werksleitung zu bringen. Diese Bestimmung wurde von der Kammer noch dahin verbessert, daß die Zahl „100“ auf 50 erniedrigt und der Zusatz angefügt wurde, daß die Beanstandungen zur Kenntnis der Berginspektion zu bringen sind, wenn die Werksleitung nicht für Beseitigung sorgt.

Die Abgeordnetenkammer hatte die Bestimmung eingefügt, daß vor Ablauf der Wahlperiode die Vertrauensmänner nur entlassen werden können, wenn Gründe vorliegen, welche die Werksleitung berechtigen, Bergleute ohne Kündigung sofort zu entlassen. Dieser Beschluß erscheint indes im Regierungsentwurf nur verächtlich wieder.

Nach dem früheren Regierungsentwurf sollte der von den Arbeitern gewählte Vertrauensmann, der die Kontrolle über die Fördergefäße zu führen hat, von den Arbeitern allein bezahlt werden. Die Kammer beschloß, die Kosten dem Bergbesitzer und den beteiligten Arbeitern zu gleichen Teilen aufzuerlegen. Dem schließt sich nun die Regierung an.

Das „Rausen“ wird beseitigt durch die Bestimmung, daß „vorschriftswidrig beladene Fördergefäße insoweit angerechnet werden müssen, als ihr Inhalt vorschriftsmäßig ist.“

Die Abgeordnetenkammer hatte für gewöhnliche Fälle die Geldstrafen wesentlich beschränkt durch die Bestimmung: „Geldstrafen dürfen im ersten Falle eines jeden Kalendermonats 50 Pf., im zweiten Fall 75 Pf. und in den weiteren Fällen je eine Mark nicht übersteigen.“ Der Regierungsentwurf sieht wiederum bedeutend höhere Strafen vor, nämlich bis zur Hälfte eines durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes.

Der alte Regierungsentwurf enthielt für Bergwerksbetriebe mit in der Regel mindestens 100 Arbeitern für die Bildung der ständigen Arbeiterausschüsse die Verhältniswahl. Die Kammer will sie schon für Betriebe mit mindestens 50 Arbeitern. Der neue Entwurf akzeptiert diese kleine Verbesserung. Die Zahl der Arbeitervertreter im Arbeiterausschuss ist auf mindestens drei festgesetzt für alle Bergwerksbetriebe bis zu 200 Arbeitern. Für je 200 Arbeiter mehr ist ein Vertreter mehr zu wählen. Die Arbeiterausschüsse sind alle drei Jahre neu zu wählen.

Die Vertrauensmänner zur Grubenkontrolle und die von den Beamten der Berginspektion zu ihren Grubenbefahrungen zugezogenen Arbeiter sollen für Grubenbefahrungen nach Maßgabe ihres regelmäßigen Arbeitsverdienstes durch den Wertbesitzer entschädigt werden. Die Zahl der Vertrauensmänner wird vom Oberbergamt bestimmt.

Neu sind die Bestimmungen über die Befugnisse der Vertrauensmänner, die in vielen Teilen nahezu wörtlich aus der preussischen Berggesetznovelle herübergenommen sind.

Der neue Entwurf behält eine Bestimmung der alten bei, wonach „junge Leute unter 16 Jahren unter Tag nicht beschäftigt werden dürfen.“

Zum Schutze der Arbeiter sind eine Reihe Zusätze vorgeschlagen, so eine höchstens sechsstündige Arbeitszeit für Arbeiter, die an Buntminen mit einer gewöhnlichen Temperatur von mehr als 25 Gr. Celsius arbeiten. An solchen Buntminen dürfen auch Ueber- oder Nebenschichten nicht verfahren werden.

Der sehr wichtige Beschluß der Kammer auf Beschränkung der Nebenschichten auf höchstens fünf im Monate und 35 pro Jahr und das vollständige Verbot der Ueber- und Nebenschichten wird von dem Regierungsentwurf ganz ignoriert.

Als Gesamturteil kann man aussprechen: Das neue Berggesetz bringt zweifellos eine Reihe von Verbesserungen gegen das alte. Und die Verbesserungen sind aber lange nicht ausreichend und die Kammer der Abgeordneten wird vermutlich in den Bestimmungen über Arbeitszeit, Ueberarbeit und Kontrolle der Bergwerke viel weiter gehen müssen als der Entwurf der Regierung.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 11. Januar 1910.

Vom Junkerparadies Mecklenburg.

Aus dem Reichstage, 11. Januar. Daß es im Deutschen Reich eine Staatskrise gibt, dessen Verfassungszustände sogar noch unterpreussisch sind, wurde heute im Reichstage wieder einmal festgestellt, als die Inter-

pellation wegen des Scheiterns der mecklenburgischen Verfassungsreform zur Verhandlung kam.

Beschleiden veranlagte Gemüter preussischer Untertanen mögen darin einen Trost erblicken, daß sie in den Mecklenburgern Gefährten im Unglück haben. Der Volksanschauung gab aber Genosse Frohme in der Besprechung treffend Ausdruck, als er die Zustände in Mecklenburg als eine Schmach und Schande für das Deutsche Reich bezeichnete.

So kräftig drückten sich die liberalen Interpellanten natürlich nicht aus. Weder in den zierlichen Worten des national-liberalen Herrn Lind, seines Zeichens Reichsminister von Rostock, noch aus denen des freisinnigen Herrn Bachnick, der stets in wonniger Luft dem Geplätscher seiner eigenen Rede lauscht, kam die Empörung und der Grimm zur Geltung, die eigentlich jeden erfüllen müßten, dem es ernst ist mit der Forderung einer Verfassung für das Junkerparadies Mecklenburg. Die beiden liberalen Herren betonten zwar, es müßte durchaus etwas geschehen, die Frage dürfe nicht ruhen, sie verwahrten sich aber sehr gekränkt gegen den Vorwurf, daß sie „Agitation“ trieben. So hatte denn auch ihre Forderung, das Reich müsse eingreifen, nur die Wirkung eines Schlages ins Wasser.

In Vertretung des Reichskanzlers erklärte der Staatssekretär Delbrück mit der ihm eigenen bürokratischen Trockenheit dürftigen Kalibers: die Verbündeten Regierungen lehnten es ab, sich auf irgend welche Schritte zur Erzwingung einer Verfassung in Mecklenburg einzulassen, da dadurch der föderative Charakter des Reichs gefährdet werden könne. Der mecklenburgische Bevollmächtigte v. Brandenstein verlas Erklärungen der beiden mecklenburgischen Regierungen, die im Effekt auf das nämliche hinausliefen wie die Bundesratsklärung, die aber stürmische Heiterkeit auf der Linken erregten, da sie in den gequältesten Wendungen die frühere Erklärung der Schweriner Regierung, sie werde nach dem Scheitern ihrer Verfassungsvorlage dem Eingreifen des Reichs keinen Widerstand mehr entgegensetzen, hinwegzuwischen suchten.

Durch diese Regierungserklärungen war, wie das in Preußen und Mecklenburg so üblich ist, den Junkern wieder einmal für die Fortführung ihrer Regierungsmiswirtschaft freier Spielraum geschaffen. Als Vertreter der mecklenburgischen nicht nur, sondern auch der preussischen Junkerclique triumphierte denn auch Herr v. Treuenfels, obgleich er sich als platonischer Anhänger einer Verfassungsreform vorstellte, über diesen Ausgang der Sache. Er versetzte dabei auch den mecklenburgischen Regierungen einige kräftige Nasenstöße wegen des Ungehorsams, das sie bei der Förderung der Verfassungsreform bewiesen haben. Das geschieht den mecklenburgischen Bureaucraten ganz recht. Wagen sie es doch ebensowenig wie ihre preussischen Kollegen, gegen die Junkerclique aufzumachen. Herr Gröber verschlang sich schließlich namens der Zentrumsparthei gleichfalls hinter das föderative Prinzip, um den konservativen Bundesbrüdern und den Regierungen beistehen zu können.

Genosse Frohme betonte, es sei ganz unfruchtbar, sich über die Kompetenzfrage herumzusträuben; bei diesen Redereien komme nichts heraus. Eine einfache Lösung der Frage würde es sein, wenn der Reichstag dem abermals eingebrachten sozialdemokratischen Antrage zustimmte, daß in jedem Bundesstaate das Reichstagswahlrecht auch für die Landtage eingeführt ist. Da wird es sich ja zeigen, was von dem Verfassungsbefehl der Liberalen zu halten ist. Vorläufig haben die Regierungserklärungen das Reich zu einer Schutzburg für das Junkerparadies Mecklenburg erniedrigt.

Die „Kreuz-Ztg.“ über die Wahlreform.

Die „Kreuz-Ztg.“ bemerkt zu der Wahlreform-Ausschreibung der Thronrede:

Die Thronrede sagt nur, daß die Vorarbeiten für eine Reform des Wahlrechts ihrem Abschlusse nahe seien und daß die Vorlage in einigen Wochen dem Landtage zugehen werde. Diese Mitteilung ist erfreulich. Je eher durch eine Regierungsvorlage der öffentlichen Diskussion Ziel und Richtung gegeben wird, desto eher wird die aufreizende Agitation auf der einen, die beunruhigende Sorge auf der anderen Seite sich mäßigen. Mag dann der Kampf um die Vorlage selber noch so heftig werden, er wird wenigstens nicht mehr allzu lange dauern. Denn das steht — trotz der von einem konservativen Abgeordneten im Widerspruch mit der Mehrheit seiner Fraktion kundgegebenen Ansicht — wohl fest, daß nach dem jetzt beabsichtigten Verlust einer Wahlrechtsreform, gleichviel ob er zu einem Erfolge führt oder nicht, die Regierung in absehbarer Zeit nicht wieder mit einer neuen Vorlage an den Landtag herantreten wird, mag die Agitation sich auch noch so wild gebärden.

Die Junker erhoffen also von der Einbringung der Wahlrechtsvorlage einmal ein Abblauen der Wahlrechtsagitation und ferner, falls nicht ein kräpplhaftes Reformchen das Tageslicht erblickt, sondern die ganze Reform scheitert, eine Vertagung der Wahlreform ins Unabsehbare.

Damit glaubt man offenbar die Liberalen einschüchtern und für selbst die unzulänglichste und lächerlichste Reform einzufangen zu können.

In Wirklichkeit liegen die Dinge ganz anders! Selbst wenn die Wahlreform diesmal scheitern sollte, weil die Linke sich mit den gebotenen allzu jämmerlichen Konzessionen nicht zufrieden geben würde, wäre damit die Wahlreform selbst keineswegs von der Tagesordnung verschwunden! Im Gegenteil: das elendeste aller Wahlsysteme ist so verhaßt und dem Volke so verächtlich, daß die Regierung schleunigst eine demokratischere Reform anbieten müßte, um die Empörung der Massen zu beschwichtigen!

Der preussische Staatshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1910.

Der Voranschlag für das Etatsjahr 1910 weist ein recht ansehnliches Defizit auf. Die Einnahmen des Staates sind auf 3887 412 963 M., die Ausgaben im Ordinarium auf 3 725 019 542 M., im Extraordinarium auf 204 893 421 M., zusammen auf 3 929 912 963 M., mithin die Ausgaben um 92 000 000 M. höher als die Einnahmen veranschlagt. Der Fehlbetrag wird durch Aufnahme einer Anleihe zu decken sein. Der Betrag der letzteren ist zur Ausgleichung des Staatshaushaltsetats in den Etat der allgemeinen Finanzverwaltung als außerordentliche Einnahme eingestellt.

Gegenüber den Veranschlagungen für das laufende Etatsjahr zeigen die Schlussummen des Etats für 1910 eine Erhöhung um 102 058 278 M. Diefelbe setzt sich bei den Ausgaben

aus einer Erhöhung um 128 495 622 M. im Ordinarium und einer Ermäßigung um 26 437 344 M. im Extraordinarium zusammen. Es sind angeführt bei den staatlichen Betriebsverwaltungen die Einnahmen um 204 207 780 M. höher, die Ausgaben im Ordinarium um 122 026 406 M. höher und im Extraordinarium um 20 929 690 M. niedriger, bei den Dotationen und der allgemeinen Finanzverwaltung die Einnahmen um 5 668 634 M. und die Ausgaben im Ordinarium um 32 302 172 M. höher, bei den eigentlichen Staatsverwaltungen die Einnahmen um 25 832 956 M. und im Extraordinarium um 5 507 654 M. niedriger.

Preussisches Hofzeremoniell.

Der preussische Landtag ist heute mittag im Weißen Saal des Schlosses eröffnet worden. Die Thronrede ist zwar nichtsfagend, unbedeutend und nüchtern, um so prunkvoller aber das ihrer Verlesung vorausgehende höfische Zeremoniell. Wie leicht wird es manchen unserer Leser interessieren, zu erfahren, wie im Kulturstaat Preußen solche Landtagseröffnungen inszeniert werden. Wir geben deshalb nachstehend einen Auszug aus dem Bericht des „Berliner Tageblatts“:

„Die immer verließ eine unsichtbare Deckenbeleuchtung den Vergoldungen des Plafonds einen leuchtenden Glanz, während unten im Saale die Lister nicht angezündet waren, und wie immer standen an den Türen des Saales die friedrichianischen Grenadiere und zu beiden Seiten der rot bedeckten Stufen, die zum Thronstuhl führen, die Jagen im roten Samt und in weißen Anzügen. Kammerherren mit sehr viel goldenen Tressen und hohen Stäben schritten auf und ab und der alte Generalfeldmarschall Graf Gaebele, der einer der Plinkhaftesten war, stand in seiner gelben Manenuniform und seinen nach vorn ritzenden Reiterbeinen plaudernd mit anderen hohen Militärs. Jemlich früh erschien oben in der Mittelloge die Kaiserin, in einem dunklen Kostüm und mit einem schwarzem Federhut, umgeben von einigen Prinzessinen, während man in der benachbarten Diplomatengalerie nur einige jüngere Vorkastsekretäre sah. Allmählich strömten dann durch alle Eingänge des Saales die geladenen Gäste herein: Generale und Minister, Räte erster und zweiter Klasse, und andere Mitglieder der herrschenden Beamtenkaste, allesamt mit Tressen reich besetzt. Die Abgeordneten und die Herrenhausmitglieder, die irgend eine Uniform haben, hatten sie wieder vorschriftsmäßig angelegt, die wenigen Zivilisten hatten sich, wenn es ging, wenigstens mit ihrem Orden geschmückt, und die Bürgermeister, die Mitglieder des Herrenhauses sind — unter ihnen der Oberbürgermeister Klesner — hatten die goldene Amtsette umgehängt. Man sah Paratartarier in Dragoner-, in Husaren- und in einfacher Landwehruniform. Auf der noch feudaleren Herrenhausseite gab es die mecklenburgischen Grenadostämme und Kammerjunker im roten Rod.“

„Was nach zwölf ordneten sich die Gruppen. . . Rechts standen die Mitglieder des Herrenhauses — und in ihrer ersten Reihe der Präsident v. Mantuffel, Graf Gaebele und drei andere Ritter des Schwarzen Adlerordens — dann folgten die Mitglieder des Landtags — mit ihrem Präsidenten Herrn v. Kröcher, in Dragoneruniform — dann die Beamtenkaste und die Generalität. Unter den Abgeordneten sah man nur wenige, die sich durch besondere parlamentarische Leistungen bemerkbar gemacht, und in dem kleinen schwarzen Häuflein der Nichtuniformierten hielten höchstens zwei ganz Schwarze, zwei Zentrums-patres auf. Die Minister und die Staatssekretäre standen neben dem Thron, vor den Senfern, den Herrenhausgründen vis-à-vis — zuerst Herr v. Tirpitz, dann Herr v. Rheinbaben mit glänzendem Haupthaar und Tressenrock, dann die Herren v. Koltze, v. Trott zu Solz, v. Schöen, Pernburg usw., und ihr goldstrotzendes Hauptheu bildete einen schönen Kontrast zu der Rot, die im Staats-schaue herrscht. Als sie alle versammelt waren, erschien Herr v. Bethmann Hollweg in hohen Stiefeln, als Dragoner-major.“

„Um zwölfeinviertel Uhr stiegen die Kammerherren rote Stäbe auf den Parkettboden, die Jagen neben dem Thron und die Grenadiere an den Türen wurden so unbeweglich wie Wachfiguren, und der Kaiser betrat den Saal. Zunächst kam nicht Wilhelm II. selbst, sondern die Schloßgarde und jene ganze Schwarm von Hofchargen und Adjutanten, die nach dem höchsten Zeremoniell bei diesen Gelegenheiten vor ihm herzuführen hat. Die Schloßgardelompagnie in den historischen Uniformen marschiert mit dröhnenden Tritten herein, die Offiziere mit den Helmborden kommandieren: „Halt! Rechte! Augen grade aus! Achtung, die im Flügel! Präsentiert das Gewehr!“ und die Kompagnie stellt sich hinter den Gästen auf und präsentiert mit den friedrichianischen Griffen, während der Offizier auf dem Flügel die Deckelharde senkt. Dann kommt durch die gleiche Tür, an den Herrenhausmitgliedern vorbei zum Thron schreitend, der eigentliche Zug, damit Wappenerbode eröffnen ihn, Hofmarschälle, Zeremonienmeister und Kammerherren folgen, die Generaladjutanten marschieren hinterdrein, und dann erst kommt Wilhelm II., allein in der weißen Gardedufors-Uniform, den goldenen Helm mit dem Adler in der Hand. Hinter ihm wieder Generaladjutanten — der befehligt Herr v. Scholl als Kommandierender der Schloßgarde, in blauer Uniform aus der Alten Preußen-Zeit — dann der Kronprinz, die Prinzen Gisel, Friedrich, August Wilhelm und Oskar und Prinz Karl Anton von Hohenzollern. Als der Kaiser die Stufen hinaufsteigen ist und vor dem Thronstuhl steht, setzt er den Helm aufs Haupt. Und während Herr v. Bethmann Hollweg dem Kaiser die Thronrede reicht, tritt Herr v. Mantuffel vor und ruft — ein wenig asthmatisch in einer allzu engen blauen Husarenuniform: „Seine Majestät der Kaiser, unser allgütigster König und Herr lebe hoch!“ Die Versammelten rufen Hoch und strecken den rechten Arm in die Luft!“

Dann folgte die Verlesung der Thronrede, die Kaiserhochs und der fast ebenso feierliche Abzug.

Wunderschön! Fast ebenso schön wie ein Kostümfest im Metropol-Theater!

Rückzug.

Die Regierung weicht, wie vorausgesehen war, vor dem Drängen des Zentrums mutig zurück. Die Antwortverteilung auf die an den Staatssekretär Jörn von Bulach gerichteten Schreiben der Bischöfe Benzler und Fröhen ist nicht dem Staatssekretär selbst gestattet worden, sondern der Statthalter der Reichslände, Graf von Wedel, hat selbst die Aufgabe übernommen. In diesem im Gegensatz zu den vorhergehenden offenen Briefen des Staatssekretärs und der Bischöfe seiner Jörn nach nicht veröffentlichten Schreiben spricht der Statthalter den Bischöfen sein Bedauern darüber aus, daß das Schreiben des Staatssekretärs Jörn von Bulach in der amtlichen „Straßburger Korrespondenz“ veröffentlicht wurde, bevor es den Bischöfen zugänglich war. Im zweiten Teil geht Graf Wedel auf den Inhalt des Negativen Artikels ein.

Der genaue Inhalt des Briefes ist noch nicht bekannt.

Freisinnige Wahlrechtsversammlung.

Gestern, als am Vorabend des Zusammentritts des Preussischen Abgeordnetenhauses, fand in den Arminien eine große Versammlung der Freisinnigen statt. Reichstagsabgeordneter Traeger sprach über die Einigung der Liberalen und die preussische Wahlreform. Er meinte: Der Liberalismus war oft zu beschleiden, zu zaghaft, und er stand tatenlos beiseite, wo er

die Vorhut im Kampfe hätte sein müssen. (Zustimmung.) Galt uns in Zukunft von allen zweifelhaften Verbindungen zurück zu halten und vor gefährlichen Vorkäufen, deren verhängnisvollste die Aufforderung zur sogenannten positiven Mitarbeit ist. (Sehr richtig!) Jetzt muß die Kampfpole lauten: Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen! (Stürmischer Beifall.) Man mag über die Alles-oder-nichts-Theorie denken wie man will; für die Wahlrechtsfrage ist sie sicher nicht angebracht. Da halten wir ohne Klauseln an unserem Standpunkt fest. Wenn wir Konzessionen machen müssen, so müssen sie in der Richtung unserer Hauptforderung liegen. (Beifall.) Ohne geheimes Wahlrecht, das erklären wir schon heute, kann sich die ganze Reform begraben lassen. (Stürmischer Beifall.)

Reichstagsabgeordneter D. Raumann: Mit einem schlechten Wahlrecht kann man keine gute Politik machen, weder im Inneren noch nach außen. (Sehr richtig!) Das Ausland beurteilt Deutschland nicht nach dem Reichstagswahlrecht, sondern nach dem konservativen Herrschaftssystem in Preußen. Dadurch verlieren wir unerlöbliche Werte. Wir würden ohne stärkere Waffen, wohl aber mit mehr Freundschaft auch in der äußeren Politik viel weiter sein, wenn wir nicht das preussische Regiment hätten, das das Land wie ein Rittergut behandelt. (Großer Beifall.) Das preussische Defizit beträgt jetzt 100 Millionen Mark. Auch das hängt mit dem Wahlrecht zusammen. Je konservativer ein Staat ist, desto schlechter sind seine Finanzen. Diese Staaten können nur gesund, wenn an ihnen eine Kur vorgenommen wird: die Kur des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts. (Stürmischer Beifall.)

In der Diskussion sprach Pastor a. D. Köstliche-Verlin von der Demokratischen Vereinigung sein Bedauern darüber aus, daß in dem Programm der geeinigten freiwirtschaftlichen Partei nicht das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht auch für die Kommunalverwaltungen enthalten sei. Ferner trat er für den Großklub der Linken von Wedel bis Wasserburg ein und verlangte für die Stichwahl ein Zusammengehen von Bürgertum und Arbeiterchaft. Schließlich empfahl er zur Erreichung des Reichstagswahlrechts für Preußen Streikdemonstrationen, wie wir sie jetzt in England allenthalben bei den Wahlen sehen. Raumann: In England hat man sich auch das Recht auf die Straße sehr mühsam erkämpft. Wir in Deutschland wollen auch dahin kommen, die Freiheit der Straße für uns zu gewinnen. Wir sprechen es grundsätzlich aus, daß wir das Recht auf die Straße anerkennen. Es wird dann Sache der Taktik sein, zu bestimmen, wann dieses Mittel angewendet wird.

Aus dem Badischen Landtage.

Im Badischen Landtage wurden Montag nachmittag die Verhandlungen wieder aufgenommen. Es fanden zwei Anträge des Zentrums zur Beratung. Der eine Antrag fordert, daß die Regierung Maßnahmen treffen solle, um die Unzulänglichkeiten zu beseitigen, die sich für die Flurschadenabklärung bei den letzten Kaisermandaten ergeben haben, und daß diese Abschätzungen schneller als bisher vorgenommen werden. Der zweite Antrag verlangt, daß bei der Einberufung der Reservisten die Verhältnisse der einzelnen Landesteile, gleichgültig, ob sie landwirtschaftlicher oder industrieller Natur seien, berücksichtigt werden sollen. Die Vertreter aller Parteien erklärten sich mit den Anträgen einverstanden. Es wurde betont, daß für die Einberufung der Reservisten der Monat Mai der geeignetste sei. Sehr interessant war die Mitteilung des Ministers, daß die diesjährigen Kaisermandate nicht weniger als 471.000 M. Flurschadenersatz verursacht haben. Die Anträge des Zentrums wurden angenommen.

Kommunales.

Dresden, 10. Januar. In dem Dresdener Stadtverordnetenkollegium, wo bisher 13, seit 1. Januar 1910 aber 15 Sozialdemokraten sitzen, wird schon seit vier Jahren ein Kampf um die Vertretung der sozialdemokratischen Stadtverordneten in den vorbereitenden vier Ausschüssen und um eine Vertretung im Vorstand des Kollegiums geführt. Die bisher aus Konservativen und Antisemiten bestehende bürgerliche Mehrheit lehnte es rundweg ab, den Sozialdemokraten auch nur einen Vertreter zuzugestehen. Als vor zwei Jahren jedoch eine Schwächung der reaktionären Elemente eintrat, gestand man den Sozialdemokraten wenigstens einen Sitz in den Ausschüssen zu, während sie Anspruch auf mindestens zwei hatten. Alle Kämpfe unserer Genossen um die ihnen zukommenden Sitze scheiterten an dem konservativ-antisemitischen Widerstande. Durch die letzten Wahlen sind die Konservativen und Antisemiten abermals geschwächt worden, während unsere Vertreterzahl um zwei anwuchs. Trotzdem lehnten die reaktionären Gruppen ab, unseren Genossen zwei Vertreter in den Ausschüssen und einen Schriftführersposten einzuräumen. Sie hofften wohl noch immer die Mehrheit zu haben. Die Wahlen in der Sitzung am Montagabend aber führten zu einer Niederlage der Konservativen und Antisemiten. Ihre Listen fielen mit 38 Stimmen glatt durch, während die der Liberalen und Sozialdemokraten mit zumeist 44 Stimmen durchdrangen. Dadurch eroberten unsere Genossen endlich einen Sitz im Vorstand — Genosse Braune wurde zum Schriftführer gewählt — und den ihnen zukommenden zweiten Sitz in den Ausschüssen. Gleichzeitig verschwanden einige der schäblichsten Reaktionen in der Versammlung, sie wurden nicht mehr in die Ausschüsse gewählt.

Im Kampfe um Wiederrecht und Einfluß ist die Sozialdemokratie im Dresdener Stadtparlament wieder einen Schritt vorwärts gedrungen.

Die am 24. November vorigen Jahres in Hohenstein-Grünthal vollzogenen Stadtverordnetenwahlen sind jetzt von der Reichshauptmannschaft Chemnitz auf den Protest unserer Genossen hin für ungültig erklärt worden, weil, trotzdem die Wählerliste am 21. November geschlossen wurde, am 23. November noch die Bürgerverpflichtung von circa 70 Personen stattfand, die dann mit wählen durften. Mit der schönsten Hoffnung ziehen die Genossen nochmals in den Wahlkampf.

Kinderstreik.

Bürgerliche Blätter melden aus Kiel: „Am Nachmittag des 5. Januar spielte sich anlässlich der Wiederholung des Weihnachtsmärchens „Aschenbrödel“ in unserem Kunsttempel eine regelrechte Streikszene ab. Die kleinsten Mitwirkenden nämlich, ungefähr 30 Kinder, die seit Anfang Dezember in allen Aufführungen des Märchens als Statisten und Tänzer beschäftigt sind, haben bisher aus unerklärlichen Gründen trotz wiederholter Bitten ihr verdientes Spielhonorar noch nicht erhalten und weigerten sich plötzlich einmütig, ferner mitzuwirken, wenn nicht vorher die Auszahlung erfolge. Drei nach berühmten Mustern benutzten die Kinder den für sie günstigen Moment zur Erreichung ihrer Forderung, denn sie wählten, daß durch ihre Weigerung die Vorstellung in Frage gestellt wurde. Der für die Honorarbewilligung zuständige Stadtrat wurde schleunigst antelephoniert und versprach auch, die Honorare bis Freitag auszugeben. Doch dieses Mittel half nicht viel, denn die Kinder erklärten einmütig, derartige Versprechungen wären ihnen schon oft gemacht und statt dessen wären sogar immer Abzüge durch den Stadtrat erfolgt. Zu Weihnachten hätten sie bestimmt auf ihren lauer erworbenen kleinen Verdienst gerechnet, um dafür allerhand Einkäufe machen zu können, und sie wären immer wieder betrogen worden. Erst als von verschiedenen Seiten durch eindringliches Zureden auf die Kleinen gewirkt und ihnen für das Ansehen zur Vorstellung — Schokolade versprochen wurde, konnte die Mitbestimmung einstweilen befristet und die Aufführung ermöglicht werden.“

Die Sache würde unglaublich klingen, wenn sie nicht gerade in Kiel passiert wäre. Da böger man belanlich nicht, das Geld der Steuerzahler für Streikbrecher hinauszumerfen. Kinder kriegen als Lohn für ihre Arbeit Schokolade — versprochen! Uns wundern, daß man sie nicht mit der Peitsche an die Arbeit getrieben hat. Warum versuchen es übrigens die Honoratioren nicht, frei nach berühmten Mustern (wie die Bourgeoispreffe jenseit sagt) ihre eigenen Kinder Streikbrecher spielen zu lassen? Sie würden bald die Nase voll haben vom „Theaterspielen“.

Oesterreich-Ungarn.

Die Dauerreise.

Budapest, 11. Januar. Das ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau meldet aus Wien: Graf Khuen-Hedervary erschien um 11 Uhr beim Kaiser in Audienz, die eine Stunde dauerte, und begab sich sodann in die Kabinettskanzlei. Nach 1 Uhr kehrte er in sein Absteigquartier zurück, wo er den versammelten Vertretern der Presse mitteilte, daß der Kaiser ihn mit der Bildung des Kabinetts betraut habe. Ueber das Arbeitsprogramm könne er keine Mitteilung machen, bevor er nicht mit seinen politischen Mitarbeitern Rücksprache genommen habe.

Geheimrat Dr. v. Lukacs wurde um 8 Uhr nachmittags vom Kaiser in Audienz empfangen, die ungefähr 1/2 Stunde dauerte. Dr. v. Lukacs legte seinen Auftrag zur Kabinettsbildung in die Hände des Kaisers zurück.

Die Wahlreform.

Budapest, 11. Januar. Dr. von Lukacs wird als Finanzminister in das Kabinet Khuen-Hedervary eintreten. Graf Khuen-Hedervary erklärte, eine Wahlreform auf breiterer Grundlage durchführen zu wollen.

Schweiz.

Ein Erfolg der Neutralität.

Zürich, 10. Januar. (Fig. Ver.) In der gestern im Kanton Tessin stattgefundenen Volksabstimmung hat die liberale Gewaltpolitik wieder einmal gesiegt, indem die Initiative betreffend die Proportionalwahl der Regierung mit 11.395 gegen 10.614, also mit einer Mehrheit von nur 781 Stimmen verworfen wurde. Bei einer nächsten Aktion kann sich sehr leicht die Minorität in eine Mehrheit verwandeln und der liberalen Parteiherrschaft ein Ende machen.

Frankreich.

Präsidentenwahl.

Paris, 11. Januar. Die Deputiertenkammer ist heute wieder zusammengetreten und hat mit 300 Stimmen Driffon wieder zum Präsidenten gewählt; ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

England.

Für eine Verständigung mit England.

London, 10. Januar. Bei einer Rede in Edinburgh kam Staatssekretär Grey auch auf die Erklärung Balfours betreffend die Marine und die Beziehungen zwischen Deutschland und England zu sprechen. Er erklärte, daß die Marine nicht unter die ihr zukommende Stärke herabgegangen sei. Deswegen alles, was in dieser Hinsicht gesagt, belanglos sei. Was die Beziehungen zwischen der englischen und deutschen Regierung anbelange, so sei niemals weniger Grund gewesen, über einen in Aussicht stehenden Krieg zu sprechen als gerade jetzt. „Niemand“, führte der Staatssekretär aus, „haben wir auf Seiten Deutschlands größere Bereitwilligkeit gefunden, alle zwischen uns auftauchenden Fragen in freundlichem Sinne zu behandeln, als während des letzten Jahres. Zweifellos wird das Anwachsen der Marineausgaben, obwohl es keine Schwierigkeiten oder Entfremdung zwischen den beiden Regierungen hervorruft, die Wirkung haben, und zwar in jedem Jahre wenn das Marinebudget vorgelegt wird, daß die Presse und die öffentliche Meinung beider Länder in eine gewisse Angst geraten, was weiter werden soll. Möglich ist, daß mit der Zeit irgend eine Vereinbarung ganz freiwilliger Natur zustande kommt, aber sollten wir auch niemals zu einer solchen Verständigung gelangen, so kennen wir doch das deutsche Flottenprogramm, und wir müssen unsere Marine in einer Stärke erhalten, daß sie jeder wahrscheinlichen Kombination, die gegen uns aufgestellt werden könnte, überlegen ist. Wenn das deutsche Flottenprogramm durchgeführt oder nahezu durchgeführt sein wird, wird ein Verhältnis zwischen den beiden Marinen hergestellt sein, das vielleicht dem Wett-eifer in den Ausgaben für Flottenzwecke ein Ziel setzen wird.“

Gegen die Lords.

Falmouth, 11. Januar. Lloyd George hielt hier eine Rede, in der er seiner Freude Ausdruck gab, daß die Peers jetzt von dem weiteren Wahlzug frei seien, in welchem sie eine Sprache gebraucht hätten, die anzuwenden kein Mitglied des Unterhauses sich erniedrigen würde, eine Sprache, die nach Stallhurst rieche. Der einzige Grund dafür, das Haus der Lords am Leben zu erhalten, sei der, daß es die Peers von einer Plattform fern halte, wo sie die im Lande üblichen Methoden, Meinungsverschiedenheiten einander zuzusehen, nur herabsehen würden. Er freue sich, daß das Volk jetzt genau zu erkennen beginne, welcher Art die Peers seien.

Indien.

Die Bewegung gegen England.

Lahore, 11. Januar. Zu dem Untersuchungsverfahren gegen die im November wegen Veröffentlichung aufrührerischer Schriften Verhafteten hat die Anklagebehörde neues die Anklage stützendes Material beigebracht. Es ist ein Buch vorgefunden worden, in dem Anweisungen über Mordanschläge und über Zerstörung von Gebäuden gegeben werden, und es sind ferner eine Anzahl von Briefen entdeckt worden, die ein sehr bekannter indischer Agitator an einen indischen Studenten in London gerichtet hat. In einem der Briefe wird der Adressat um regelmäßige Beiträge zu revolutionären Büchern ersucht.

Amerika.

Die Eisenbahngesetzgebung.

Washington, 10. Januar. Im Repräsentantenhause brachte Tolson eine Bill ein zur Ausführung der Vorschläge Taft's, die Nachbefugnisse der zwischenstaatlichen Handelskommission zu vermehren und einen Handelsgerichtshof der Vereinigten Staaten zur Prüfung von Eisenbahn-Angelegenheiten einzusetzen.

Aus der Partei.

Dem Fortschritt der Presse.

Das Heilbronner „Redar-Cho“ hat im abgelaufenen Jahre, dem zweiten seines Bestehens, seine ursprüngliche Leserschaft verdoppelt.

Das „Saalfelder Volksblatt“ vollendete mit dem Ausgang des Jahres 1909 seinen 20. Jahrgang.

Der Jahresabschluss der Genossenschaft „Arbeiterdruckerei“ zu Gölzig, die eine Druckerei für die „Gölzger Volkszeitung“ in Gölzig errichtete — bislang wird das Gölzger Parteiblatt in Jittau gedruckt — weist ein Kapital von 100.000 M. nach. Der Sparverein „Volkszeitung“ hat 16.570 M. gesammelt, so daß für das Unternehmen 117.193 M. zur Verfügung stehen. Diese bedeutende Summe ist von der Arbeiterchaft Nieder-sachsen in dem Zeitraum von knapp 1/2 Jahr aufgebracht worden. Gewiß ein schönes Beispiel für die Opferbereitschaft der Arbeiterchaft für ihre Presse.

Ferris Haltung bei der Demonstration gegen den Zaren.

Rom, 8. Januar. Als Ferris in seiner Rede zu seinen Wählern die Anschuldigungen gegen die sozialistische Parlamentsfraktion formulierte, flocht er auch ein, daß diese sich den Umstand zuzuschreiben hätte, daß er, Ferris, sich von der Protestdemonstration zurückzog, um die ganze Protestaktion so schlaff wie möglich zu gestalten und dadurch Giolitti einen Gefallen zu tun. Diesen Anschuldigungen gegenüber führt Morgari im „Avanti“ aus, daß zunächst ein parlamentarischer Komitee zur Agitation gegen den Zarenbesuch gegründet worden sei. Diesem Komitee hätten unter dem Vorsitz Morgari's die Abgeordneten Agnini, Beltrami, Vocconi, Venturi, Brunelli, Casalini, Rufatti, Maragoni, Podrecca und Treves angehört, während Ferris sich trotz zweimaliger Einladung ganz fern gehalten hätte. Als in der Folge ein Nationalkomitee gegen den Zarenbesuch gegründet wurde, das einen Aufruf entwarf, der auch von uns damals wiedergegeben wurde, unterschieden die eben genannten Abgeordneten diesen Aufruf, ebenso weitere 17 der sozialistischen Deputierten. Ferris dagegen schrieb an Morgari, daß ihm der Ton des Manifestes zu heftig erschienen, tauscht zwei Briefe mit dem Komitee aus, um schließlich zu erklären, daß er das Manifest in diesem Wortlaut nicht unterzeichnen könne. Als hat Ferris, der der Fraktion Energiemangel bewirkt, seinerseits einen noch größeren Mangel bewiesen. Das, was die Fraktion tat, erschien ihm, Ferris, damals keineswegs zu schlaff. Er fand den Ton so aggressiv, daß er es ablehnte, das Manifest mit seinem Namen zu deden. Unter diesen Umständen ist es unschlüssig, daß Ferris einen derartigen Vorwurf zu erheben wagt.

Neuwahl des dänischen Parteivorstehenden.

Der Sozialdemokratische Verband Dänemarks hielt am Sonntag eine außerordentliche Sitzung des Hauptvorstandes ab, der aus Vertretern der Parteigenossen des ganzen Landes besteht. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Neuwahl des Parteivorstehenden, die notwendig geworden war, weil der Genosse P. Knudsen dieses Amt infolge seiner Wahl zum Bürgermeister niedergelegt hatte. Follethingsmann S. Olsen gedachte in Worten dankbarer Anerkennung der 27-jährigen Tätigkeit, die der Genosse Knudsen als Leiter der politischen Arbeiterbewegung Dänemarks hinter sich hat, eine Periode, in der die Sozialdemokratie sich aus einer kleinen nur einige hundert Mitglieder zählenden Vereinigung zu der stärksten Partei des Landes entwickelte.

Als Parteivorstehender — Geschäftsführer des Sozialdemokratischen Verbandes — wurde sodann der langjährige Parteiführer, Follethingsmann E. Stauning, gewählt. Er ist 1873 geboren, gehört also der jüngeren Generation der dänischen Arbeiterbewegung an. Sohn eines Kopenhagener Arbeitmannes, lernte er das Zigarrenfertigen, machte dann Reisen ins Ausland, namentlich auch nach Deutschland, von denen er als überzeugter Sozialdemokrat zurückkehrte. In Kopenhagen nahm er bald leitende Stellungen in der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung ein. Als Follethingsabgeordneter vertritt der Genosse Stauning seit 1906 den rein landlichen feindlichen Wahlkreis Falke.

Die Sitzung beschäftigte sich ferner mit der politischen Situation und beschloß, die Parteivereine im ganzen Lande aufzufordern, sich auf die aller Voraussicht nach zum Frühjahr stattfindenden Follethingswahlen vorzubereiten. Außerdem wurde über die Arbeitslosenfrage beraten und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion aufgefodert, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und der Leitung der Arbeitslosenklassen Gesetzesvorschläge zur Bänderung des Reichstages einzubringen, und ebenso soll natürlich alles getan werden dafür, daß Staat und Gemeinden nach besten Kräften den Arbeitslosen Arbeit verschaffen. Die Reichstagsfraktion hat bereits einen Ausschuss zur Beratung dieser Angelegenheit eingesetzt, und außerdem kommen am Donnerstag die Vertreter der Arbeitslosenklassen ganz Dänemarks in Kopenhagen zusammen, um über die Lage zu beraten.

Ein neues Parteiorgan in Spanien.

ist unter dem Titel „Vida Socialista“ („Soz. Leben“) ins Leben getreten. Sie erscheint wöchentlich, illustriert und im Umfang von 20 Seiten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Entlarvter Wohltätigkeitschwindel.

Auf Veranlassung des Geschäftsführers des Pommer'schen Gefängnisvereins, des Pastors Vempe, hatte der Handelschuldirektor Janke in Stettin eine Schreibstube für entlassene Strafgefangene eingerichtet, in welcher diese mit Arbeiten für Private beschäftigt wurden. Im März v. J. brachte nun der Stettiner „Volksbote“ einen Artikel, der sich mit diesem Wohltätigkeitsinstitut befahte, für das in der bürgerlichen Presse spaltenlange Nekamen gemacht wurden. Es wurde behauptet, daß Strafgefangene, die bei Kaufleuten usw. beschäftigt wurden, mit 1,50 M. pro Tag entlohnt würden, während Janke sich 4—5 M. zahlen ließe und daß Janke die erhebliche Differenz in die eigene Tasche stecke. Janke erhob daraufhin Privatklage gegen den Redakteur Genossen Rehlich, die am Sonnabend vor dem Schöffengericht verhandelt wurde. Die Vernehmungsergebnisse ergab nicht nur die Richtigkeit der behaupteten Tatsachen, sondern es wurde dem Privatkläger sogar nachgewiesen, daß er sich nicht geübt habe, 1 M. pro Tag bei 10—11stündiger Arbeit zu zahlen. In einem Falle hat sich Janke die Sonntagsarbeit eines stellunglosen Kaufmanns doppelt bezahlen lassen, ohne daß er diesen höher entlohnte als an Wochentagen. Qualifizierte Buchhalter wurden für Buchhaltungsdarbeiten außer dem Hause mit 1,50 M. pro Tag abgepeist, während 4—5 M. an Janke bezahlt wurden. In der Schreibstube wurden auch Adressen geschrieben. Wer aber nicht ein bestimmtes Quantum fertigstellte, für den war bald keine Arbeit mehr. Unter den so miserabel Entlohnerten befanden sich auch Familienväter. Der Privatkläger befristet im Termin, daß es sich bei dem Unternehmen um ein Wohltätigkeitsinstitut handeln sollte; das Gegenteil konnte ihm jedoch auf Grund seiner Nekamen nachgewiesen werden. Das Gericht hielt den Beweis der Wahrheit für erbracht, verurteilte Rehlich aber wegen formaler Verleumdung zu 30 Mark Geldstrafe. Einen bemerkenswerten Nebenfall hat mit diesem Ausfall der Sache auch der Reichsverband erlitten, der die Anglegenheit in der konservativen Presse gegen den „Volksboten“ ausfachtete, von „Verleumdungen“ usw. sprach, ja selbst noch kurz vor der Verhandlung einen Artikel löschte, der ohne Zweifel den Zweck hatte, die Richter zu beeinflussen. Der Reichsverband wird sich in Zukunft seine Schützlinge besser ansehen müssen.

Eine Polizeiverleumdung.

Der Gewerkschaftssekretär Genosse Trilke in Elbing soll in einer Verammlung, in der er das Referat hielt, die Polizei beleidigt haben. Er befristet, die ihm zur Last gelegte Behauptung getan zu haben, und verlangte die Vorlegung des Originals der amtlichen Aufzeichnungen. Dem Antrage konnte aber nicht entsprochen werden, da der überwachende Polizeikommissar keine Notizen gemacht hatte. Trotzdem wurde Trilke zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

Gewerkchaftliches.

Loyale Gemeinheiten des Zechenarbeitsnachweises!

Wie sich die Zechengewaltigen den Arbeitsnachweis im Ruhrgebiet in Wirklichkeit denken, dies sagt jetzt so ganz nebenbei das Leitblatt des Kohlenyndikats, die „Deutsche Bergwerkszeitung“. In einer Wochenübersicht wird auch vom neu eingerichteten Arbeitsnachweis gesprochen, es findet sich da unter anderem der folgende Absatz:

„Ganz ohne Frage lag bisher die Annahme von Arbeitern und deren Entlassung im Ruhrrevier vollkommen unbeschränkt in der Hand und in der Macht des Arbeitgebers oder richtiger seines Betriebsführers. Der Arbeiter hatte weder als Individuum noch als Organisation irgend einen Einfluß darauf. Der Betriebsführer der einzelnen Zeche gab dem Arbeiter, den er haben wollte, je nach der Lage des Arbeitsmarktes auch dem, den er haben mußte. An der Hand der „schwarzen Listen“ schloß er den aus, der keine regelrechte Abfehr von seiner alten Zeche genommen. In diesem Punkte beherrschte also auch schon bisher der Zechenverband neben dem einzelnen Betriebsleiter den Arbeitsnachweis, er „beherrschte“ ihn, aber er ordnete ihn nicht. Durch den neuen Arbeitsnachweis wird darin folgendes geändert: Nicht wie bisher der Zechenbesitzer, sondern die Zechenbesitzer vergeben die Arbeit, und zwar nicht durch den Betriebsführer, sondern durch ein organisiertes Bureau mit Filialen in den verschiedenen Bergorten. Die Arbeiter bleiben dabei in derselben Weise ausgeschlossen wie bisher, und ihre Organisationen bleiben dabei ebenfalls in derselben Weise ausgeschlossen wie bisher, ohne jede Mitwirkung und ohne jede Anerkennung.“

Ganz ungeniert wird also erklärt, daß die Arbeiter in der ganzen Frage nichts zu sagen haben „wie bisher“. Und wie wird dies begründet?

„Daß die Arbeiter keine Kontrolle über den Arbeitsnachweis haben, daß ihnen keine Mitwirkung eingeräumt ist, ist richtig. Aber war denn das etwa bisher der Fall? Wenn man einmal die Sache ganz unparteiisch betrachtet, wird man zugeben müssen, daß durch die nunmehr eingeführte Regelung, wenn sie auch einseitig durch das Arbeitsvermittlungsbureau des Zechenverbandes gehandhabt wird, doch einen Fortschritt zugunsten der Arbeiter bedeutet. Wir haben das Gefühl, als ob die Arbeiter, wenn der Nachweis erst eine Weile gearbeitet haben wird, sich dieser Einsicht nicht verschließen, weil sie durch die Praxis belehrt werden.“

Ein Kommentar zu diesen Ausführungen ist unnötig, nur eine Antwort auf die zuletzt bemerkte Hoffnung lohnt sich noch. Die Presse bringt eine solche aus Gelsenkirchen. Am vergangenen Sonnabend sind auf dem Zechenarbeitsnachweis in Gelsenkirchen eine ganze Reihe von Arbeitssuchenden wieder fortgeschickt worden, weil „keine Arbeit“ vorhanden war. Zu gleicher Zeit arbeiten Gelsenkirchener Agenten in Posen, von dort sollen sie dem Vernehmen nach Tausende von Arbeitern „liefern“. Auf der Zeche „Aheinelbe“ ist bekanntlich schon ein großer Trupp solcher Arbeiter angekommen; ihnen wurden fünf Mark Tagelohn versprochen, 3,80 M. sollen sie aber jetzt nur erhalten. Die Arbeiter fordernten ihre Papiere wieder; unter starker polizeilicher Bedeckung der Beamten sind sie ihnen denn auch wieder ausgehändigt worden. Die Arbeiter sind dann im Ruhrgebiet geblieben und wollen jetzt sehen, wo anders unterzukommen! Wenn sich diese Mitteilungen bewahrheiten, dann ist der Zechenarbeitsnachweis auch schon durch die Tatsachen gerichtet!

Der moderne Sklavenhandel bleibt also nicht nur bestehen, sondern wird durch den Zechenarbeitsnachweis jetzt noch besser organisiert, als wie es früher der Fall war. Es sieht beinahe so aus, als wenn die Bergknappen provoziert werden sollten! Und der philosophische Minister läßt nichts von sich hören!

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Holzarbeiter.

Unter dem Zeichen der Kühlung für den drohenden Abwehrkampf stand die Generalversammlung, welche der Holzarbeiterverband am Montag für Berlin, Charlottenburg, Rixdorf, Schöneberg und Weissenhof abhielt. Die Generalversammlung hatte endgültig Beschluß zu fassen über die Frage der Vertragserhöhung, zu der die am Freitag abgehaltene Vertrauensmännerversammlung bereits Stellung genommen hatte. — G. L. O. schilderte die gegenwärtige Situation der Bewegung und schloß auseinander, daß zur Vorbereitung auf den von den Unternehmern allem Anschein nach beabsichtigten Kampf die von den Vertrauensmännern gutgeheißen Vertragserhöhung notwendig sei. — Das erkannte auch die Versammlung unbedingt an, indem sie folgendem Antrage zustimmte:

„Mit Rücksicht auf die Haltung der Unternehmer, die nach ihren in der „Nachzeitung der Tischlermeister“ gegebenen Versprechungen keine Zugeständnisse machen wollen, sondern alle Vorbereitungen zum Kampfe treffen, beschließt die Generalversammlung, den wöchentlichen Beitrag sofort auf 1,50 M. festzusetzen. Sollten die Verhandlungen scheitern und die Auslieferung in Aussicht stehen, so tritt eine weitere Erhöhung auf 2 M. ein.“

Es wurde noch ausdrücklich bestimmt, daß der Beitrag von 1,50 M. bereits für die gegenwärtige Woche erhoben wird, also am nächsten Sonnabend (15. Januar) fällig ist.

Achtung, Typset! Wie wir schon in der vergangenen Woche im „Vorwärts“ bekannt gegeben haben, führt die Firma H. G. H. a. s. e. in der Bornholmer und in der Czarnikauer Straße Bauten mit Wilden aus. Auch war diese Firma von Seiten der Lokalfisten gesperrt.

Die Lokalfisten haben diese Firma nun wieder freigegeben und es sind dort zur 20 Lokalfisten in Arbeit getreten. Diefelben sind auf persönliches Vorprechen H. G. H. a. s. e. im Arbeitsnachweis der Lokalfisten von dort direkt vermittelt.

Da aber H. G. H. a. s. e. die Wilden nicht entlassen hat und denselben den Tarif nicht bezahlt, sind unsere Kollegen, laut Beschluß, daß mit Wilden nicht zusammengearbeitet wird, verpflichtet, die Firma streng zu meiden.

Die am kommenden Freitag stattfindende von Vertrauensmännerverammlung wird nunmehr zu dieser Sache Stellung nehmen und verweisen wir hiermit auf die Annonce im heutigen „Vorwärts“.

Achtung, Rufschallplattenpresse! Bei der Firma Grünbaum, Rixdorf, Schöneberg, sind Differenzen ausgebrochen. Arbeitsangebote der Firma sind abzuweisen. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten. **Fabrikarbeiterverband.**

Deutsches Reich.

Folgen der neuen Tabaksteuer.

Die Arbeitslosigkeit in der Tabak- und Zigarrenindustrie dehnt sich immer weiter aus. In Wotho (Westfalen) läßt die Zigarrenfabrik Heinrich Westmann infolge mangelnden Absatzes vom zweiten Male ihre sämtlichen Arbeiter, und zwar auf unbestimmte Zeit, feiern. Dasselbe wird uns von den Firmen Riemann u. Tietelnoth und Veuchl berichtet. — Die Firma Engelhardt u. Biermann in Bremen läßt in Brake (Lippe) statt bisher 10 nur noch 9 Stunden

arbeiten. — Bei der Firma Leonardi u. Co. in Minden müssen abwechselnd je 25 Tabakarbeiter der Fabrik drei Wochen lang feiern.

In Mennighöfen läßt die Firma Bade u. Bürger von ihren 60 bis 70 Hausarbeitern vom 15. Januar ab abwechselnd die Hälfte feiern. 27 auf der Fabrik beschäftigte Arbeiter sind schon vier Wochen außer Arbeit. Die Firma Schwabe u. Co., St. Altona, hat zu Weihnachten 15 Arbeiter entlassen. Bei Dopmann u. Bud. Sig Wände, müssen 40 Mann seit Neujahr feiern. Fritz Busse-Dütsch läßt zwei Drittel seiner Arbeiter feiern. Der Fabrikant Coers (Firma Wenke u. Co.) hat 10 Mann entlassen; den anderen Arbeitern wurde das zu liefernde Pensum stark vermindert.

Der Schachtleiter hat sich übrigens von den Organisationen der Tabakarbeiter eine gedruckte Liste der Vertrauensleute erbeten, welche er den Zollämtern, denen die Unterstützung der Arbeitslosen obliegt, übermitteln wolle. Daraufhin haben die vier Verbände eine gemeinsame Liste mit den Adressen von 135 Vertrauensleuten in 108 Orten und Städten in Westfalen, Lippe, Waldeck und Hannover eingereicht.

Beendeter Streik. Der am 8. d. M. ausgebrochene Streik in der Großbuchbinderei von Georg Schäfer in Magdeburg konnte nach eintägiger Dauer mit gutem Erfolge beendet werden, da Herr Schäfer den mit den übrigen jumeist in Betracht kommenden Firmen abgeschlossenen Minimallohntarif, den er bis dahin anzuerkennen sich geirraubt hatte, ebenfalls unter schriftlich anerkannt. Montag früh ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Lohnbewegung der Böttcher. Die Verhandlungen der Böttcher in Wörmberg haben sich zerfallen. Sonnabend reichten die Gesellen ihre Kündigung ein. Die Meister schühen die Uneinigkeit im eigenen Lager vor, da von auswärtig billige Häfler geliefert werden. Die Abnehmer der Häfler am Orte wollen den Preis für den Aufschlag nicht zahlen. Deshalb mußt man den Böttchern zu, weiter zu darben. Wenn Bezug ferngehalten wird, ist der Sieg gewiß.

Ein Streik polnischer Arbeiter.

Jetzt mitten im Winter haben 300 polnische Arbeiter einen Streik in Ostpreußen siegreich durchgeführt. In der Oberförsterei Eichwald bei Insterburg legten die polnischen Arbeiter die Arbeit nieder, weil sie zu niedrige Löhne erhielten. Sie nahmen die Beschäftigung erst wieder auf, als ihre Forderungen bewilligt worden waren.

Der Streik der Sensenschmiede in Kall bei Köln mußte nach siebenwöchiger Dauer aufgegeben werden, nachdem der Betrieb infolge Zuganges österreichischer Streikbrecher zum Teil wieder aufgenommen werden konnte. Außerdem wurden einige der Ausgesperrten zu Arbeitswilligen.

Zur Lohnbewegung der Brauereiarbeiter von Köln. Mülheim a. Rh. Kall und Umgegend hat die Leitung des Verbandes rheinisch-westfälischer Brauereien der Lohnkommission auf deren Zuschrift mitgeteilt, daß man erst dann in Verhandlungen eintreten könne, wenn im Kölner Gebiete — die vier Preise derart geregelt seien, daß von den Brauereien eine Mehrbelastung durch Lohnerhöhungen getragen werden könne. Sobald die vierpreiserhöhung gesichert sei, sei man gern bereit, in Verhandlungen wegen eines Lohnsatzes für die Brauereien von Köln und Umgegend einzutreten. Das ist ein abschließendes Hinusschieben der schon lange schwebenden Frage der Lohnerhöhungen. Köln steht bezüglich der Brauerlöhne erheblich hinter anderen viel kleineren Orten zurück. Auf die vierpreiserhöhung im Sinne der Brauereibesitzer aber können die Herren noch lange warten; denn in Köln wird es infolge der Vorherrschaft der zahlreicheren obergärigen Hausbrauereien nicht zu den von den Großbrauereien geforderten vierpreisen kommen. Die Arbeiter aber sind nicht geneigt, sich auf unabsehbare Zeit hinhalten zu lassen; sie sind entschlossen, wenn die Kapitalisten nicht anders wollen, zum äußersten zu schreiten.

Der wegen Preisregelung in der Brauerei Deinhardt in Bielefeld bei Erfurt entstandene Streik ist nach einwöchiger Dauer zugunsten der Arbeiter beendet. Am 7. Januar nahmen alle Arbeiter die Arbeit wieder auf; gleichzeitig wurde das Wohnen im Betriebe aufgehoben und erhalten die Arbeiter pro Woche je 3 M. Wohnungsschädigung.

Ein Tarifvertrag Leipziger Bühnenarbeiter. Zwischen der Direktion des Leipziger Schauspielhauses und des Operetten-Theaters und dem Deutschen Transportarbeiterverband, Verwaltungsstelle Leipzig, wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, wonach für die in beiden Theatern beschäftigten Bühnen- und Transportarbeiter die Monatslöhne von bisher 90—100 M. auf 100—110 M. erhöht wurden. Die Arbeitszeit beginnt morgens 8 Uhr, dauert mit einer halbtägigen Frühstückspause bis 1/2 12 Uhr, beginnt wieder 1/2 2 Uhr vor Beginn der Vorstellung und endet 1/2 11 resp. 11 Uhr nachts. Geregelt sind ferner die Ueberstunden und ihre Vergütung, die freien Tage, der Erholungsurlaub (6 Tage im Jahre unter Fortzahlung des Gehalts), die sanitären Einrichtungen usw. Die Direktion benutzt den Arbeitsnachweis des Transportarbeiterverbandes. Der Vertrag gilt vom 1. Januar 1910 bis 30. Dezember 1911.

Ein von Unternehmern einseitig aufgestellter Tarifvertrag ist unverbindlich.

Von 1905 bis 1907 bestand in Augsburg ein zwischen dem Brauereiarbeiterverband und der Brauereivereinigung abgeschlossener Tarifvertrag. Dieser wurde 1907 beiderseits gelündigt. Die Unternehmer lehnten aber jede Verhandlung zur Erneuerung des Tarifvertrages ab und diktierten einseitig die Bestimmungen. Aus diesem Grunde entstand damals auch ein hartnäckiger Kampf, an welchem die Unternehmer jetzt noch mit Unbedenken zurückdenken. Zu einem gegenseitigen Tarifabschluß kam es jedoch bisher nicht. Nun enthält der von den Unternehmern aufgestellte Tarif die Bestimmung, daß die Kündigung ausgeschlossen ist. Ein Arbeiter wurde kündigunglos entlassen und klagte auf eine Entschädigung von 68,12 M. Die verklagte Brauereibesitzerin berief sich auf den in ihrem Tarif enthaltenen Kündigungsaußschluß. Das Gewerbegericht Augsburg verurteilte sie zur Zahlung von 54,30 M. an den Kläger, weil der einseitig von den Arbeitgebern vereinbarte Tarif nur ein Tarifentwurf sei und keine Rechtsverbindlichkeit habe.

Ausland.

Neue Hafenarbeiterkonflikte in Schweden.

Die Stauerfirmen Stockholms haben den Hafenarbeitern den Tarifvertrag zum 1. April gekündigt und ihnen zugleich Vorschläge zu einem neuen gemacht. Sie wollen die Arbeitsbedingungen wesentlich verschlechtern, die Stundenlöhne von 60 auf 55 Öere, in gleichem Maße auch die Akkordlöhne herabsetzen und den Abkäufertermin des neuen Vertrages auf den 1. Januar 1911 festsetzen, auf eine Jahreszeit, zu der die Arbeit im Stockholmer Hafen daniederliegt. Der erste Mai, der bisher als voller Ruhetag galt, soll in Zukunft nur noch halbiert werden. Auch die Kohlenrossisten haben ihren Arbeitern den Tarifvertrag gekündigt, um die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Verharrt das Unternehmertum auf seinen Forderungen, so wird es jedenfalls zum Kampf kommen, der sich dann, wie im Frühjahr 1908, sehr bald auf die anderen Hafenplätze ausdehnt. Das ist wahrscheinlich auch der Plan des Unternehmertums. In der südschwedischen Hafenstadt Ystad ist es bereits zum offenen Konflikt gekommen. Dort wollen die Unternehmer die genossenschaftliche Arbeitsweise der Hafenarbeiter, die bisher infolge geltender Verträge noch bestand, vernichten. Die Akkordpreise sollen um ungefähr 25 Proz. herabgesetzt werden, damit eine Staueraktiengesellschaft den üb-

lichen Unternehmergewinn einheimen kann. Die Reeder steden mit der Gesellschaft unter einer Decke. Die vom Staat subventionierte Reedereigesellschaft Svea hat einen mit dem Hafenarbeiterverband geschlossenen Arbeitsvertrag, der bis auf den 15. April gelten sollte, gebrochen und will keine organisierten Arbeiter mehr beschäftigen. Die Schiffe der Gesellschaft werden nun boykottiert.

Uebrigens hat die arbeitsstatistische Abteilung des schwedischen Kommerzkollegiums jüngst das Ergebnis einer Umfrage bei den Reedern über die durch den Hafenarbeiterkampf von 1908 erlittenen Verluste veröffentlicht. Die Aussagen der Reeder laufen darauf hinaus, daß die Hafenarbeit infolge der Anwendung von Streikbrechern, die ungelübt waren, sehr verteuert und verzögert wurde, so daß auch höhere Liegekosten für die Schiffe zu zahlen waren. Eine Göteborger Reederei schätzte diese direkten Unkosten durch den Konflikt auf 20 000 Kronen, eine Stockholmer Reederei auf 6500, eine andere auf 2500 Kronen. Die meisten Reedereien haben keine bestimmten Angaben über die Unkosten gemacht, so daß die Gesamtsumme nicht festgestellt werden konnte. Zu diesen Unkosten durch Streikbrecherarbeit usw. kommen noch die Verluste, die die starke Verminderung des Schiffverkehrs in den schwedischen Hafenorten mit sich brachte. Namentlich die ausländischen Frachtschiffe haben während des Konfliktes selbstverständlich die schwedischen Häfen gemieden. Jedenfalls wäre es dem Unternehmertum viel billiger gekommen, sich in Güte mit den Arbeitern zu einigen. Gleichwohl scheint es, daß man jetzt von neuem einen solchen Kampf heraufbeschwören will. Uebrigens steht hinter den Reedern und Stauerunternehmern wieder einmal die streitsüchtige Schwedische Arbeitervereinerung.

Einheitsorganisation der Handelsangestellten in England.

Die drei Gewerkschaften der Handlungsgehilfen, Laden- und Konsumangestellten in England sind in Unterhandlung getreten, um über die eventuelle Schaffung einer Einheitsorganisation zu beraten.

Aus der Frauenbewegung.

Fünfter Kongreß der finnischen Proletarierinnen.

Mit einer Reihe wichtiger Fragen aus der Theorie und Praxis des Sozialismus beschäftigte sich der im September d. J. in Koebis abgehaltene fünfte Kongreß finnischer Proletarierinnen. Nach Vorberatung in diversen Kommissionen nahm der Kongreß zu den von diesen vorgelegten Resolutionen Stellung. So erklärte er sich unter anderem nach einem Bericht der „Gleichheit“ für die Einführung des gesetzlichen Schulzwanges und empfahl der sozialdemokratischen Partei, für die Erörterung moderner Erziehungsfragen Sorge zu tragen und dafür einzutreten, daß die Kommunen mit Unterstützung des Staates Heime errichten, in denen schulpflichtige und erziehungsbedürftige Kinder und auch fürsorgebedürftige Mütter Unterkunft finden können. Den proletarischen Müttern machte es der Kongreß zur Pflicht, ihre Kinder in der sozialistischen Weltanschauung zu erziehen und sie dadurch für den Klassenkampf vorzubereiten. Die Kinder unmittelbarer Eltern sollen die Volksschulen auf öffentliche Kosten besuchen können. Die Kinder sollen zur Abmilderung erzogen werden. Verbot der Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder. Der Kongreß sprach sich ferner für umfassenden gesetzlichen Schutz der Arbeiterinnen aus, für das Verbot der Nachtarbeit, die nur in Unternehmen zulässig sein soll, wo der Betrieb aus technischen Gründen auch nachts weitergeführt werden muß. In diesem Falle dürfen jedoch nur etwa dreißig Männer beschäftigt werden. Er forderte eine wirksame Gewerbeaufsicht. Was die brennende Agrarfrage anbelangt, so erklärte sich der Kongreß zunächst für den Kulturzwang, das heißt die gesetzliche Verpflichtung für jeden Grundbesitzer, seinen Boden selbst in Anbau zu nehmen oder ihn an andere zur Bestellung zu verpachten. Die Genossinnen sollen bei ihrer Agitation Anhänger für diese Reform werden, damit die Vertreter des Proletariats im Landtage mit einem diesbezüglichen Antrag durchdringen. Der Kongreß sprach die Erwartung aus, daß die Partei die Forderung der Mutterklosterversicherung zu einem Punkte des Reformprogramms erheben und für ihre Verwirklichung in Staat und in den Kommunen eintreten werde. Der Militarismus wurde als die stärkste Stütze des zarischen Regimes und der Bourgeoisie gebrandmarkt, denn er soll die Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes aufrecht erhalten. Daher sollen die Genossinnen im Heim wie in der Öffentlichkeit eine eifrige antimilitaristische Propaganda betreiben. Gegenwärtig haben sie im Einklang mit der sozialdemokratischen Partei für die allgemeine Volksbewaffnung, für die Einführung der Witz einzutreten. In der Frage der Ehereform kam es nicht zu einer Einigung der Delegierten. Die Mehrheit war für die Einführung der obligatorischen Zivildienst mit amtlicher Registrierung, während die Minderheit die Auffassung vertrat, die öffentlichen Gewalten dürften sich um die Ehe als um eine reine Privatangelegenheit nicht kümmern, ihre Schließung und Lösung sei Sache der einzelnen und keinerlei staatliche Vorschriften dürften in dieser Beziehung die persönlichen Freiheiten beschränken. Der Kongreß verlangte volle rechtliche Gleichstellung der unehelichen mit den ehelichen Kindern. Er anerkannte die Notwendigkeit, eine Zentralstelle für die gewerkschaftliche Arbeit der Genossinnen und für die Agitation unter den Arbeiterinnen zu schaffen, betonte aber, daß die Errichtung einer solchen Stelle Sache der Gewerkschaftsinstanzen sein müsse. Bezüglich der Agitation gelangte der Kongreß zu dem Schluß, daß die mit ihr beauftragten, vom sozialdemokratischen Arbeiterinnenverband unterhaltenen selbständigen Organisationen der Genossinnen eingehen und daß ihre Tätigkeit der Leitung der gesamten sozialdemokratischen Partei übertragen werden solle. Die Organisationen — und zwar sowohl die Frauenvereine wie die Sektionen der weiblichen Mitglieder in den allgemeinen Parteioptionen — sollen bestrebt sein, Mittel aufzubringen, um den unbedeutenden Genossinnen den Besuch der Parteschule zu ermöglichen. Die Tagung empfahl den Arbeiterinnen, zur Erweiterung ihres Gesichtskreises auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete die Parteiverammlungen eifrig zu besuchen und innerhalb der Organisationen Zesellungs zu bilden und besondere Zusammenkünfte zu veranstalten, die die Genossinnen mit dem Parteiprogramm gründlich vertraut machen sollen. Nach wie vor haben die Genossinnen in den Organisationen wie in der Öffentlichkeit für ein Gesetz zu agitieren, das den Verkauf von Alkohol verbietet. Der Kongreß forderte volle Religionsfreiheit und Trennung der Kirche vom Staate. Er beharrte die rechtlich traurige Stellung der Juden in Finnland und heischte für sie gleiche Rechte mit den übrigen Bewohnern des Landes.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Auf dem Jahrmarktstrummel abgestürzt.

Wiesbaden, 11. Januar. (B. G.) Beim Jahrmarktstrummelsturz stürzte heute nachmittags im hiesigen Konzerthause ein Teil der Galerie in den Saal hinunter. Ein Eisenbahnarbeiter wurde von den herabstürzenden Balken so schwer getroffen, daß er an einem doppelten Schädelbruch bald darauf starb.

Eine Chortragödie.

Hoffeld, 11. Januar. (B. G.) Der Sattler Dietrich hat heute nach kurzem Wortwechsel seine Ehefrau erschossen.

Grubenarbeiteranstand in England.

London, 11. Januar. (B. G.) Die Grubenarbeiter-Frise in North Cumberland nimmt einen großen Umfang an. Gestern fand in Egghill eine Versammlung statt. Am Schluß der Tagesordnung wurde eine Resolution angenommen, worin die sofortige Einstellung der Arbeit vorgeschlagen wurde.

Reichstag.

18. Sitzung. Dienstag, den 11. Januar, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Vizepräsident Dr. Spahn begrüßt in Vertretung des erkrankten Präsidenten die Abgeordneten im neuen Jahre mit dem Wunsche auf fleißigen Fortgang ihrer Arbeiten.

Abg. Dr. v. Czernakowski (Pole) hat sein Mandat (Posen) niedergelegt.

Der mecklenburgische Verfassungskampf.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der National-Liberalen und Freisinnigen:

Gedenkt der Herr Reichskanzler der Erwartung, welche hinsichtlich der mecklenburgischen Verfassung der Bundesrat in seiner Sitzung vom 26. Oktober 1875 den mecklenburgischen Regierungen gegenüber ausgesprochen hat, namentlich weitere Folge zu geben, nachdem die zwischen den mecklenburgischen Regierungen und den Ständen seit fast 30 Jahren resultatlos geführten Verfassungsverhandlungen kürzlich wiederum gescheitert sind und nachdem die mecklenburgischen Regierungen den Ständen auf dem diesjährigen Landtage erklärt haben, daß ihnen angesichts der Haltung der mecklenburgischen Ritterschaft weitere Verhandlungen zurzeit nicht mehr möglich seien, daß sie die Hoffnung nicht mehr aufrecht erhalten könnten, zu einer Verständigung zu gelangen und daß sie bei Verhandlungen im Reichstage ihren bisherigen Standpunkt gegenüber einem Eingreifen des Reiches nicht aufrecht erhalten könnten?

Staatssekretär Dr. Delbrück

erklärt sich bereit, die Interpellation im Namen des Reichskanzlers folgend zu beantworten.

Abg. Lind (noll.): Der Staatssekretär v. Bethmann Hollweg erklärte im vorigen Jahre auf unsere Anfrage in bezug auf eine Verfassung für Mecklenburg, die Verbündeten Regierungen hätten keinen Anlaß, an der Erfüllung der Erwartung, die sie im Jahre 1875 ausgesprochen, zu zweifeln. Wir verweisen daran, durch Verhandeln mit der Ritterschaft zu einer zeitgemäßen Verfassung zu kommen. Deshalb wenden wir uns an das Reich, denn wir haben den festen Glauben und die feste Überzeugung, daß endlich einmal das Reich uns helfen muß und helfen wird. Im Interesse seines eigenen Ansehens und seiner eigenen Autorität, aber auch im Interesse des Reichstages muß der Bundesrat Sorge tragen, der 1875 ausgesprochenen Erwartung die Erfüllung zu verschaffen. Wenn das Reich uns in Mecklenburg im Stich läßt, was soll dann in Mecklenburg geschehen? Sollen die Großherzöge vor der Ritterschaft zurückweichen, oder haben sie die ständige Pflicht, im Interesse der Staatsoberhauptlichkeit zur Selbsthilfe zu greifen? Ich will diese Fragen nicht beantworten, aber betonen will ich doch, daß die Bevölkerung in Mecklenburg, wie zahlreiche Behauptungen beweisen, erwartet, daß die Großherzöge und ihre Regierung vor der Ritterschaft nicht zurückweichen! Das Reich wird sich ein Verdienst erwerben, wenn es Mecklenburg vor diesem Stillsitzen, die mecklenburgischen Großherzöge vor dem eventuellen Vorwurf, eine Verfassung nicht organisiert zu haben, bewahrt. (Lebhafte Bravo! links.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Seit der Erklärung, welche die Verbündeten Regierungen am 15. Juli v. J. abgegeben haben, ist in tatsächlicher Beziehung eine Änderung insofern eingetreten, als die erfolgserwartenden Verhandlungen der mecklenburgischen Regierungen mit den Ständen ergebnislos geworden sind. Unter diesen Umständen fehlt — wie bisher — die tatsächliche und rechtliche Voraussetzung für die Anwendung des Artikels 76 der Verfassung. Es bleibt nur die Frage übrig, ob in Anbetracht der hohen Bedeutung der Frage durch eine Erweiterung der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Reiches die Grundlagen für ein Eingreifen geschaffen werden könnten. Im Namen der Verbündeten Regierungen habe ich die Erklärung abgegeben, daß sie es nicht für angängig erachteten, diesen Weg zu beschreiten, da er mit der föderativen Grundlage der Reichsverfassung unvereinbar ist! (Lebhafte Zustimmung rechts, lebhafter Widerspruch links.)

Mecklenburgischer Gesandter v. Brandenstein:

Die Verhandlungen des letzten Landtages über eine Verfassungs-

reform haben einen Verlauf genommen, der die Hoffnung der Regierungen, mit den beiden Ständen zu einer Einigung zu kommen, sehr gering erscheinen läßt. Die Regierungen haben daher die Vorlage zurückgezogen und sich ihr Wiedereinbringen vorbehalten. Bei dieser Sachlage sehen sich die mecklenburgischen Regierungen nicht mehr imstande, die Erklärung vom 15. Juli v. J., in der sie sich gegen ein Eingreifen des Reiches verwahren, weil die Erwartung bestehe, mit der Ritterschaft zu einer Einigung zu kommen, aufrecht zu erhalten. (Lebhafte Zustimmung links.) Andererseits aber sehen die mecklenburgischen Regierungen sich nicht veranlaßt, ein Eingreifen des Reiches zu beantragen (lebhafte Zustimmung links) und sie können auch ein solches Eingreifen des Reiches nicht wünschen in Rücksicht auf den bundesstaatlichen und föderativen Charakter des Reiches. Gleichwohl ist die heutige Verhandlung für die großherzoglichen Regierungen von Wert, weil sie dadurch eine gewünschte Klärung der Lage erreichen, und sie entnehmen daraus eine Rechtfertigung ihrer eigenen Auffassung: daß eine Verfassungsreform in Mecklenburg notwendig ist. (Wiederholtes Lachen links.) Für die großherzoglich-streitliche Regierung habe ich zu erklären, daß sie nach der Erklärung des Reichskanzlers keinen Anlaß hat, auf die Interpellation näher einzugehen. (Lebhafte Bravo! rechts, Pfiffe und Lachen links.)

Abg. v. Treuenfeld (L.):

Im Auftrage (Stürmische Heiterkeit links) — im Auftrage der konservativen Partei habe ich zu erklären, daß wir völlig auf dem Boden der soeben verlesenen Erklärungen stehen! Wir lehnen die Einmischung des Reiches als unheilvoll für die Grundlage des Reiches ab. (Stürmische Heiterkeit und Oh-Äufe links.) Auf den Inhalt der Interpellation einzugehen, habe ich keine Veranlassung. (Erneutes Lachen links.) Als mecklenburgischer Ritter (Lautes Hohnschreien links und auf den Tribünen) muß ich mich gegen jede unbedenkenliche Einmischung verwahren. Als konservativer Mann wende ich mich gegen die Versuche, auf dem Wege der Reichsgesetzgebung die Verfassungen der Einzelstaaten zu demokratisieren und zu radikalieren (Weißla rechts. Zu!-Äufe links) und die Souveränität der Bundesfürsten zu untergraben. (Äufe links: der Ritterschaft!) Ich persönlich mißbillige die Haltung der mecklenburgischen Ritterschaft. (Hört! hört!) Aber auch die Vertreter der Seestadt Rostock (Heiterkeit) und sieben anderer Städte haben gegen die von der Regierung vorgeschlagene Verfassung gestimmt. (Hört! hört! rechts.) Die Drohung der mecklenburgischen Regierungen mit dem Eingreifen der Reichsgesetzgebung war mindestens überflüssig. (Lachen links.) Es war sehr unheimlich, daß Herr Lind sein eigenes Vaterland so schlecht mochte. Wer sich die Nase abschneidet, verschändet sein Gesicht. (Bravo! rechts, Lachen links.) Auch viele Liberalen Mecklenburger bekamen sich dafür, sich dem Reich eine Verfassung vorschreiben zu lassen! (Lachen und Widerspruch links.) Wir wollen nicht unseren Bundesstaat in einen Vassallenstaat verwandeln lassen! (Stürmische Heiterkeit links, Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Pachtold (sf. Bg.): Wir haben von Herrn v. Treuenfeld keine andere Haltung erwartet. (Sehr wahr! links.) Wir wissen, daß jetzt auch die mecklenburgischen Regierungen die Hoffnung aufgeben müssen, auf dem Wege der Landesgesetzgebung Wandel zu schaffen. Also was bleibt da anderes übrig als das Eingreifen der Reichsgesetzgebung? (Sehr wahr! links.) Es bedeutet die Tragödie eines ganzen Volkes — nicht des mecklenburgischen Volkes allein, sondern des ganzen Deutschen Reiches — wenn ein paar Hundert Grundbesitzer die Einführung zeitgemäßer Zustände hindern und Deutschland und Mecklenburg nicht nur zum Spielort der Europäer, sondern jetzt sogar der Asiaten machen! (Sehr wahr! links.) Das, was man die mecklenburgische Verfassung nennt, verhält sich zu einer wirklichen Verfassung wie eine Ritterschiffung zum Maschinengewehr oder eine Kanone zum Automobil.

Unser Antrag verlangt keine irgendwie spezialisierten Vorschriften für die mecklenburgische Verfassung; er läßt genügen, nach der Ansicht meiner näheren politischen Freunde sogar zu viel Spielraum. (Sehr wahr! bei den Freisinnigen.) Man sagt: die Ritterschaft will ja auch eine Reform! Ja, aber eine, bei der alles beim alten bleibt. (Sehr gut! links.) Die Ritterschaft will eben gar keine Konstitutionen, die den Namen solcher verdienen. Natürlich machen es die mecklenburgischen Junker wie ihre Vettern in Preußen. Mit Schmeicheleien und Drohungen — mit letzteren noch mehr als mit ersteren — sucht man die Monarchen zu schrecken; bei der kleinsten

vollkommen geben, und daß man durchaus besser tut, sich die einzelnen Werkzeuge besonders zu kaufen.“ Man hat aber noch kaum daran gedacht, diese Betrachtungsweise auch auf die Maschinen anzuwenden, obwohl doch ein Blick auf die Entwicklung irgend eines Apparates oder Vorfahrens und genau die gleichen Eigentümlichkeiten erkennen läßt. „Und wir begreifen auch, daß die Rehnlichkeit vorhanden sein muß, denn wir wissen, daß es sich beide Male um die gleiche Aufgabe, nämlich die zweckmäßigste Energieumformation handelt, die nicht auf einmal, sondern auf dem langsamen Wege allmählicher Annäherung gelöst wird. Als z. B. der Gedanke entstanden war, einen Wagen oder ein Boot mittels einer Dampfmaschine zu treiben, setzte man einfach eine der bereits bekannten stehenden Dampfmaschinen auf einen Wagen von üblicher Gestalt, bezog in ein Boot und verband die gebräuchlichen Bewegungsorgane, Räder oder Ruder, so unverändert wie möglich mit der Maschine. So finden wir beispielsweise noch heute auf den amerikanischen Flüssen Dampfboote, deren Maschinen noch den alten Valanzier tragen, der zur Zeit der Erfindung ein allgemein vorhandenes Organ der Dampfmaschine war. Er ist sonst praktisch verschwunden, hat aber an dieser Stelle sich als rudimentäres Organ noch erhalten.“ Wie man die Verbesserung der Maschinen sich wie den Lebensformen schrittweise zunächst durch Beseitigung des Unbilligen und dann durch Ausbildung von Sonderorganen für die einzelnen Funktionen sich vollzieht, das führt in ebenso lehrreicher wie geistvoller Weise näher ein Aufsatz von Prof. Dr. Wilh. Oswald in Heft 1 der „Technischen Monatshefte“ (Stuttgart, Francksche Verlagshandlung) aus.

Theater.

Wiener Theater. Aus Wien wird uns geschrieben: Letzten Sonntag führte das Deutsche Volkstheater Thaddäus Rittners Komödie „Der dumme Jakob“ auf. Sie spiegelt das Tragisch-Komische des Alt-Junggesellentums. Ein Gutbesitzer hat sein ganzes Leben seinen Geschäften gewidmet. Da kommt spät das Gefühl der Vereinsamung über ihn. Was ist sein Gut! Liebt es ihn? Was ist ihm der Boden? Ist er ihm dankbar? Er will Liebe und Dankbarkeit, Verankerung mit dem Menschentum. Nicht mehr Kaufmann will er sein, sondern endlich Edelmann. Er nimmt eine arme Verwitwete zu sich, aber die Samaritaner werden ihm unheimlich. Einen jungen Mann läßt er sich als Sohn suggerieren, aber der vermeintliche Sohn (der dumme Jakob) löst selbst die Verankerung. Noch ist eine schöne Vorleserin im Hause, ihr Ziel ist Reichtum. Ihr macht er einen Antrag. Sie hat zwar ihre Fühler nach Jakob ausgestreckt, aber das Geld lockt. Aus Berechnung wird sie die Frau des hochbegüterten Gutsherrn. Er glaubt Liebe und Dankbarkeit gewonnen zu haben. Aber ist nicht wieder nur ein fremdes, eine Ware ins Haus gekommen? — Dieses Bühnenstück ist voll köstlicher Einzelheiten, amüsant und doch tief aus dem Leben geschöpft. Es trägt lebendige Werte in sich und wird dem deutsch-österreichischen Dichter hoffentlich auch im Reiche Boden schaffen. Es braucht nur einen treffenderen Titel. J. L. S.

Musik.

Die einheimischen Konzerte, je einer musikalischen Persönlichkeit oder Gruppe gewidmet, bringen endlich soweit durch, daß uns beispielsweise die Komponistenabende des Berliner Volks-

Konzession an Zeitbeben läßt man das Gespenst der Arbeiterbataillone aufmarschieren. (Sehr wahr! links.)

Nach dem Ausdruck eines Referentenorgans ist der Zustand der mecklenburgischen Volksschule eine einzige große Anklage gegen das ständische Regiment. (Lebhafte Zustimmung links.) Denken Sie ferner an die schwache Bevölkerung des von der Natur so reich gesegneten Landes, an die sinkende Bevölkerungsziffer, welche zeigt, daß man nicht ungestraft ein Land wie einen großen Gutshof verwaltet. (Sehr gut! links.) Die Konservativen betreiben die Geschäfte der Sozialdemokratie. (Sehr richtig! links.) Ruhe sollen aber die mecklenburgischen Ritter nicht haben: die Verfassungsreform wird nicht von der Tagesordnung verschwinden, ehe sie gelöst ist. (Lebhafte Bravo! links.)

Mecklenburgischer Bevollmächtigter zum Bundesrat Freiherr v. Braunsenstein: Herr v. Treuenfeld hat behauptet, daß auch die mecklenburgischen Regierungen bei der Behandlung der Frage im mecklenburgischen Landtag Fehler gemacht haben. Diese Behauptung muß ich zurückweisen.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Rechtlich besteht zurzeit nicht die Möglichkeit, von Reichswegen Mecklenburg eine Änderung seiner Verfassung aufzutragen. Der früher hier mehrfach behandelte liberale Antrag, daß jeder Staat eine aus öffentlichen Wahlen hervorgegangene Volksvertretung haben müsse, deren Zustimmung zu jedem Gesetz notwendig sei, würde der mecklenburgischen Ritterschaft auch nicht imponieren, wenn nicht dem Reich das Recht gegeben würde, auf dem Wege des Zwanges die Staaten zur Einführung oder Änderung ihrer Verfassung zu nötigen. Dadurch würde aber die Souveränität der Bundesfürsten und der Bundesstaaten auf das Reich übertragen, und dem können die Verbündeten Regierungen nicht zustimmen, dem stehen gewichtige politische Bedenken entgegen.

Abg. Gröber (Z): Die Erklärung der mecklenburgischen Regierungen vor ihren Ständen mit ihrer heutigen Erklärung in Einklang zu bringen, ist nicht meine Aufgabe. (Große Heiterkeit.) Den Herren von der Linken, welche durch die Erklärung der mecklenburgischen Regierungen zu ihrem Vorgehen veranlaßt sind, kann man ein gewisses Mitleid nicht verlagern. (Heiterkeit im Zentrum.) Daß Mecklenburg an seinem veralteten Standpunkt nicht festhält, wünsche auch ich. Es handelt sich hier aber nicht um eine Gemütsfrage, sondern um eine Rechtsfrage. Das Reich ist zur Entscheidung nur zuständig bei Streitigkeiten über bestehende Verfassungen zwischen Bundesstaaten, nicht aber über noch gar nicht bestehende. Das Reich kann also ohne Erweiterung seiner Zuständigkeit nicht eingreifen. Eine solche Erweiterung der Zuständigkeit des Reiches aber halten wir im Zentrum aus politischen Gründen für bedenklich. Ist dieser Weg einmal bestritten, so gibt es überhaupt keine Verfassungsfrage, die nicht vom Reich aus geregelt werden könnte, und die süddeutschen Staaten würden sich bedanken, sich in ihre Verfassungen hineinreden zu lassen. Wegen der unabweisbaren Konsequenzen also lehnen wir das ab, zumal da die mecklenburgischen Regierungen erklärt haben, daß sie von neuem mit der Verfassung an den Landtag herantreten werden.

Abg. v. Vertheim (Sp.): Die Reformbedürftigkeit der mecklenburgischen Verfassung kann ernsthaft nicht bestritten werden. Ich habe die Ablehnung des sehr gemäßigten, durchaus konservativen Verfassungsentwurfs der Regierungen gerade im konservativen Interesse bedauert. Ich habe mich mit meiner Reformtendenz sogar in Gegenwart zu nahen Freunden und Verwandten gesetzt. Aber so sehr ich auch die Änderung der mecklenburgischen Verfassung wünsche, so muß ich doch in Einklang mit meinem Vorgesetzten und mit den Prinzipien Bismarckscher Politik das Einschreiten der Reichs-gesetzgebung ablehnen, das den ersten Schritt zur Verwanderlung Deutschlands aus einem Bundesstaat in ein unitarisches Staatswesen bedeuten würde. Ich habe also im Namen meiner Fraktion zu erklären, daß wir gegen jede Ausfoktierung von Landesverfassungen auf dem Wege der Reichs-gesetzgebung protestieren, wie sehr wir auch die zeitgemäße Reform der mecklenburgischen Verfassung auf dem Wege der Landesgesetzgebung wünschen. (Bravo! rechts.)

Abg. Frohme (Soz.):

Für mich kommt es im wesentlichen darauf an, namens meiner Freunde grundsätzliche Stellung zu nehmen, speziell zu den Erklärungen der Vertreter der Regierung. Wir haben nichts anderes vorausgesetzt, als daß von neuem die Kompetenz des Reiches zu einem Eingreifen in dieser Angelegenheit bezweifelt werden würde. Wir haben erst vor 7 Monaten die mecklenburgische Verfassungsfrage

Chores fast schon als etwas Selbstverständliches erscheinen. Dem Schumann-Abend vom Montag (in Hoppoldts neuem Konzertsaal) könnte zweckmäßig etwa ein den Liebertrompisten V. Cornelius und A. Ritter gewidmeter Abend folgen. Dadurch und durch entsprechende Einleitungsnotizen würde man erst so recht die Mittelstellung Robert Schumanns zwischen älterer Musik als Musik und neuerer Musik als Sprachvertonung erkennen. Daß er hauptsächlich Klavierkomponist war und in dem Maße der Entfernung vom Klavier sowie vom Solospiel mit Klavierbegleitung seine Eigenart verlor, war schon diesmal zu spüren, beispielsweise bei den Stücken mit Horn und Oboe. Trotzdem erzielte sein Chorlied „Schmitter Tod“ eine wohlverdiente große Wirkung, wie sie die anderen, weilschlicheren Chorlieder eben nicht erreichen konnten. Da wie dort zeigte Dr. E. J. B. anders Chorgruppe ihre besonders durch Milde auffallende gute Schulung. Dazu noch tüchtige Solisten — auch wenn die schöne Stimme Herr A. Dreiners den Eindruck machte, daß sie bislang nicht recht das ihr noch Mögliche gefunden hat.

Innerhalb der durch den einen Komponisten gegebenen Einseitigkeit bleibt abermals Raum für Geschlossenheit oder aber für Zerplitterung. Eine solche war auch hier nicht ganz vermieden. Kommtlich brachten die fünf verschiedenen Stücken für Klavier dessen Beherrschung durch Schumann nicht genug zur Erkenntnis. Statt ihrer würde doch eine ganze Sonate oder vielleicht die gesamte Reihe der „Waldfenzen“ (die das Einzelstück „Vogel als Prophet“ erst hinreichend verständlich machen) empfehlenswerter sein, soweit in einem so großen Raume wie diesmal eine derart intime Kunst überhaupt geltend zu machen vermag. 82.

Notizen.

Ein entlassener Theaterdirektor. Small und Hall entlassen wurde der Direktor des Bremer Stadttheaters, Hubert Reusch, dessen Kontrakt von 1908 bis 1914 lief. „Persönliche Gründe“ sind die Ursache, und zwar handelt es sich, wie die bürgerliche Presse meldet, „um eine auswärts spielende Ehefrau“. Herr Reusch ist noch am Tage seiner Entlassung, nachdem er von seinem Personal ein Vertrauensvotum erhalten hatte (er war immer ein ganz guter Regisseur), aus Bremen verschwunden.

— Zeelas Wunderlicht. Der amerikanische Erfinder Tesla, der seit zwanzig Jahren an einem drahtlosen elektrischen Licht arbeitet, hat nunmehr, so weiß die „New Yorker World“ zu berichten, das Problem gelöst und seine Erfindung vollendet. „Mit meinem großen drahtlosen Lichtgeber“, so äußerte sich Tesla, „könnte ich die ganzen Vereinigten Staaten erleuchten.“ (1) Der Strom würde sich in die Luft ergießen und nach allen Richtungen sich verbreiten mit der Wirkung eines starken Nordlichts. Es wäre ein sanftes Licht, jedoch stark genug, um die Gegenstände zu unterscheiden. Tesla plant, zunächst den Hafen von New York in einem Umkreis von rund 100 englischen Meilen zu erleuchten. Eine einzige große Zentralstation wäre das Billigste und das sicherste, um bestes Licht zu erhalten. Keine Lampen bedürfen keiner Erneuerung, denn nichts in ihnen brennt ab. Sie sind einfache Kugeln aus Glas, die hermetisch verschlossen sind und verdünntes Gas enthalten.“ (Man wird diese sensationelle Meldung mit gehöriger Skepsis aufnehmen haben.)

mit allen dazu gehörigen Rechtsfragen erörtert und haben heute hierüber nichts Neues gehört. Die Herren rechts und vom Zentrum beharren auf ihrem Standpunkt, daß das Reich in diese Fragen nicht hinein zu reden habe, während wir andererseits an dem Standpunkt festhalten, daß das Reich geradezu die Verpflichtung hat, hier einzugreifen; denn die Frage ist keine spezifisch medlenburgische, sondern — genau wie die preussische Wahlrechtsfrage — eine deutsche, welche die Interessen des ganzen deutschen Volkes angeht. Solange die Rechtsgelehrten allein das entscheidende Wort in der Frage haben, solange ist die Lösung im freiherrlichen Sinne undenkbar. Aber mögen die Rechtsgelehrten sich auch noch so sehr auf einen rückständigen Standpunkt stellen, das Rechtsempfinden des Volkes wird es nicht lassen, daß man so monströse Mißstände zum Schaden des Volkes bestehen läßt, die

eine Schmach und Schande für das ganze Reich darstellen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Oho! rechts.)

Gegenüber der Anschauung, daß sich ein Eingreifen des Reiches mit dem föderalistischen System nicht vertragen, siehe ich auf dem Standpunkt, daß das ein viel zu weit getriebener Föderalismus ist. Ich hoffe auch mit Herrn Gröber, daß das medlenburgische Volk mit der Zeit zu anderen Zuständen kommt. Aber das geht nicht auf dem Wege, wie er glaubt. Ganz von selbst kommt der Fortschritt nicht, insbesondere nicht auf einem Boden wie Mecklenburg. Die medlenburgische Ritterschaft wird noch wie vor auf ihre Privilegien pochen und bemüht sein, sie aufrecht zu erhalten; sie wird jedes auch nur einigermaßen demokratische Wahlrecht ablehnen. Wenn jemals ein Zwang des Reiches berechtigt gewesen ist, so in diesem Falle.

Herr Gröber meinte, es könnten, wenn einmal das Beispiel gegeben wäre, dann vom Reich auch reaktionäre Verfassungen in den Bundesstaaten eingeführt werden. Ist es aber nicht heute schon so, daß Preußen ständig seinen reaktionären Einfluß im Reich geltend macht? (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen der medlenburgischen Bevölkerung den unbedingt nötigen Fortschritt auf politischem und damit auf wirtschaftlichem Gebiete durch den Eingriff des Reiches verschaffen. Sollen wir uns denn der Hoffnung hingeben, wenn dieser merkwürdige Zustand noch Jahrzehnte hindurch dauert, daß dann vielleicht die Zeit kommen könnte, wo aus der medlenburgischen Bevölkerung selbst das Element heraus entsteht, um die nötige Reform zu erzielen? Wenn die Verfassung keine Handhabe zum Eingreifen bietet, so nehmen Sie unseren Antrag an und ergänzen Sie die Verfassung durch folgenden Zusatz:

„In jedem Bundesstaat und in Staat-Vorständen muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen, direkten Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen. Die Zustimmung der Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Haushaltsplans nötig.“

Von dem Augenblick, wo unsere Reichsverfassung eine solche Bestimmung hätte, wäre auch für die medlenburgische Bevölkerung die rechtliche Basis vorhanden, von der aus sie ihre Verfassung in freier Richtung ausgestalten könnte. Was gelten denn heute die kleinen Leute, die Arbeiter, gegenüber der Ritterschaft in Mecklenburg? Die Arbeiter, die kleinen Leute haben ja gar kein Recht! (Lebhafte Zustimmung v. d. Soziald.). Die Reichsverfassung hat Staatsbürger im Auge. Die kleinen Leute in Mecklenburg vollständig, dort hat man nur Untertanen. (Sehr wahr! v. d. Soziald.). Mit allen Rechtsverfassungen wird man die Entwicklung nicht aufhalten können. Der Zug der Entwicklung der deutschen Nation von unten heraus geht zur Freiheit und zur Einheit. Man wird nicht sagen können, daß wir schon die nationale Einheit haben. Auf dem Gebiete der Rechtschaffenheit haben wir auch erst Anfänge. Deshalb ist aber ganz Recht gemacht worden mit der Einheit vor dem politischen Recht, beim Wahlrecht und den großen verfassungsmäßigen Fragen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das ist völlig unbedeutend. Diesen Zustand wird sich die medlenburgische Bevölkerung auf die Dauer nicht mehr gefallen lassen. Dem permanenten Unrecht gegenüber wird sie schließlich zur Not mehr greifen müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das Volk nichts ist als der Spielball der herrschenden Klassen, so kann von einem Rechtsstaat keine Rede sein. Im ganzen deutschen Volk empfindet man es als notwendig und berechtigt, daß die Reichsgewalt in der medlenburgischen Verfassungsfrage einen entscheidenden Schritt tut. Geschieht das nicht, so wird darunter allerdings das Rechtsbewußtsein des Volkes nicht leiden, wohl aber die Autorität der Reichsgewalt neuen schweren Schaden haben. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Treuenfels (L.) polemisiert gegen den Abgeordneten Bahr und betont dann, an dem guten Willen der medlenburgischen Regierung habe er nie gezweifelt, aber Fehler habe sie gemacht.

Herr Dr. Bahr (fr. Vg.): Herr v. Treuenfels hätte es sich ersparen können, zum zweiten Male das Wort zu ergreifen; etwas Neues und Anderes als das erste Mal hat er nicht gesagt. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Vor allem bemerke ich bei ihm einen positiven Vorschlag, wie in Mecklenburg weiter vorgegangen werden soll. Er bleibt immer nur guter Hoffnung. (Schallende Heiterkeit.)

Darauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr.

(Interpellation wegen der Mahregelungen in Rattowig, Gerichtsverfassungsgesetz, Strafprozessordnung, Änderung des Strafgesetzbuchs, Gesetz über die Haftung des Reichs für seine Beamten.)

Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

1. Sitzung am Dienstag, den 11. Januar 1910, nachmittags 2 Uhr.

Am Ministertisch: v. Bethmann Hollweg, Freiherr v. Rheinbaben, Sydow, v. Breitenbach, v. Arnim-Bafledom.

Präsident v. Stöcker eröffnet die Sitzung mit dem üblichen Hoch auf den Kaiser.

Nachdem ergriffen das Wort

Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg:

Nachdem ich durch die Gnade Sr. Majestät zum Amte des Ministerpräsidenten berufen worden bin, benutze ich, wie mein Vorgänger, die erste Gelegenheit, um meine persönlichen Beziehungen mit Ihnen aufzunehmen. Ich beabsichtige nicht, heute politische Erörterungen anzustellen, es wird mir binnen kurzer Frist Gelegenheit gegeben werden, mich zu wichtigen Fragen, mit denen Sie sich zu beschäftigen haben werden, eingehend zu äußern. Sie wollen mir heute nur einige wenige Worte gestatten. Ich glaube, in diesem hohen Hause sein ganz Fremder zu sein; mehrjährige gemeinsame Arbeit hat uns zusammengeführt, und ich habe in mein gegenwärtiges Amt das Gefühl mitnehmen zu dürfen, daß die Lösung der Aufgaben, an denen ich bisher im Verein mit Ihnen gewirkt, ein von mir mit Dank empfundenes gegenseitiges Vertrauen zugrunde gekommen ist. Dieses Vertrauen als eine unentbehrliche Grundlage einer erproblichen Vertrauensführung zu pflegen, werde ich auch künftig bemüht sein. (Bravo!)

Finanzminister v. Rheinbaben bringt nunmehr den

Etat

ein. Das charakteristische und betäubende Zeichen des Jahres 1908 bestand darin, daß der Eisenbahnverkehr, namentlich der Güterverkehr, infolge der wirtschaftlichen Depression sehr erheblich gesunken war. Ich habe damals die voraussichtlichen Mindereinnahmen auf 134,5 Millionen Mark geschätzt, und diese Schätzung ist fast genau eingetroffen. Die damals angenommene Heberschneidung der Ausgaben ist dagegen nicht eingetroffen, und die Eisenbahnen schließen mit einem Minderüberschuß von 135 Millionen ab. Das Defizit von 1908 betrug 202,1 Millionen und war außer durch den Minderüberschuß bei den Eisenbahnen auf die Erhöhungen des hohen Hauses bei den Beamtenbesoldungen zurückzuführen.

Auch das Jahr 1909 stand zunächst unter dem Zeichen der schlechten Konjunktur, das Defizit war auf 166 Millionen veranschlagt. Erfreulicherweise hatten sich namentlich in der zweiten Hälfte des Jahres die wirtschaftlichen Verhältnisse gebessert, und wir haben mit einer langsamen Aufwärtsbewegung unserer ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse zu rechnen. Dazu kam, daß in unserem Vaterlande eine gottlob gute Ernte zu verzeichnen war. Beides hat natürlich auch seine Rückwirkung auf die Einnahmen der Staatseisenbahnen gehabt. Bis Ende November ist — verglichen gegen die gleichen Zeiten von 1908 — eine Steigerung des Personenverkehrs um 6 Proz. und des Güterverkehrs um 4,5 Proz. zu verzeichnen. Die Eisenbahnverwaltung rechnet danach auf eine Verbesserung im Ordinarium von 32 Millionen. Die Fortien werden voraussichtlich 7 Millionen Mehreinnahmen haben, die Zölle und indirekten Steuern 6 Millionen. Was die Reichsfinanzreform anlangt, so werde ich hier auf sie nicht des weiteren eingehen. Jedenfalls ist es mit Dank zu begrüßen, daß mit der unabhätbaren Wirtschaft ein Ende gemacht worden ist und die gestundeten Rätzularbeiträge auf das Reich übernommen worden sind. (Bravo! rechts.) Das Jahr 1909 bedeutet den Abschluß des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts und damit einen Abschnitt, der den Staat vor ganz besonders große Aufgaben gestellt hat. Der wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Jahrzehnt mußte das wirtschaftliche Nutzengut des Staates angepaßt werden. Das Wasserstraßennetz ist ausgebaut worden, und es ist nur billig, daß diejenigen, die die Vorteile davon gehabt haben, auch zu den Kosten beitragen. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind willens, den vom hohen Hause uns kundgegebenen, durch Gesetz niedergelegten Willen mit aller Energie zum Ausdruck zu bringen trotz aller Hindernisse, die uns entgegenstehen. (Lebhafte Bravo! rechts. Unruhe links.) Ebenso sind wir bemüht gewesen, das Eisenbahnnetz auszubauen, um den rapide gestiegenen Verkehrsbedürfnissen zu genügen. Bei alledem haben die kulturellen Aufgaben des Staates nicht gekittet. (Nachen bei den Sozialdemokraten.) So sind 69 Seminare und 42 Präparandenanstalten in den 10 Jahren gegründet worden. Trotz der Fülle der Aufgaben, die in diesen 10 Jahren herantraten, wären wir in der Lage gewesen, allen dadurch entstandenen Ausgaben gewachsen zu sein, wenn nicht gleichzeitig die Betriebskosten unserer großen Staatsverwaltungen ebenfalls sehr gestiegen wären. So sind die Selbstkosten der Eisenbahn um 200 Millionen gestiegen.

Wir wollen hoffen, daß wir in dem neuen Jahrzehnt nicht vor gleich große Aufgaben gestellt werden, sondern Ruhe haben, die großen Lasten, die dem Staate auferlegt worden sind, zu überwinden in einer Periode der Sammlung. Das kann erreicht werden durch pflegliche Behandlung der Einnahmen und vor allem durch tunlichste Beschränkung der Ausgaben. Der wirtschaftliche Aufschwung wird hoffentlich auch im Jahre 1910 anhalten. Wir dürfen aber nicht wieder in den Fehler verfallen, bei steigender Konjunktur zu rapide vorwärts zu gehen. Unsere Hauptaufgabe wird sein, den inländischen Markt — den Hauptabnehmer der Industrie — zu stärken. Auf die Wichtigkeit dieser Aufgabe hat in der Generalversammlung der deutschen Eisenindustriellen auch der sehr verdiente Generalsekretär des Bundes der Industriellen hingewiesen. (Hört! hört! rechts.) Er hat dort gesagt: „Wir haben ein Interesse daran, daß ebenso wie der Industrie auch der Landwirtschaft der Staat erhalten bleibt.“ (Sehr richtig! rechts.) Wenn diese Bundesgenossenschaft zwischen Industrie und Landwirtschaft aufrecht erhalten bleibt, ist es um unser Vaterland gut bestellt. (Lebhafte Bravo! rechts.) Eine unserer Hauptaufgaben wird auch sein, dafür zu sorgen, daß wir unter keinen Umständen in ein dauerndes Defizit hineingeraten. (Sehr richtig!) Gelingt das nicht durch pflegliche Behandlung der Einnahmen und Beschränkung der Ausgaben, so werden wir zur Deckung des Defizits zur Erschließung neuer Einnahmequellen übergehen müssen. Der neue Etat ist jedenfalls unter dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit aufgestellt worden.

Redner geht nunmehr auf die Ziffern des Etats für 1910 im einzelnen ein. Er teilt mit, daß das

Defizit

92 Millionen Mark

beträgt. Es ist also gelungen, das Defizit vom Jahre 1908 von über 200 Millionen auf jetzt 92 Millionen herunterzuwirtschaften. In diesem Sinne werden wir weiter wirtschaften im Interesse der Konsolidierung unserer preussischen Finanzen. (Bravo!)

Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Präsidentenwahl, erste Lesung des Etats.) Schluß 4 Uhr.

Herrenhaus.

1. Sitzung vom 11. Januar 1910, nachm. 3 Uhr.

Am Ministertisch: v. Moltke, Beseler. Der bisherige Präsident Herr v. Mantuffel eröffnet die Sitzung mit einem Hoch auf den Kaiser.

Die Wahlberechtigung wird nicht angezweifelt, das Haus ist damit konstituiert.

Auf Vorschlag des Fürsten v. Sayfeldt wird das Präsidium der vergangenen Session (Herr v. Mantuffel als Präsident, Herr v. Beseler und Herr v. Landsberg als Vizepräsidenten) per Akklamation wiedergewählt. Alle drei Herren nehmen die Wahl mit Dank an.

Auch die Schriftführer der vergangenen Session werden durch Zutritt wiedergewählt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 12. Januar, 1 1/2 Uhr. (Geschäftliche Mitteilungen. Vereidigung neuer Mitglieder. Geschäftliche Verhandlung von einigen dem Herrenhause zuerst zugegangenen Gesetzentwürfen.)

Schluß 2 1/2 Uhr.

Professor Dr. Ruhland gegen Professor Dr. Biermer.

In der gestrigen Sitzung wurde zunächst Professor Dr. v. Schmoller

vernommen. Er sagte unter anderem folgendes aus: Ich lese die Schriften des Prof. Ruhland seit längerer Zeit nicht mehr und habe sie auch nicht mehr in meinem „Jahrbuch“ besprochen. Dazu führte mich außer verschiedenen anderen Gründen auch die in der Qualität der Schriften und meine teilweise sich ändernde Ansicht von dem Wert der Ruhlandschen Schriften. Dessen erste Arbeiten machten den Eindruck eines zukunftsreichen Talents, die späteren ließen mich aber immer mehr zweifeln, ob die Arbeiten eine eigentlich wissenschaftliche Bedeutung beanspruchen können. Speziell mußte auch der rasche Wechsel in den Anschauungen Ruhlands und sein rascher Übergang in ein bisher von ihm bekämpfter Lager frapieren. Ich stich mich zuerst am stärksten an einer Behauptung Ruhlands, daß zur Zeit der tiefen Getreidepreise eine zu geringe Produktion von Getreide sich zeige. Diese Behauptung sei von einem wissenschaftlich geschulten Manne undenkbar. Ferner unfahbar war die Ansicht Ruhlands: daß in wissenschaftlich-wirtschaftlichen Fragen zuletzt der Volk zu entscheiden habe. Damit war er für mich aus der Reihe der ersten wissenschaftlichen Leute ausgeschieden. Sein Glaubensbekenntnis zur physikalischen Lehre war mir auch ganz unverständlich. Wenn sich heute jemand zu dieser Sekte von volkswirtschaftlichen Sonderlingen bekennt, so ist dies gleichbedeutend, als wenn sich heute ein Chemiker für einen Alchimisten erklärt. Ich hatte nach diesem Sinnungswechsel und nach dem, was ich noch las, die Empfindung, daß ich meine Zeit besser verwenden könnte als mit dem Studium dieser Schriften. Wäre Ruhland an eine deutsche Universität berufen worden, so würde ich dies für ein Unglück für die Wissen-

schaft und für einen Affront für die deutsche Gelehrtenwelt gehalten haben. Ich habe gar nichts dagegen, wenn sich jemand in den Diensten einer wirtschaftlichen Interessengruppe stellt, aber solche Leute gehören nicht auf ein deutsches Kaiser. Wer in dem Dienste von Interessengruppen steht, hat das Recht und die Pflicht, für diese Interessengruppen einzutreten, auf der Universität wäre dies ein großer Fehler und eine Verhöhnung an der Wissenschaft. Deshalb war ich dem Prof. Dr. Biermer dankbar, daß er gegen die Berufung des Prof. Ruhland protestierte. In der Form mag er zu weit gegangen sein, sachlich siehe ich aber auf seiner Seite, und die große Mehrzahl der deutschen Nationalökonom dürfte ebenso denken wie ich. Einen moralischen Vorwurf will ich dem Professor Ruhland nicht machen, aber die große Kasse der Fernstehenden, Unabhängigen, Objektiven muß ihm auf das stärkste mittrauen. Die Universitäten müssen gegen eine solche Persönlichkeit protestieren.

Geheimer Regierungsrat Dr. v. Savigny gibt in längerer Darstellung ein Bild von den Vorgängen, die seinerzeit zu dem Exodus (Fortgang) von 7 reichsdeutschen Professoren aus der katholischen internationalen Universität Freiburg (Schweiz) geführt haben. Die Zeugnisse anderer Professoren über dasselbe Thema gelangen zur Verlesung.

Der zweite Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Abg. Rittergutbesitzer Röske, erklärt: Der Bund habe es für nötig erachtet, seine praktischen Bestrebungen durch theoretische Hilfskräfte zu ergänzen und wissenschaftlich zu vertiefen. Er habe sich an Geh. Rat Wagner gewandt mit der Bitte, eine geeignete Kraft zu bezeichnen, und dieser habe als solchen Prof. Ruhland, der damals Privatdozent in Zürich war, empfohlen. Er, Zeuge, habe sich dann an diesen gewandt und habe als Antwort einen ziemlich kritischen Brief erhalten, in dem gesagt wurde, seine Tendenzen seien zwar agrarisch, aber die Tendenzen des Bundes der Landwirte könne er nicht in allen Beziehungen teilen. Seine Berufung zum wissenschaftlichen Beirat des Bundes sei dann nach eingehender brieflicher und mündlicher Aussprache erfolgt. Die Anstellung erfolgte auf der Grundlage, daß er seinen wissenschaftlichen Tendenzen vollkommen sollte nachkommen können. Jede Beeinflussung in dieser Beziehung sei vollkommen ausgeschlossen, es sei ihm auch nie zugemutet worden, seine wissenschaftlichen Überzeugungen zu ändern. In der Währungsfrage habe Ruhland seine differenzierende Ansicht gegenüber der Ansicht des Bundes stets aufrechterhalten und darin niemals kapituliert.

Es wird sodann

Geh. Oberregierungsrat Dr. Ester, Degetner für das Universitätswesen im Kultusministerium,

als Zeuge vernommen: Es haben seinerzeit zwei Unterredungen stattgefunden, die der Abg. Freiherr v. Wangenheim mit ihm und dem verstorbenen Ministerialdirektor Altkopf hatte. Dabei handelte es sich darum, ob es sich nicht erübrigte, den Prof. Ruhland von der Universität Freiburg in der Schweiz, der damals beurlaubt war, an eine preussische Universität zu berufen, da es doch wünschenswert sei, daß auch die von diesem vertretene Richtung auf der Universität zu Worte komme. Er habe dem Freiherrn v. Wangenheim erklärt, daß die Richtung des Herrn Ruhland kein Hindernis für seine Berufung sein würde, denn auf den Universitäten solle immer allen wissenschaftlichen Richtungen Raum gewährt werden. Sollte seitens einer Fakultät die Berufung Ruhlands empfohlen werden, dann würde die Universitätsverwaltung einem solchen Wunsche näher treten.

Aus der weiteren Beweisaufnahme ist die kommissarische Vernehmung des

Redakteurs der „Frankfurter Zeitung“, Abg. Dr. Dester

über den Vorschlag zur Bildung einer antiagrarischen Liga, die Prof. Ruhland seinerzeit gemacht haben soll, bemerkenswert. Aus der Aussage ist folgendes hervorzuheben: Professor Ruhland sei ein gelegentlicher Mitarbeiter der „Frankf. Ztg.“ gewesen und habe sich besonders über das Thema der Getreideverlegung in Deutschland geäußert. Er sei auch mehrere Male zum Zwecke von Rücksprachen über agrarische Fragen auf die Redaktion gekommen. Damals setzte gerade die Agitation des Bundes der Landwirte an. In der Aussprache bekannte sich Dr. Ruhland als ein Gegner der Getreidezölle und als ein Anhänger jener Mahregeln, die man heute als „Politik der kleinen Mittel“ bezeichnet. Wie er weiter mitteilte, war es sein damaliges Bestreben, eine Art Gegenbewegung gegen den „Bund der Landwirte“ zu entwickeln. Ruhland erzählte, daß eine Zusammenkunft in Ulm an der Donau in Aussicht genommen sei, in der über diese Pläne weiter beraten werden solle. Er, Dr. Dester, habe ihm auf Anfrage erklärt, daß er gern jede Bewegung, die im Rahmen des Programms der „Frankf. Ztg.“ der Landwirtschaft Hilfe zu bringen suche, unterstützen würde, natürlich nur insoweit, als sie mit der Richtung der „Frankf. Ztg.“ parallel laufe. Er habe nicht den Eindruck gewonnen, daß Dr. Ruhland die hier in Betracht kommende Bewegung im Anschluß an die Süddeutsche Volkspartei ins Leben rufen wollte; aus dem ganzen Plan ging vielmehr hervor, daß Persönlichkeiten aus den verschiedensten Parteien dafür gewonnen werden sollten. Er habe den Eindruck gewonnen, daß die von Dr. Ruhland angeregte Bewegung sich gegen den „Bund der Landwirte“ richten und den Zweck haben sollte, der extremen und verfehlten Politik des „Bundes der Landwirte“ die vernünftige Politik des praktisch durchführbaren entgegenzusetzen. Die „Frankf. Ztg.“ sei damals, als Herr Dr. Ruhland im Jahre 1898 eine Polemik in betreff der Getreidezölle mit ihr hatte, nicht mit ihrer Kenntnis der oben geschilderten Vorschläge hervorgetreten, weil es nicht ihrer Gepflogenheit entsprach, ihr anvertraute Mitteilungen in die Öffentlichkeit zu bringen. Allerdings habe die „Frankf. Ztg.“ im Jahre 1901 dieses Gespräch veröffentlicht. Die Verhältnisse hatten sich so zugespitzt, daß der „Frankf. Ztg.“ die Publikation im öffentlichen Interesse geloten erschien. — Auf Vorhalt des Reichsanwalts Gottschalk bestätigte der Privatkläger, daß wegen der Polemik 1901 gegen die „Frankf. Ztg.“ eine Klage nicht erhoben worden ist, er vielmehr nur eine Verichtigung eingefandt habe. Als 1903 die „Frankfurter Zeitung“ auf diese Sache nochmals zurückkam, habe er die Verleumdungsklage erhoben, diese sei aber zurückgewiesen worden, weil sein damaliger Vertreter ein formales Versehen begangen hatte.

Es folgt die Verlesung des kommissarisch vernommenen Geschäftsführers der „Münchener Post“, Louis Gahn. Dieser hat unter anderem ausgesagt: Im Jahre 1898 oder 1894 habe sich Ruhland gelegentlich eines Gesprächs über allgemeine politische Dinge dahin geäußert: Wenn die „Münchener Post“ sich entschließen könnte, Artikel aufzunehmen, welche die damalige Bismarcksche Wirtschaftspolitik unterkämen, so würden dazu Geldmittel in größerem Umfange zur Verfügung stehen. Er habe dieses Anerbieten nicht so aufgefaßt, als wenn damit eine direkte Bestätigung verbunden werden sollte, es seien vielmehr so, als wolle Dr. Ruhland derartige Artikel in die „Münchener Post“ lancieren, um den Anschein hervorzurufen, als bilige ein Teil der sozialdemokratischen Partei die in diesen Artikeln niedergelegten Anschauungen. Das Anerbieten habe an und für sich in der Form nichts Verleidendes gehabt und sei deshalb auch erst zur Kenntnis gebracht, als der politische Frontwechsel des Privatklägers dazu herausforderte.

Auf Antrag des Angeklagten Dr. Biermer wird ein Artikel der „Münchener Post“ vom 28. Juni 1901 verlesen, welcher eine längere Antwort auf einen in der „Deutschen Tageszeitung“ veröffentlichten Brief des Privatklägers darstellt. In dieser Antwort wurde es als unklar bezeichnet, daß er der „Münchener Post“ Geldunterstützungen für schutzpolizeiliche Artikel angeboten habe. Die „Münchener Post“ hat darauf in einem stark polemischen Artikel diese Antwort als „neue Dichtung des großen Nationalökonom“ gezeichnet.

Verlesen wird ferner ein Artikel der „Münchener Post“, der aus dem Jahre 1903 stammt und den Titel „Noch einmal Herr Ruhland“ trägt. Der Artikel geht noch aggressiver gegen Prof. Ruhland vor.

Reichsanwalt Gottschalk stellt fest, daß der Privatkläger wegen dieser Artikel eine Klage nicht angestrengt hat.

Ein vom Rechtsanwalt Gottschall gestellter Antrag auf Verlesung des zur Verhandlung erster Instanz vom Professor Brentano gegen den Privatkläger abgegebenen Gutachtens wird vom Gerichtshofe abgelehnt.

Nachdem die Sachverständigen ihre umfangreichen Gutachten erstattet haben und die Beweisaufnahme ihre Ende gefunden hat, kommt auf Vorschlag des Landgerichtsdirektors Rutenfeld folgender Vergleich zustande:

1. Prof. Dr. Biermer erklärt: Ich habe mich durch den Gang der zweifelhaflichen Hauptverhandlung davon überzeugt, daß der Hauptbegriff, den ich Herrn Prof. Dr. Rutenfeld gemacht habe, nämlich, daß er persönlich, wissenschaftlich und politisch charakter- und geschmacklos gehandelt habe, von mir nicht aufrecht erhalten werden kann, insbesondere nicht nach der Richtung, daß er um persönlicher Vorteile willen seine Uebersetzung verkauft habe. Auch nehme ich meine Behauptung, daß Herr Prof. Dr. Rutenfeld an der Einreichung des Antrages Antheil direkt oder indirekt beteiligt gewesen sei, als unzutreffend zurück. Für ebenso unzutreffend erkläre ich meine in der Broschüre aufgestellte Behauptung, daß der Privatkläger an den Schmidmännischen Unternehmungen in Binzow nach der Richtung des Bauwesens aktiv beteiligt gewesen und aus seiner dortigen Stellung Ansat und Fall entlassen sei. Auch nehme ich die Behauptung, daß Prof. Dr. Rutenfeld niemals wissenschaftlich ernst zu nehmen sei, nach Änderung eines so hervorragenden und von mir hochgeschätzten Hochmannes, wie der Wirkl. Geh. Rat Prof. Dr. Adolf Wagner es ist, zurück. Endlich nehme ich die, wie ich anerkenne, in meiner Broschüre vielfach enthaltenen formalen Beleidigungen des Privatklägers mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

2. Der Privatkläger erklärt: Ich erkläre hiermit, daß es mir fern gelegen hat, durch den Kuss vom 4. Februar 1903 die persönliche oder wissenschaftliche Qualität des Herrn Prof. Dr. Biermer in Zweifel ziehen zu wollen. Soweit dies aus dem Inhalt des Artikels gefolgert werden kann, bebaure ich es.

3. Die Kosten des Verfahrens übernimmt Prof. Dr. Biermer. Hiermit hat die Verhandlung ihr Ende erreicht und das Verfahren wird eingestellt.

Mordprozess Jünemann.

Jene nächtliche Missethat, der die Verkäuferin Alice Rafowski zum Opfer gefallen war, gelangte gestern vor den Geschworenen zur gerichtlichen Verhandlung.

Aus der Untersuchungsakten wird der 23jährige Friseur Hans Jünemann dem Schwurgericht des Landgerichts I vorgeführt, um sich wegen Mordes und schwerer Raubes, begangen an seiner Geliebten, der unerschuldeten Rafowski, zu verantworten. — Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landgerichtsdirektor Gorbelt, die Anklage wird von Staatsanwalt Dr. Müller vertreten. Die Verteidigung führt Rechtsanwalt Dr. Alberg.

In dem Hause Weberstr. 40b befindet sich seit längerer Zeit eine Filiale der Großbäckerei „Nordstern“, welche von der 23jährigen Verkäuferin Alice Rafowski geleitet wurde. Das junge Mädchen, welches als sehr lebenslustig, aber auch als sehr verunglückungsfähig geschildert wird, hielt sich des Tags über in der Filiale auf, während es ebenso wie die anderen Filialleiterinnen in einer gemeinschaftlichen Wohnung in dem Hause Landsberger Straße 73 schlief. Am frühen Morgen des 19. Oktober v. J. entdeckten die Kolleginnen der A., daß diese während der Nacht gar nicht nach Hause gekommen war. Es fiel ihnen dies zwar nicht besonders auf, da die Rafowski schon wiederholt ihre Vergnügungen bis in die frühen Morgenstunden ausgebeutet hatte, jedoch war sie immer noch vor Geschäftseröffnung nach Hause gekommen. Als die A. gegen 5 Uhr morgens immer noch nicht erschienen war, wurde eine Freundin damit beauftragt, in das Geschäft der A. in der Weberstraße zu gehen, um zu sehen, was vorgefallen sei. Als das Mädchen kurz nach 5 Uhr in der Weberstraße anlangte, fiel es ihr zunächst schon auf, daß die Ladenüre nicht verschlossen war. Kaum hatte sie einige Schritte in den Laden getan, als sie entsetzt zurückprallte. Nur wenige Schritte von der Tür entfernt lag inmitten einer großen Blutlache die Leiche der Alice Rafowski. Die alarmierte Polizei machte folgende Feststellungen. Die Leiche der Rafowski lag über und über mit Blut bedeckt in unmittelbarer Nähe der Tür und wies nur eine einzige tiefe und breite Wunde in der Herzgegend auf. Nicht neben der Leiche lag auch das zur Tat benutzte Messer; es war ein sogenanntes fast neues Schlächtermesser mit scharfem Holzgriff, an welchem noch Blut klebte. Es wurde anfänglich mit der Möglichkeit eines Selbstmordes gerechnet. Als man dann aber eine Schürze mit Blutspuren vorfand, an der sich der Täter offensichtlich die Hände abgetrocknet hatte, gelangte man zu der Ueberzeugung, daß hier ein Mord verübt sei. In einem Wafengehäuse wurde außerdem noch blutiges Wasser gefunden, in dem sich der Täter nach der Tat offenbar die Hände abgewaschen hatte. Die Tatsache, daß die gesamte Ladenkasse fehlte, sprach sogar für einen Raubmord. Zwei auf dem Tisch stehende leere Naffectaschen bewiesen, daß der Mörder anscheinend am Abend vorher mit der A. zusammengewesen war. Die Kriminalpolizei vermutete sofort eine Eifersuchtsstat eines der Liebhaber der Rafowski und nahm nach dieser Richtung hin Recherchen vor. Hierbei stellte sich folgendes heraus: Vor einiger Zeit hatte die A. die Bekanntschaft eines jungen Mannes gemacht, der sich ihr als

Jodel Ewert Karb

vorgegeben hatte. Anfangs Oktober gerieten die Beziehungen stark ins Wanken, da die A. erfuhr, daß sie von ihrem Geliebten belogen worden war. Sie hatte nämlich den bekannten Jodel Karb aufgesucht und dabei das ganze Rügensmädchen ihres Geliebten aufgedeckt. Der angehende Jodel entpuppte sich als der jetzige Angeklagte Jünemann. Die A. gab aber trotzdem ihr Verhältnis zu diesem nicht auf, obgleich Jünemann sehr eifersüchtig war. Die Mordkommission verfolgte diese Spur und nahm in der Wohnung des J. in Wilmersdorf, Wilmersstr. 33, eine Hausdurchsuchung vor, die ein überraschendes Resultat hatte. Es wurden hier die völlig blutdürstigen Kleider des Jünemann vorgefunden. Die Wirtin des J. erzählte, daß dieser erst gegen drei Uhr morgens nach Hause gekommen sei und seine blutbesudelte Kleidung damit erklärt habe, daß er bei einem Automobilunfall einer verunglückten Dame behilflich gewesen sei. Zu der Nacht hatte er seiner Wirtin noch 55 M. ausgehändigt, die er ihr schuldete. Ferner wurde festgestellt, daß J. außerdem noch eine Fehlschuld beglichen hatte. Am frühen Morgen hatte er sich dann entsetzt und blieb trotz aller Ermittlungen der Kriminalpolizei spurlos verschwunden. Erst als das Bild des Mörders in der Presse veröffentlicht und das Publikum dadurch in die Lage versetzt war, die Kriminalpolizei auf der Suche nach dem Täter zu unterstützen, gelang es, Jünemann in dem Grunewald festzunehmen. Ein Radfahrer sah in der Mittagsstunde des 22. Oktober vorigen Jahres in der Nähe der Rennbahn Grunewald einen Mann, auf den das in den Zeitungen veröffentlichte Signalement Jünemanns pochte. Er sprach den Mann an mit den Worten an: „Guten Tag, Herr Jünemann“, worauf dieser erschreckt davonlief. Der Radfahrer fuhr hinter dem Flüchtling her, der, als er sich gefangen sah, einen Schuß auf sich abgab. Jünemann hatte sich jedoch nur unerschüttert verletzt und wurde als Polizeigefangener der Charité zugewiesen.

Schon in seiner ersten Vernehmung bestritt J. einen Mord begangen zu haben. Er behauptete vielmehr, die Rafowski auf deren ausdrückliches und ernsthaftes Verlangen getötet zu haben. Er habe sich dann selbst töten wollen, jedoch habe ihn der Mord hierzu verlassen.

Vernehmung

gibt der Angeklagte zu seinen Personalien an, daß er am 5. Juli 1889 in Hamburg geboren sei. Der hierauf zur Verlesung gebrachte Eröffnungsbeschluss lautet auf Diebstahl in 2 Fällen, Betrug, ferner auf Mord und schweren Raub. — In seiner weiteren Vernehmung gibt Jünemann folgendes an: Er ist als uneheliches

Kind geboren, ist aber im Hause der Mutter verblieben, als diese einen Friseur Abrens heiratete. Nachdem er mit 14 Jahren aus der Schule entlassen war, trat er bei seinem Stiefvater als Lehrling ein. Er hat dann als Friseurgehilfe mehrere Stellen in Süddeutschland innegehabt. Im Jahre 1906 kam er von München nach Berlin. Während seiner Stellungen in Berlin und München habe er sich, wie der Angeklagte angibt, viel mit Philosophie beschäftigt und Hegel, Darwin, Kant und Schopenhauer gelesen. Er habe auch Sprachstudien getrieben, da er die Absicht hatte, nach England zu gehen, wo ihm ein Freund eine Stellung als Buchhändler verschaffen wollte. Aus diesem Grunde habe er den Friseurberuf aufgegeben, für den er sich zu schade hielt. Die Sache mit der Stellung in England habe sich jedoch zerschlagen. Er habe sich dann für einen Jahr in Paris lebenden Herrn Schröder mit der Uebersetzung englischer und französischer Börsenartikel beschäftigt, für die er pro Artikel 20 M. erhalten habe. Als er eine Friseurstellung in der Stallfischergasse innehatte, habe er durch einen Kollegen namens Hoffmann die Alice Rafowski kennen gelernt, die damals mit J. ein Liebesverhältnis unterhielt. Nachdem er den ganzen Winter 1908 alle möglichen Vergnügungsfällen mit der Rafowski aufgesucht hatte, sei es erst im darauffolgenden Sommer zu intimerem Verkehr gekommen. Die Rafowski sei zu ihm sehr zurückhaltend gewesen, sei sie sogar melancholisch gewesen. Landgerichtsdirektor Gorbelt: Von anderer Seite wird dies aber entschieden bestritten und das direkte Gegenteil behauptet. Was sagen Sie denn dazu, Angeklagter? — Angekl.: Die Rafowski war eines der Mädchen, die mal himmelhochjauchend und dann wieder zu Tode betrübt sind. Die Rafowski wollte sich in solchen Stimmungen einmal erschießen, dann aufhängen, dann wieder vergiften oder ertränken. — Vors.: Das mag ja vielleicht richtig sein. Die Rafowski soll sich aber nur dann mit solchen Gedanken begeben haben, wenn sie sich von Ihnen zurückgesetzt fühlte. — Es kommt hierauf zur Sprache, daß Jünemann neben dem Liebesverhältnis mit der Rafowski auch noch Beziehungen zu der Tochter seiner Wirtin, Wanda Stragies, hatte. Von dieser wurde Jünemann wiederholt unterrichtet, als seine eigenen Erparnisse aufgebraucht waren. Er habe sich, so erzählt der Angeklagte weiter, dann allmählich von der Rafowski zurückgezogen und habe die Absicht gehabt, den Verkehr mit der A. völlig aufzugeben. Anfangs September habe ihm die A. mitgeteilt, daß ihr Verhältnis nicht ohne Folgen geblieben sei. Redlich aus diesem Grunde habe er die alten Beziehungen wieder aufgenommen. Als hierauf die Stragies erfuhr, habe sie ihn vor die Alternative gestellt, entweder die Rafowski oder sie selbst. In dieser Bedrängnis habe er gehofft, von einem Buchmacher, der ihm noch eine größere Summe schulde, Geld zu erhalten, damit er seine Schulden bei der Stragies bezahlen konnte.

Es folgen hierauf längere Erörterungen über die Vermögenslage des Angeklagten in der Zeit kurz vor der Tat. Jünemann behauptet, daß er durch die kritische Lage in dieser Zeit auch selbst melancholisch geworden sei. In dieser Zeit habe die Rafowski wieder Selbstmordgedanken geäußert und ihm nahegelegt, gemeinschaftlich zu sterben. Nachdem sie sich noch einmal ordentlich in den „Wingerstuben“ amüsiert hatten, wären sie auf den Gedanken gekommen, sich zusammen aufzuhängen. Bei diesem Gespräch, das in den „Wingerstuben“ stattfand, sei es zu Differenzen gekommen, die ihn veranlaßt hätten, sich unauffällig zu entfernen und die Rafowski allein sitzen zu lassen. Vors.: Sie haben aber auch vergessen, zu bezahlen! Jünemann behauptet, daß er dies im Kerker tatsächlich vergessen habe, eine Bekleiderei habe ihm ferngeleitet. Es kommt hierbei zur Sprache, daß die Rafowski dem Angeklagten vorher erst 20 M. zur Bezahlung der Besche gegeben hatte. Am nächsten Tage erzählte Jünemann seiner zweiten Geliebten Stragies, daß er aus den „Wingerstuben“ geflüchtet sei, weil sich die Rafowski dort habe das Leben nehmen wollen. Die Stragies soll dabei, wie der Vorsitzende dem Angeklagten vorhält, von Jünemann verlangt haben, daß er bis zum Dienstag früh auf jeden Fall mit der Rafowski „Schluß“ machen müsse, anderenfalls sei das ihm geliebte Geld zurückerlange.

Am Tage der Tat habe er sich, erklärt der Angeklagte in seiner Vernehmung, gegen Abend in den Bäderladen zu der Rafowski begeben. Diese habe ihn aufgefordert, sie zu töten und sich dann selbst den Tod zu geben. Das zur Tat benutzte Messer habe er schon vierzehn Tage vorher gekauft, um sich damit die Bäderladen zu öffnen. Die Rafowski habe ihm genau die Stelle beigezeichnet, nach welcher er stechen solle. Er habe dann in fruchtbarer Ausregung den Wunsch der A. erfüllt und ihr das Messer in das Herz gestochen. Er habe den Körper dann langsam zur Erde gleiten lassen. Als er sah, daß die A. sofort tot war, fuhr er durch der Mord, sich selbst zu erschießen, entfallen. Er habe lieber durch eine Kugel sterben wollen. In diesem Augenblick sei ihm die Tageskassette entfallen, mit deren Inhalt er sich einen Revolver kaufen wollte. Er habe sich dann ein Auto genommen und sei nicht nach seiner Wohnung, sondern nur bis zum Prager Platz gefahren und von dort aus nach Hause gegangen.

Auf Vorhalt des Vorsitzenden bestritt der Angeklagte, daß er hierdurch seine Spuren habe verwischen wollen. In der Wohnung angekommen, erzählte Jünemann der Stragies, daß die Sache mit der Rafowski nunmehr endgültig erledigt sei. Er gab der St. hierauf sogar sein „Ehrenwort“. Als die St. den blutbesudelten Kuss des J. sah und sie ihn deshalb zur Rede stellte, erklärte der Angeklagte mit großer Halbblütigkeit, daß er einer Dame, die von einem Automobil überfahren sei und Verletzungen erlitten habe, behilflich gewesen sei. In der Nacht zahlte Jünemann von dem in dem Geschäft geraubten Geld noch einen Teil seiner Schulden an die Stragies zurück. — Am Tage nach der Tat habe sich der Angeklagte gleich am frühen Morgen einen Revolver gekauft, mit dem er sich angeblich am Abend erschießen wollte. Am Nachmittag habe er dann in der Keschalle in der Kurstraße in den Zeitungen gelesen, daß er der Tat verdächtig sei. Staatsanwalt Dr. Müller hält dem Angeklagten vor, daß er am Morgen unmittelbar vor seiner Verhaftung Kreuzfeld auf dem Spandauer Bod noch ein Kotelett gegessen habe, welches er allerdings ebenfalls zu bezahlen vergessen habe.

Die Vernehmung des Angeklagten ist damit beendet und es wird in die

Beweisaufnahme

eingetreten. Als erster Zeuge wird Kriminalkommissar Wannowski vernommen. Der Zeuge schildert die von der Mordkommission getroffenen Feststellungen an Ort und Stelle und die von ihm eingeschlagenen Wege zur Ermittlung des Täters. Nachdem Jünemann in das Krankenhaus Westend eingeliefert worden war, habe er (Zeuge) sich in Begleitung des Kriminalwachmeisters Haber nach dort begeben, um Jünemann zu vernehmen. Auf der Fahrt von Westend nach der Königl. Charité habe Jünemann sehr entrüstet getan und alles bestritten. Erst auf seine wiederholten Ermahnungen, doch lieber die reine Wahrheit zu sagen, erklärte Jünemann plötzlich, daß sich die Rafowski in seiner Gegenwart selbst erschossen habe. Später habe Jünemann dann wieder plötzlich erklärt, daß er die Rafowski zwar erschossen habe, jedoch sei dies auf das ausdrückliche Verlangen der A. geschehen. Auf eine Frage des Staatsanwalts Dr. Müller erklärt Kommissar Wannowski, daß er selbst es gewesen sei, der zuerst von einer Tötung mit Einwilligung gesprochen habe und daß sich Jünemann dieses Moments gleich mit großem Interesse bemächtigt habe. Zeuge schildert weiter ein Moment, welches die Möglichkeit einer freiwilligen Tötung seiner Meinung nach völlig ausschließt: Der Angeklagte behauptete seinerzeit, daß die Rafowski keinen Schrei ausgestoßen habe. Nachträchlich haben sich jedoch zwei Schlächtergesellen und eine Hauswirthin gemeldet, die zu der fraglichen Zeit einen lauten Schrei gehört haben. Er (Zeuge) habe darauf den anwesenden Gerichtsarzt Dr. Strauch gefragt, ob es möglich sei, daß die A., nachdem sie den tödlichen Stich empfangen hatte, noch einen Schrei ausstoßen konnte. Dr. Strauch habe dies als ganz unmöglich bezeichnet, so daß damit bewiesen wird, daß die A. vor der Tat einen laut ausstößenden Schrei ausgestoßen hat, der keineswegs damit in Einklang zu bringen sei, daß es sich um eine mit dem Einverständnis der A. erfolgte Tötung handele.

Hierauf wurde der Kriminalwachmeister Haber als Zeuge vernommen, der gemeinschaftlich mit dem Kriminalkommissar Wannowski den Angeklagten Jünemann von dem Krankenhaus Westend nach der Charité transportiert hatte. Der Zeuge bestätigt die Angaben des Kommissars, daß Jünemann erst überhaupt alles bestritten hat. Dann behauptete Jünemann, daß die Rafowski sich selbst erschossen habe. Auf eine weitere Ermahnung des Kommissars, doch die volle Wahrheit zu sagen, da er doch kein gewöhnlicher Mörder zu sein brauche, sondern die Tötung möglicherweise im Einverständnis mit der A. verübt haben könne, habe Jünemann sofort sehr interessiert behauptet, daß die A. ihn zu der Tötung aufgefordert habe.

Weiter wird der Wüffetier Anoblich vernommen, der auf einer Radtour von Fichelsberge kommend den Angeklagten Jünemann am 22. Oktober im Grunewald getroffen hatte. Zeuge bekundet, daß ihn seine Fahrt in der Nähe der Grunewaldrennbahn auf einen Menschen aufmerksam machte, der ihrer Meinung nach eine große Ähnlichkeit mit dem in den Zeitungen veröffentlichten Bild des J. habe. Er (Zeuge) rief den Mann mit den Worten an: „Guten Morgen, Herr Jünemann!“ Als der Mann zusammenkam, erkannte er, daß es tatsächlich Jünemann war. Er habe dann sofort die Verfolgung des J. aufgenommen. Als er ihn beinahe erreicht hatte, trachten zwei Schüsse, die J. auf sich abgebeugt hatte. Der Zeuge hat dann die Polizei alarmiert, welche die Ueberführung des nur leicht verletzten Jünemann in das Krankenhaus Westend veranlaßte.

Als Zeugin wird sodann die Geliebte des Angeklagten, Frau Wanda Stragies, vernommen, die folgendes bekundet: Sie habe den Angeklagten kennen gelernt, als dieser bei ihrer Mutter ein möbliertes Zimmer mietete. Nach längerer oberflächlicher Bekanntschaft habe sich zwischen ihnen ein Liebesverhältnis entwickelt, welches im Juli v. J. einen intimeren Charakter annahm. Sie habe bald entdeckt, daß Jünemann auch noch mit der Rafowski in intimeren Beziehungen stand und habe ihm dies auf den Kopf zugehakt. Sie habe mehrmals darauf gedrängt, daß Jünemann dieses Verhältnis löse, jedoch ohne Erfolg. Jünemann habe sich ihr gegenüber stets nur als Menschlicher ausgegeben und erst durch einen Zufall habe sie erfahren, daß er Friseur ist. Als die Rafowski dem J. mittels Einschreibebriefes mitgeteilt habe, daß sie von ihm schwanger geworden sei, habe er ihr diesen Brief gezeigt und dabei geäußert, daß er die A. mit Geld abfinden werde, da er einen Schied zu erwarten habe. Sie habe es ihm wiederholt freigestellt, zwischen ihr und der Rafowski zu wählen, auch habe sie wiederholt den Angeklagten ersucht, ihr endlich das Geld, etwa 200 M., zurückzahlen, die er ihr schulde. Die Zeugin schildert sodann die bereits mitgetheilten Vorgänge am Morgen nach der Tat, als Jünemann mit blutbesudelter Kleidung in ihre Wohnung zurückkam.

Die Zeugin, Ehefrau des Obertelegraphenassistenten Salewski, ist mit der ermordeten Alice Rafowski, bei der sie häufig Semmeln gekauft hat, näher bekannt geworden. Bei einer Gelegenheit habe sie auch Jünemann kennen gelernt, der sich ihr damals als Jodel ausgegeben habe. Jünemann habe sie einmal aufgefordert, auf die Rennbahn hinauszukommen. Er habe dabei geäußert, sie (Zeugin) solle sich aber nicht auf den 1. Platz stellen, sondern auf den 1. M. Platz, da seine Aufmerksamkeit sonst abgelenkt werde und er sich dann das Genick brechen würde. Jünemann habe der kleinen Alice Rafowski mehrmals versichert, daß er sie heiraten und mit nach England nehmen werde. Die Rafowski habe ihr gegenüber nie Selbstmordgedanken geäußert, sondern sich im Gegenteil recht vertrauensvoll über verschiedene Dinge in der Zukunft geäußert. Zwei Tage vor dem Mord hat die Zeugin, wie sie vor Gericht weiter bekundet, von der Rafowski einen Brief erhalten, in welchem ihr diese mittheilt, daß sie am Abend vorher von Jünemann in den „Wingerstuben“ „verloren“ worden sei! Diejenige Briefe folgte ein Rohrschloß an die Zeugin, in welchem die A. ganz zweifelnden Tones ihr mittheilt, daß an ihrer Geschäftskasse 65 M. fehlten und daß es Jünemann gewesen sei, der ihr das Geld gestohlen habe, während sie hinien zu tun hatte. Die Zeugin hat dann sofort die Rafowski aufgesucht und hat diese ganz aufgeregt gefunden. Im Laufe des Gesprächs äußerte die A. zu der Zeugin: „Frau Salewski, denken Sie später mal daran,

wenn mir mal etwas passiert ist, so hat es nur der Jünemann getan!“

Bei einer anderen Gelegenheit hat die Rafowski zu der Zeugin geäußert, daß sie dem Jünemann das Schlimmste zutraue. — Rechtsanwalt Dr. Alberg richtete an die Zeugin die Frage, wie sie sich erkläre, daß die Rafowski zu mehreren anderen Zeuginen wiederholt Selbstmordgedanken geäußert habe, während die A. zu ihr, als ihre Vertraute, niemals derartige Gedanken geäußert habe. Zu recht erregten Auseinandersetzungen kam es, als A. Dr. Alberg die Zeugin fragt, ob sie nicht gegen Entgelt Karten lege und u. a. einmal „gewissagt“ habe. Jünemann sitze in einem großen Hause mit vielen Fenstern. Die Zeugin bestritt in erregtem Tone überhaupt Karten gelegt zu haben und wird beinahe entrüstet, als sie vom Verteidiger befragt wird, ob sie Geld für das Kartenlegen nehme. Erst nach wiederholtem Vorhalt des Verteidigers gibt die Zeugin Salewski zu, daß sie Karten legt und auch wiederholt Beträge von 50 Pf. und 1 M. von ihrer Schneiderhandlung erhalten hat. — Der Sohn der Zeugin bestätigt zum Teil die von ihr gemachten Angaben.

Es wurde schließlich noch der Oberleutnant Wöring aus den „Wingerstuben“ in der Leipzigerstraße vernommen, der seinerzeit von dem Angeklagten um den Betrag einer Besche von circa 20 M. betrogen worden war.

Die Verhandlung wurde darauf auf Mittwoch 0 1/2 Uhr vertagt.

Soziales.

Zunungsmesserierte Rechtsbegriffe.

1. Gegen den Wäckermeister Karl Stege klagte am Montag beim Zunungsschiedsgericht das Dienstmädchen Radwig. Sie war in der in der Sprengelstr. 34 belegenen Filiale bis zum 12. Dezember beschäftigt. Sie verlangt 7,50 M. rückständigen Lohn und 39 M. Entschädigung, weil sie fruchtlos entlassen worden ist. Der Beklagte bestritt, Arbeitgeber der Klägerin gewesen zu sein, dies wäre sein Filialleiter. Derselbe wird als Zeuge vernommen. Er bekundet, daß er als Geschäftsführer beauftragt war Leute auf Rechnung des Beklagten zu engagieren. Infolge der eintretenden Zahlungschwierigkeiten mußte die Klägerin entlassen werden, ohne daß ihr der rückständige Lohn gezahlt werden konnte. Der Beklagte wurde daraufhin dem Klageantrage gemäß verurteilt.

2. Zwei beim Wäckermeister Alexander Marschel beschäftigt gewesene Gesellen forderten noch je 4 M. für geleistete Ueberstunden, die ihnen vorenthalten worden sind. Die Vermahnungen des Schiedsgerichts, das dem Meister klar zu machen suchte, daß er angemessene Dienste auch erscheidigen müsse, waren erfolglos. Der Beklagte mußte zur Zahlung verurteilt werden.

3. Der Konditor W. war beim Wäckermeister Kaiser am 5. Januar in Arbeit getreten. In der Nacht erkrankte er, so daß er zur Fortsetzung der Arbeit unfähig wurde. Deshalb wurde ihm der ihm zustehende Lohn von 4,50 M. verweigert. Dem Schiedsgericht gelang es nach längerem Bemühen die Vertreterin des Beklagten (seine Ehefrau) von der Rechtsmüdigkeit der Lohninbehaltung zu überzeugen. Die Forderung wurde im Vergleichswege beglichen.

4. Der Wäcker J. war beim Wäckermeister Karl Wilmers zwei Wochen lang, bis zum 30. Dezember, gegen einen für Berlin nicht üblichen außerordentlich niedrigen Lohn von 0 M. beschäftigt. Bei seinem Weggange erhielt J. den Lohn für die letzte Woche nicht abbezahlt. Er forderte ihn nun im Klagewege. Im Termin rechtfertigte der Beklagte die Lohnverweigerung mit der Weigerung des Klägers, sich zur Krankenkasse selbst anzumelden. Das Schiedsgericht machte ihm vergebens klar,

daß die Kassenmeldungen keine und nicht des Klägers Pflicht sei. Darauf mußte der Beklagte verurteilt werden, 9 M. abzüglich von 80 Pf. für Verführungskosten an den Kläger zu zahlen. Des Umzugsmeisters Rechtsempfinden machte sich darauf in den Worten Luft: Das Urteil ist mir gleichgültig, von mir ist sowieso nichts zu holen.

Zur Wählerliste einer Gemeinde.

In die Gemeindevählerliste für Groß-Lichterfelde, welche in der Zeit vom 15. bis zum 30. Januar 1908 offen lag, waren 135 an sich wahlberechtigte Personen und deswillen vom Gemeindevorstande nicht aufgenommen worden, weil sie die auf sie entfallenden Gemeindevorarbeiten nach Wohnung durch den Steuererheber bis zur Auslegung der Steuerliste nicht gezahlt hatten. Der Genosse Expedient Wenzel sah darin einen Mangel der Liste und klagte nach vorgängiger Einspruch auf Verichtigung der Wählerliste. Allerdings bestimmte § 44 Nr. 4 der Landgemeindeordnung: „Die Ausübung des Gemeindevahlrechts ruht, wenn ein Gemeindevorgeschädigte die auf dasselbe entfallenden Gemeindevorarbeiten nach Wohnung durch den Steuererheber nicht gezahlt hat, bis zur Entziehung derselben.“ Daraus sei aber zu entnehmen, daß die bezeichneten Wähler in der Liste (mit dem Zusatz, daß ihr Stimmrecht ruhe) vermerkt werden müßten, und daß die auf sie entfallenden Steuerbeträge mit zu berücksichtigen seien bei der Abgrenzung der Wählerabteilungen. — Dabin geht der Antrag des Klägers, der im übrigen davon ausgeht, daß den erwähnten rückständigen Bürgern das Wahlrecht nach dem Wortlaut des § 44 Nr. 4 dann zustehe, wenn sie noch vor der demnächstigen Wahl die Steuer entrichten. Denn nach dem Wortlaut ruhe hier die Ausübung des Gemeindevahlrechts nur bis „zur Entziehung“ der Steuern.

Der Kreisaußschuß wies jedoch die Klage ab und der Bezirksauschluß bestätigte das Urteil.

Dieselbe Entscheidung fällt gestern das Oberverwaltungsgericht, vor dem Kläger seine Ansicht ausführlich begründete. Das Urteil wurde ohne weitere Begründung nach etwa zweistündiger Beratung verkündet.

Verzögerte Hinterhaltigkeit.

Der Vorkriegs-Krieg hat sich jetzt zu einem Skandal entwickelt, der namentlich für die Arbeiterschaft außerordentlich lehrreich ist. Ueber die neuesten Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz ist folgendes nachzutragen: Für den Krankenkassenverband sind jetzt vier Kassenärzte tätig, denen aber seitens der früheren Kassenärzte die größten Schwierigkeiten bereitet werden. Es steht fest, daß streikende Arbeiter sich niemals einer auch nur halbwegs ähnlichen Bewegungsfreiheit erfreuten wie die streikenden Aerzte. Daran ändert auch die Wahrscheinlichkeit späterer Gerichtsverhandlungen in dieser Angelegenheit nichts. Am Mittwoch vergangener Woche weilte der Vertreter des Regierungspräsidenten, Geh. Oberregierungsrat Jungé aus Münster, mit zwei Deputierten auf dem Kriegsschauplatz und präsidirte einer siebenstündigen Verhandlung, welche die Wiederanstellung der früheren Kassenärzte zum Zweck hatte. Die Einigung scheiterte zwar an den Forderungen der Aerzte, wurde dann aber am folgenden Tage (Heilige drei Könige) unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Besemann und des Herrn Beigeordneten Diffe fortgesetzt. Der Kassenvorstand aber überließ die Entscheidung über die Annahme des mit Mühe und Not im ganzen in dreizehnstündiger Sitzung festgestellten neuen Vertrages einer Delegiertenversammlung, die am Freitagabend in der Rotenburg stattfand. Daß die Volksstimmung nicht für eine Vereinbarung mit den früheren Kassenärzten war, zeigte sich am Donnerstag während der Verhandlungen im Verwaltungsgebäude, wo das Publikum auf dem freien Platze so stürmisch den Abbruch der Verhandlungen forderte, daß die Polizei den Platz räumen ließ. Während dieser Verhandlungen hatte nun der gerade hier anwesende Vertreter des Leipziger Kassenverbandes, Herr Generalsekretär Dr. Kuntz, mit einem hiesigen Arzt vom Hotel Steiner (Inhaber Hotelier König) aus ein Telefongespräch, das von einigen Frühlingsopfern zufällig mit angehört war und dessen hinterhältiger Inhalt alsbald in der Stadt bekannt wurde. Auch die am Freitagabend in der Rotenburg stattgefundene Delegiertenversammlung hatte von diesem Gerücht Kenntnis erhalten. Demgemäß sah sich auch der Krankenkassenvorstand nicht in dem Lage, der Versammlung das zur Annahme zu empfehlen, was er selbst in 13stündiger Sitzung mit den Vertretern der Aerzte vereinbart hatte. Es wurden die Ohrenzeugen des für die Aerzte äußerst fatalen Telefongesprächs vernommen. Die betreffenden Mitbürger (Nichtkassenmitglieder) erklärten, der Generalsekretär habe folgendes ins Telefon gesprochen:

„Morgen, Herr Kollege! Verfahren Sie äußerst höflich; sehen Sie genau zu, wie die Hasen laufen; danach operieren Sie; halten Sie sich im Hinterhalt; kommen Sie eventuell schreibbar den Anregungen der Herren entgegen; später, wenn wir das Heft in Händen haben, können wir die Sache immer noch nach unserem Geschmack drehen. Sie müssen mit der Stimmung der Bevölkerung rechnen!“

Die Versammlung wußte nun genau, was sie von den „Friedensverhandlungen“ zu halten hatte, verurteilte das Verhalten der Aerzte aufs schärfste und erklärte, hiernach kein Vertrauen mehr in die ehrliche Absicht der Aerzte hegen zu können. In geheimer Abstimmung beschloß man, sich in keine weiteren Beratungen und Verhandlungen mit den früheren Kassenärzten mehr einzulassen. Ein donnerndes Bravo quittierte über den Beschluß. Ueber die Kampfweise der Aerzte, zu denen auch der Vorsitzende der hiesigen Zentrumsparthei gehört, ist hiernach von der Bürgererschaft, die zum größten Teil zur Zentrumsparthei zählt, ein geradezu vernichtendes Urteil gesprochen. Der Gegensatz, wie streikende Aerzte und streikende Arbeiter von der Behörde behandelt werden, verdient aber jedenfalls noch eine eingehende Würdigung. Was würde man beispielsweise in der bürgerlichen Presse vom Bergarbeiterverband sagen, wenn er so handeln würde, wie der Leipziger Kassenverband!

Gewerbegerichtswahl in Eisenach.

Nach einer schwindelhaften Agitation der Christlichen unter ihrem neuen Sekretär Reumann brachten sie es jetzt bei der Gewerbegerichtswahl in Eisenach auf ganze 78 Stimmen, während die Liste des Gewerkschaftsartells der freien Gewerkschaften 1129 Stimmen auf sich vereinigten. Das den paar Christlichen zuliebe vor bald einem Jahre vom Gemeinderat beschlossene Proportionalwahlverfahren kam noch nicht zur Anwendung, da es von der Regierung noch nicht genehmigt ist.

Ist eine geheime Abstimmung in einer Stadtverordnetenversammlung zulässig?

Diese Frage ist dieser Tage vom Oberverwaltungsgericht verneint. Der Magistrat in Rheinsberg (Provinz Brandenburg) hatte die Bestimmung der von der dortigen Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Geschäftsordnung beanstandet, wonach bei wichtigen Angelegenheiten auf Antrag von zwei Mitgliedern und bei gewissen persönlichen Angelegenheiten (Gehaltszulagen, Remunerationen usw.) überhaupt die Abstimmung durch Stimmzettel, also geheim, stattfinden soll. Die Stadtverordnetenversammlung klagte und machte geltend, die Bestimmung sei zulässig, weil die Städteordnung vom 30. Mai 1853 keine Bestimmung enthalte, die ihr entgegenstehe. Der Bezirksauschluß wies die Klage der Stadtverordnetenversammlung ab und das Oberverwaltungsgericht

bestätigte das Urteil. Die Begründung ging dahin: Allerdings sei bis zu einem gewissen Grade die Behauptung richtig, daß die Städteordnung vom 30. Mai 1853 überhaupt keine Vorschriften über die Art und Weise der Abstimmung enthalte. Indessen kämen doch als ausnahmsweise in Betracht die Bestimmungen, wonach die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung nach Stimmenmehrheit gefaßt würden und bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden entscheide. Hieraus ergebe sich, daß die Abstimmung, möge sie nun in der mündlichen Erklärung Ja und Nein, im Erheben von den Händen und im Sitzenbleiben, im Aufheben der Hand und dergleichen mehr bestehen, eine offene sein müsse und keine geheime sein dürfe. Ein anderes könne der Gesetzgeber schon deshalb nicht gewollt haben, weil er bei Stimmengleichheit der Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag geben lasse, also damit gerechnet haben müsse, daß es durch die Abstimmung bekannt werde, wie der Vorsitzende selbst gestimmt habe. Eine schriftliche, also geheime, Abstimmung würde auch in Widerspruch treten, zum mindesten aber nicht im vollen Einklang stehen mit dem Prinzip der Städteordnung, daß in der Regel die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung öffentliche sein sollen. Die Geschäftsordnung habe sich selbstverständlich innerhalb des Rahmens des Gesetzes zu bewegen und dürfe mit keiner seiner Bestimmungen in Widerspruch treten. Das geschehe aber hier, indem die Geschäftsordnung für einen Kreis von einzelnen Angelegenheiten unter gewissen Voraussetzungen eine schriftliche, also geheime Abstimmung einführen wolle, obgleich die Städteordnung für die Angelegenheiten, die eine Beschlußfassung erheischen, mit einer offenen Abstimmung rechne. Die Beanstandung sei zu Recht erfolgt.

Dies Urteil gilt auch für den Bereich anderer Städteordnungen, soweit die in Betracht kommenden Bestimmungen bei ihnen denen der Städteordnung vom 30. Mai 1853 gleichartig sind.

Aus Industrie und Handel.

Die Preishausse am Baumwollmarkt.

Einen derartig ungewöhnlichen Aufstieg wie im letzten Jahre und wie noch zu Anfang dieses Jahres dürfte die Baumwollindustrie überhaupt kaum je erlebt haben. Wir haben gegenwärtig Baumwollpreise, die bei einzelnen Sorten das Doppelte der vorjährigen Notierungen betragen, ja vereinzelt stehen sie sogar noch höher. Es sei an einigen Sorten amerikanischer Baumwolle gezeigt, wie die Preise nach aufwärts getrieben wurden. Amerikanische Baumwolle, Upland, Ordinary kostete nämlich in Bremen zu Jahresbeginn per 1/2 Kilogramm 70 1/2 Pf., während die gleiche Sorte genau vor einem Jahre 38 1/2 Pf., also noch nicht einmal halb so viel gekostet hatte. Bei anderen Sorten ist der Vorsprung nicht ganz so gewaltig, aber immer noch auffällig genug. So kostet Middling Upland fair 82 1/2 Pf. gegen 49 1/2 Pf. genau vor einem Jahre. Bei Fully good middling ist der Preis von 47 1/2 auf 80 1/2 Pf. hinausgegangen. Middling Upland, die meist gehandelte Sorte, stellt sich auf 79 Pf. gegen 45 1/2 Pf. vor Jahresfrist. Anfang Dezember 1909 kostete sie erst 71 1/2 Pf. Ist also rapid in die Höhe gegangen. Die Bewegung der Monatsdurchschnittspreise für Middling Upland in Bremen ergibt, daß bereits seit Monaten der Vorsprung gegen die vorjährigen Preise andauernd zunimmt. Die enorme Verteuerung der Rohbaumwolle fällt für die deutschen Spinner deshalb schwer ins Gewicht, weil der Absatz sich kaum erst von dem Einfluß der Krise erholt hat und bei merklich höheren Preisforderungen bald wieder in seiner Entwicklung gehemmt wird. Zum Teil waren die Spinner wohl noch mit billigeren Rohstoffvorräten eingedeckt, doch reichen diese bei weitem nicht aus, um den Bedarf für allzu lange Zeit zu decken.

Fleischsteuerung. In der gestrigen Notiz über die Steigerung der Fleischpreise hat der bekannte Kolbold das Jahr 1909 umgefächert in 1908. Der Fehler ergibt sich schon aus dem Texte, in dem vom „vergangenen Jahre“ die Rede ist.

Die Kalkstricks. Wenn man den immer widersprechenden Meldungen über den Stand der Erneuerungsverhandlungen des Kalksyndikats überhaupt irgendwelchen Glauben heimesen will, so scheint es, als ob die in den Vereinigten Staaten mit den dortigen Abnehmern geführten Verhandlungen jetzt gecheitert sind.

Offene Hände. Ein Reihe dem Kalksyndikat nicht angehörende Interessenten unter Führung der Deutschen Kalksyndikatsgesellschaft und des bekannten Herrn Dyhsen nahmen in einer von vierzig Gewerkschaften beschickten Konferenz Stellung zum Kalkgesetzentwurf. Das vorläufige Resultat der Besprechung war die Annahme folgender Resolution: „Die Verammlung erachtet ein Eingreifen der Gesetzgebung nur für den Fall und insoweit für gerechtfertigt, als die Auslieferung der deutschen Kalk-Interessen an das Ausland in anderer Weise nicht gehindert werden kann. Der veröffentlichte Entwurf eines Kalkgesetzes erscheint aber auf alle Fälle unannehmbar, weil wohlverordnete Rechte ohne angemessene Entschädigung verletzt werden und überdies der Entwurf zur Erreichung seiner Ziele ungeeignet ist.“

Betriebsbeschränkung. Das Kontorl Deutsch-Presse (Provinz Posen) hat fast seinen ganzen Betrieb eingestellt und den größten Teil der Arbeiter entlassen. Der volle Betrieb soll erst im März wieder aufgenommen werden.

Ein vier-Milliarden-Ernte.

Der Schlußbericht des Bundes-Ackerbauamtes über das Ergebnis der Landesernte für 1909, unter Einschluß des Erntertrages in einigen anderen Bodenprodukten als Getreide, jedoch unter Ausschluß der in ihrem Resultat noch ungewissen Baumwollernte, gibt den Wert dieses Bodenertrages per Anfang Dezember mit nahezu vier Milliarden Dollars an. Eine so hohe Wertziffer ist noch in keinem früheren Jahre erreicht worden. Die amtlichen Angaben lauten für die in Betracht kommenden Bodenprodukte in 1000 Dollar:

	1909	1908	1907
Weizen	1 652 822	1 618 145	1 340 446
Winterweizen	450 154	410 830	361 217
Frühjahrsweizen	270 892	206 496	198 220
Dafel	408 174	381 171	334 568
Gerste	98 971	92 442	102 058
Roggen	23 809	23 445	23 068
Buchweizen	12 188	12 004	9 975
Raps	39 466	30 577	24 718
Kartoffeln	206 545	197 039	183 880
Heu	689 845	635 423	743 507
Tabak	95 710	74 130	76 234
Reis	19 341	17 771	16 081
Insgesamt	3 971 426	3 696 983	3 408 067

Zu den obigen Wertziffern kommt u. a. noch der Wert der Baumwollernte, welcher sich bei einem Ertrage von 10 250 000 Ballen, im Preise von je 75 Dollar, auf 768 750 000 Dollar veranschlagen läßt, sowie der für verkauftes Vieh im Jahre erzielte Erlös, der für 1909 auf 1 447 500 000 Dollar geschätzt wird. So bedrückend diese Aufstellung für die Produzenten sein dürfte, um so weniger erstreckt sich für die Konsumenten der Preisauflauf, welcher nach der amtlichen Aufstellung im Vergleich der Preise am 1. Dezember 1909 gegenüber denen am 1. Dezember 1896 in Prozent beträgt bei Weizen 36, bei Reis 177, bei Hafer 121, bei Gerste 70, bei Roggen 80, bei Buchweizen 273, bei Kartoffeln 91 und bei Heu 18.

Konzentration im Spiritusgewerbe. Einen weiteren Schritt zur Konzentration in der Spiritusindustrie bedeutet die nach Generalversammlungsbeschlüssen der Bank für Spiritus- und Produkthandel und der Posener Spiritusgesellschaft vollzogene Verschmelzung dieser beiden Unternehmungen. Die Posener Gesellschaft, die ihren Hauptsitz nach Berlin verlegt und nunmehr große Fabriken in Lützen-

Berg bei Berlin, Bosen und Magdeburg besitzen wird, erhöht zwecks Verärkerung der Betriebsmittel das Aktienkapital von 1,85 auf zwei Millionen Mark.

Naturgas für die Stadt New York. Die Standard Oil Co. plant eine Rohrleitung von den Naturgasgebieten in West-Virginia und dem westlichen Pennsylvania nach der Stadt New York zu legen und das Gas den Konsumenten zu 50 Cents pro 1000 Kubfuß zu liefern.

Die Gesamtkosten der Anlage werden zunächst auf 15 000 000 Dollar veranschlagt; für Rohren allein, von denen 200 000 Tonnen erforderlich sein werden, 11 800 Dollar pro Meile.

Aus den Naturgasquellen, welche der Standard Oil Co. in den oben angegebenen Gebieten gehören, kann sie die Stadt New York auf viele Jahre mit Gas versorgen, ehe ein Verlegen derselben zu befürchten ist.

Orts-Krankenkasse des Maurergewerbes

Für das Kalenderjahr 1910 hat sich der Vorstand in folgender Weise konstituiert:

1. Vorsitzender: Herr H. Doehne, Puffer, Carmentenstraße 158.
 2. Vorsitzender: Herr H. Schmidt, Maurermeister, Börsenstraße 34.
 3. Herr A. Lehmann, Puffer, Kahlendorfer Straße 24.
 4. Herr G. Reimpfuhl, Puffer, Wolkenstraße 34.
 5. Herr E. Baer, Holzmaurermeister, Hensburgerstraße 15.
 6. Herr D. Genth, Maurermeister, Bahmannstraße 33.
 7. Herr G. Bölder, Maurermeister, Inselstraße 34.
 8. Herr E. Simonowitsch, Puffer, Müllerstraße 1a.
 9. Herr A. Linde, Puffer, Schweinminderstraße 103.
 10. Herr A. Vogel, Puffer, Weichselstraße 30.
 11. Herr A. Haschke, Puffer, Große Frankfurterstraße 124.
 12. vacant.
- Berlin, den 10. Januar 1910.
Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Stadt Schöneberg.

In der Vorstandswahl vom 6. Januar 1910 wurden gewählt:

1. der Bader Fritz Krukow in Schöneberg, Wühlstraße 8, als Vorsitzender.
 2. der Buchbindermeister August Wöller in Schöneberg, Kolonnenstraße 20, als Stellvertreter des Vorsitzenden.
 3. der Buchdrucker Bernhard Spittel in Schöneberg, Nerseburgerstraße 5, als Schriftführer.
 4. der Mechaniker Karl Krietsch in Schöneberg, Hauptstraße 140, als Stellvertreter des Schriftführers.
- Schöneberg, den 10. Januar 1910.
Der Vorstand.

Dr. Thompson's Toilet Soap
Garantiert frei von schädlichen Bestandteilen
das beste Waschmittel.
Überall zu haben.

Zehn Ausnahme-Tage Zehn 95-Pfennig-Tage.

Einmaliges, selten wiederkehrendes Angebot! Nur vom 10.-19. Januar.

- 1 Paar echte Kamelhaar-Ohrschuhe mit Filz- u. Ledersohle für Kinder 95 Pf.
- 1 Paar Damen-Filzschuhe, m. Filz- u. Ledersohle 95 Pf.
- 2 Paar Orig. Pommeresch. Kellpantoffel 1 Paar für Kinder } aus 95 Pf. 1 Paar für Herren }
- 2 Paar Orig. Pommeresch. Kellpantoffel 1 Paar für Kinder } aus 95 Pf. 1 Paar für Damen }
- 1 Paar Ia Plüschpantoffel, mit starker Ledersohle, warm gefützt, f. Damen 95 Pf.
- 1 Paar feinfarbige Meltonpantoffel, mit Filz- u. Ledersohle, gepolstert, für Damen 95 Pf.
- 4 Paar Jutepantoffel mit Filzsohle, warm gef. 1 Paar f. Kinder } aus 95 Pf. 2 Paar f. Damen } 1 Paar f. Herren }
- 1 Paar Ia Filz- od. Plüsch-Ohrschuhe, mit Filz- und starker Ledersohle, Leder Spitze, bis Größe 30 95 Pf.
- 2 Paar Ia Cordpantoffel, mit Filz- u. Linoleumssohle, warm gefützt, 1 Paar für Kinder } aus 95 Pf. 1 Paar für Damen }
- 1 Paar feinfarbige Filz-Niederstreifer m. Filz- u. Ledersohle, für Kinder bis Größe 35 95 Pf.
- 1 Paar Filzpantoffel, mit weißer Filzsohle und Absatzblock, für Herren 95 Pf.
- 1 Paar Filzpantoffel mit Filz- u. Leders., f. Dam. 95 Pf.
- 2 Paar Filzpantoffel mit Filz- und Linoleums., 1 Paar für Kinder } aus 95 Pf. 1 Paar für Damen }
- 1 Paar feinfarb. Kinder-Schnürstiefel mit Filz- u. Ledersohle 95 Pf.

Standard-Schuh und Stiefel.

- Verkaufsstellen:
1. Schönhauser Allee 82, unmittelbar am Ringh. Schöneb. Allee.
 2. Burgstraße 29, unmittelbar am Bahnhof Börsen.
 3. Warschauer Str. 33, unmittelbar am Bahnhof Warschauer Str.
 4. Tempelhof, Berliner Straße 40.

J. Baer
Badstr. 26 Ecke Prinz-Allee
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Japan, Elegante Paletots und Pelorien. :: Großes Stofflager :: zur Anfertigung n. Maß.
Allerbilligste, streng feste Preise.

Kautabake

Grimm & Triepel, Nordhausen
stets zu haben bei
Max Ziegenhals, BERLIN NO., Neue Königstr. 70
Wöchentlich frische Sendungen.

Wilmersdorf, Prager Straße 16, 1 und 2 Zimmer-Wohnungen

mit Zentralheizung etc. 360-450 M.
1 Laden mit Stube und Küche, sehr passend für Schneiderei inkl. Zentralheizung 1100 M.

Sofort zu vermieten: Tegel, Bahnhof-Str. 17-18

Ein Laden mit 2 Zimmern, Küche, 2 Kammern, passend für Milchgeschäft Preis 700-800 M.
Ein Laden mit Küche und Kochgelegenheit. Preis 480 M.
Eine Wohnung, 2 Zimmer und Küche. Preis 330 M.

Rixdorf, Selchowerstr. 13, 3 Zimmer und Küche, Preis ca. 500 M. 2 Läden, passend für jedes Geschäft, 326, 540 M.

Buchdrucker u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Heute Mittwoch, 12. Januar: Zahlabend in den Bezirken Groß-Berlins.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Zahlabend für Buchdrucker, Schriftsetzer usw. Mittwoch, den 12. Januar, abends 11 1/2 Uhr, bei Jul. Meyer, Oranienstr. 108. Gute Beteiligung erwartet.

Zweiter Wahlkreis. Der große Zahlabend für den Westen, der im Dezember im „Königs Hof“ stattgefunden hat, wird in diesem Jahre und zwar heute ab bei Jähle (N. N. N.). Dennwegstraße 13, abgehalten. Vortrag der Genossin Luise Zieg. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen. Der Vorstand.

Charlottenburg. Die 6. Gruppe hält einen gemeinsamen Zahlabend bei Schulz, Kaiser-Friedrich-Straße 24 ab. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Leitner. Die 5. Gruppe hält gleichfalls einen gemeinsamen Zahlabend im Volkshaus ab. Der Vorstand.

Friedrichshöhe. Heute abends 8 1/2 Uhr findet ein gemeinsamer Zahlabend im Lokal von Fritz Haberland, Wilhelmstr. 88 statt. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Unsere nächsten Aufgaben. Referent: Genosse Wähler. 3. Vereinsangelegenheiten.

Friedrichshöhe-Petershagen. Heute abends 8 1/2 Uhr: Zahlabend im Lokal von Otto Giese, Petershagen. Stellungnahme zu den Gemeindevahlen. Die Genossen werden ersucht, ihr Mitgliedsbuch mitzubringen.

Rehndorf. Heute abends 8 1/2 Uhr findet im Lokal „Falkenruh“ die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Vortrag des Genossen K. u. S. über: „Gemeindevahlen“. Der Vorstand.

Erkner. Heute Mittwoch, den 12. d. Ms., abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung des Wahlvereins bei Degebrodt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Wahl des gesamten Vorstandes. 4. Unsere bevorstehende Gemeindevahl. 5. Vereinsangelegenheiten.

Vernau, Röntgenal. Morgen, Donnerstag findet der Zahlabend statt. Für den ersten und zweiten Vernauer Bezirk im Restaurant Elbaum.

In Röntgenal Vortrag des Genossen Anschütz-Vernau über: Die bevorstehende Gemeindevahl!

Berliner Nachrichten.

Die fürsorgliche Polizei.

Halte die Polizei gestern, am Eröffnungstage des Dreiklassenparlamentes, eine Kundgebung des Volkes vor dem Parlamentengebäude in der Prinz-Albrecht-Straße erwartet? Diese Frage drängte sich auf, wenn man sah, daß schon am frühen Vormittag starke Truppen von Schutzleuten der Gelegenheitswache hinter der Kunstgewerbeschule, gegenüber dem Abgeordnetenhause, zustrübten. Dort wird gewöhnlich eine Wache eingerichtet, wenn die Polizei glaubt, Anlaß zu einer besonderen Tätigkeit in jener Gegend zu haben. Man sah auch radfahrende Schutzleute in Bereitschaft und die Posten vor dem Parlamentengebäude und in der Nähe waren verstärkt worden. An der Ecke der Wilhelmstraße hielten sogar vier Schutzleute den Tag über Wache und von der Königgräber Straße her wurde die Gegend ebenfalls genau beobachtet.

Die Zeit und die Mühe der Polizei waren unnützlich verschwendet, denn es fand keinerlei Ansammlung statt, es zeigte sich nur das gewöhnliche Straßenbild. In früheren Jahren hatte man nie daran gedacht, besondere Vorkehrungen bei der Eröffnung des Preußenparlamentes zu ergreifen, aber seit das Proletariat sein Wahlrecht stürmisch fordert, und seit gar einige seiner Vertreter in den Landtag eingezogen sind, hat sich der Polizei eine gewisse Verbitterung bemächtigt — aber ist die Polizei durch einen Achtgroßknaben falsch informiert worden?

Bei der Stadtverordneten-Ergebniswahl im fünften Kommunalwahlbezirk der zweiten Abteilung wurde der Kandidat Dr. Herzberg mit 587 Stimmen gewählt. Herr Medizinalrat Dr. Wolff (sozialfortschrittlich) erhielt 309 Stimmen.

Staubbekämpfung auf den Straßen Charlottenburgs. In letzter Zeit sind in Charlottenburg, namentlich auf dem Tegeler Weg, dem Spandauer Berg und auf dem Kaiserdomm Straßenbesprengungsversuche mit einem neuen staubbindenden Mittel, Kalziumchlorid, das die Firma Chemische Fabrik auf Aktien (vormals E. Schering) hergestellt hat, gemacht worden, die recht günstige Ergebnisse gezeigt haben. Es ist gelungen, den Tegeler Weg durch einmaliges Besprengen mit der Lauge nahezu zehn Tage staubfrei zu erhalten. Bei trockenem Frost zeigte es sich, daß das Mittel nicht gefriert und daher auch zur Bekämpfung der Staubplage bei Frostwetter, wo die Straßenbesprengung mit Wasser nicht möglich ist, geeignet erscheint. Während an dem Versuchstage abends in allen anderen Straßen Glatteis eintrat, blieben die mit Chloralkaliumlauge besprengten Straßen vollständig davon verschont. Die Versuche sollen im Laufe des Jahres in größerem Maßstabe fortgesetzt werden.

Die Verlegung der Kolonnaden hat in weiteren Kreisen lebhaftes Interesse erregt. Eine längere Diskussion über die Frage der Verlegung hat im Berliner Architektenverein stattgefunden. Der Vorstand hatte nach dem Ergebnis der Verhandlungen in der ersten Sitzung, einen dreifachen Wettbewerb unter den Mitgliedern des Vereins auszuscheiden, der dahin gehen sollte: wie sich der Bau des neuen Warenhauses zu gestalten habe, wenn die Kolonnaden an ihrer Stelle erhalten werden; ob es einen Platz in oder bei Berlin gebe, an den die Kolonnaden zu verpflanzen seien, und wie die alte, von den Kolonnaden befreite Stelle dann zu gestalten sei. Es zeigte sich aber in der Sitzung am Montagabend bald, daß die Mehrheit dieses Vereins von Fachmännern aus geschichtlichen und ästhetischen Gründen überhaupt gegen eine Verlegung dieses Bauwerks Friedrichs des Großen ist, und Redner wie Geheimrat Stübgen, Laurat Körte usw. gaben dem berechneten Ausdruck.

Es wurde deswegen von der Veranstaltung des Wettbewerbs abgesehen, dagegen mit großer Mehrheit die Ansicht des Vereins dahin ausgesprochen, daß die Kolonnaden bei den bevorstehenden Neuerungen an ihrer alten Stelle zu belassen seien. Diese Entscheidung wird dem Polizeipräsidenten und den sonstigen zur Entscheidung berufenen Instanzen mitgeteilt und gleichzeitig der Wunsch ausgesprochen werden, daß bei dem geplanten Warenhausbau die gebührende Rücksicht auf die Kolonnaden genommen werde, so daß diese nicht noch weiter in ihrer Wirkung beeinträchtigt werden, als es durch den Stadtbahnbau schon geschehen ist. Der Verein wird eventuell bereit sein, durch einen Ideenwettbewerb oder durch Entsendung von Fachleuten die Behörden zu unterstützen. Davon, daß die Kolonnaden ein Verkehrshindernis bilden und im Interesse des Verkehrs zu beseitigen seien, konnte sich der Verein nicht überzeugen. Durch Verlegung der sonstigen Fluchtlinien sei in dieser Beziehung leicht Abhilfe zu schaffen.

Vor der Erledigung dieser Angelegenheit hatte Professor Eberstadt einen interessanten Vortrag über die unterwertigen Wohnungen in den alten Stadtteilen großer Städte gehalten. Für Berlin empfahl er unter anderem ein Eingreifen der Gemeindebehörden, die durch Kaufauf der alten verfallenen Bauwerke und Errichtung zweckentsprechender neuer Häuser für die kleinen Mieter viel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse tun könnten.

Zwei Vizefeldwebel gegen einen Zivilisten.

Vor dem Oberkriegsgericht des Gardekorps fanden am Dienstag ein Vizefeldwebel Horn und ein Vizefeldwebel Wücher unter der Anklage einer gemeinschaftlich verübten gefährlichen Körperverletzung, deren Opfer ein Schuhmachermeister Stroinski geworden war. Es handelte sich um ein nächtliches Rencontre, das sich am 17. August 1909 nach 11 Uhr abends nahe der Jungfernheide vor dem Lokal „Heidekrug“ am Tegeler Weg abgespielt hatte. Vom Kriegsgericht der 2. Gardebrigade waren Horn und Wücher jeder zu einer Geldstrafe von nur 5 M. (eventuell 1 Tag Haft) verurteilt worden; aber auch gegen dieses ungewöhnlich milde Urteil hatten sie noch Berufung eingelegt.

Beide Angeklagten forderten, freigesprochen zu werden, da sie nur in Notwehr gehandelt hätten. Das Gericht erster Instanz hatte angenommen, daß Notwehr vorliege, aber das zulässige Maß überschritten worden sei. Vor dem Oberkriegsgericht wiederholten S. und W. ihre Behauptung, S. sei von Str. beschimpft und angegriffen worden, so daß er sich habe wehren und W. ihm habe zu Hilfe kommen müssen. Schuhmachermeister Stroinski gab eine völlig entgegengesetzte Darstellung. In jenem Abend habe er mit seinem Gesellen Ferbe einen Handwagen auf seine an der Jungfernheide gelegene Feldparzelle hinausgebracht, wozu er am Tage wegen seiner Arbeit nicht Zeit gehabt habe. Da habe vor dem genannten Lokal ein anscheinend angegriffener Feldwebel sie geschimpft: „Schlumpfe, wo wollt ihr denn so spät mit eurer Karre noch hin!“ und ein zweiter Feldwebel sei dazugekommen mit den Worten: „Der will wohl hier Krach machen?“ Str. habe einen Schlag ins Gesicht bekommen, so daß er noch einem Knüttel greifen mußte, um sich zu wehren. Man habe ihm aber den Knüttel entrissen, ihn mit dem Knüttel und mit der Faust geschlagen, ihn am Hals gewürgt und ihn über zugerichtet. Anfangs habe er noch drei andere Militärpersonen bemerkt, die zuschauten. Später sei ein Mann mit einer Frau dazugekommen und habe beide gemahnt, aufzuhören. Die Feldwebel seien dann zum Bahnhof „Jungfernheide“ gegangen, und dort habe Str. durch einen Schuhmann ihre Namen feststellen lassen. Auf einer Unfallstation, wo der verletzte Str. sich verbinden ließ, wurde ihm attestiert, daß er Wunden an Stirn und Nasenbein erlitten hatte. Schuhmachermeister Ferbe, ein Mann von 60 Jahren, unterjüht diese Befundungen. Str. habe nicht geschimpft, ein Feldwebel sei herangetreten, es habe nicht lange gedauert, so habe man Str. auch schon über den Kopf gehauen. Es sei noch ein zweiter gekommen, und drei andere hätten zugehört, aber nicht mitgeschlagen. Auch ihn, den Zeugen F., habe man angreifen wollen, doch einer habe gesagt: „Laßt den Mann in Ruhe!“ und F. sei dann mit dem Wagen davongefahren. Anders wieder wurde von Frau Kottwein, der Inhaberin des „Heidekrug“, der Hergang geschildert. In Übereinstimmung mit den Angeklagten, die an jenem Abend bei ihr eingeebret waren, sagte sie, Horn sei, auf die Straße hinausretend, „Staatsbummler!“ beschimpft worden; das habe sie vom Balkon aus gehört. S. habe dann gerufen: „Nehmen Sie das Ding weg!“ und darauf sei zugegriffen worden, doch wisse sie nicht von wem. Lieber Wücher wisse sie nur, daß er zu Hilfe geeilt sei. Ein Gastwirt A. Schinger betonte, daß an seinem mehr nach dem Bahnhof zu gelegenen Lokal um die fragliche Zeit zwei Soldaten vorbeigekommen seien, von denen einer mit gezogenem Säbel nach dem auf der Straße umherlaufenden Hund des Zeugen habe stechen wollen. Ein Zivilist, der es sah, habe das als Unverschämtheit bezeichnet. Dann sei ein Mann gekommen und habe gefragt, ob hier zwei Soldaten vorbeigegangen seien; er sei von ihnen geschlagen worden. Str. bestätigte, daß er es war, der diesen Gastwirt fragte. Zeuge hat die Aufforderung, Str. zu begleiten, abgelehnt. Die Angeklagten versicherten, von der Hundegeschichte nichts zu wissen. Ein russischer Schradler, den Str. kurz vor dem Bahnhof um Weisand bat, betonte, Str. habe gebuldet. Horn erklärte hierzu, Str. habe auch diesen Zeugen „aufgehoben“ wollen, und würde es bei noch mehr versucht haben, wenn er mehr getroffen hätte. Er, Horn, habe auf dem Bahnhof zu Str. gesagt, er solle einem Feldwebel mehr glauben, als einem Strolch, der sich in der Jungfernheide rumschleibt. Schuhmann Hünze, der auf dem Bahnhof die Namen hatte feststellen müssen, sagte aus, Str. habe „nur ein bißchen im Gesicht gebuldet“. Ein Schuhmann Walter betonte, Str. habe in einem Lokal sich gerühmt, die beiden Soldaten „ordentlich ausgefressen“ und oben drein angezeigt zu haben. Der Verteidiger hatte bei dem Verhandlungsleiter angewinkt, daß W. vor Str. vernommen wurde. Str. sollte nicht hören, was W. betonen würde. Als W.'s Aussage hinterher dem Str. vorgehalten wurde, erklärte dieser, er wisse nichts von einer solchen Äußerung.

Der Verteidiger, Justizrat Freiherr von Lyndner (Spandau), forderte Freisprechung. Beständig sprach er von einem „Strolch“, gegen den die Angeklagten sich hätten wehren müssen. Jeder andere, sagte er, würde gegenüber einem Strolch noch ganz anders als sie gehandelt haben. Er sei noch milde und rücksichtsvoll und sogar ritterlich behandelt worden, sie hätten gegen ihn den Säbel ziehen können; dazu habe ja der Soldat den Säbel, sich mit ihm zu wehren. Nicht er wolle Str. einen Strolch nennen, aber den Angeklagten habe er als solcher erscheinen müssen. Die Gefährlichkeit Str.'s ersehe man daraus, daß er den Zeugen Schinger habe dinge wolle, mit ihm zu gehen. Hätte er drei oder vier seiner „Komplizen“ gefunden, so würde er nochmal angefangen haben. Gegen diese unerhörten Angriffe auf unbescholtene Zeugen schritt der Verhandlungsleiter nicht ein. Der Anklagevertreter beantragte, die Verurteilung zu verwerfen, weil eben doch das zulässige Maß der Notwehr überschritten worden sei. Das Urteil lautete: Das zulässige Maß der Notwehr ist nicht überschritten worden, die Angeklagten werden freigesprochen.

Aus unserem städtischen Armenwesen.

Bei Einführung von Armenvorstehern in ihr Amt hält der Vorsitzende der Armenverwaltung ständig eine Ansprache dahingehend, mit warmem Herzen für die ihnen anvertrauten Armen zu sorgen, andererseits aber nicht zu vergessen, daß sie öffentliche Mittel verwenden. Natürlich machen die Vorsteher doch wie sie wollen. Erst zu Weihnachten mußte eine Familie in der Adlerstraße mit vier kleinen Kindern, deren Ernährer seit langer Zeit krank und arbeitslos war, recht traurige Erfahrung mit der städtischen Armenpflege machen. In der äußersten Not wandte sich der Mann Mitte Dezember an den Vorsteher mit der Bitte um sofortige Hilfe. Es werde redend nicht werden, war die Antwort. Als bis zum 21. Dezember noch keine Hilfe erfolgt war, begab sich der Mann zur Armenverwaltung und trug hier seine Bitte vor. Zwar wurde er zu Protokoll vernommen, aber eine Untersuchung zu den Feiertagen gab es auch hier nicht, trotzdem das Gesuch durch ein Mitglied der Armenverwaltung unterstützt wurde. Und so mußte die

Familie das Fest der Liebe in der kümmerlichsten Weise begehen, trotz der großen Fonds, welche dem Stadtrat Münsterberg zum sofortigen Eingreifen zur Verfügung stehen.

Ein anderes Bild von dem warmen Herzen unserer Vorsteher zeigt folgender Vorgang. Im September erkrankte die Witwe A. aus der Reichenerstraße und mußte ein Krankenhaus aufsuchen. Die Miete für die bisherige Wohnung im Betrage von 12 M. wurde von einer Schwester, welche selbst für ihre Familie zu sorgen hat, für Oktober und November bezahlt. Anfang Dezember wandte sich die Schwester an den Vorsteher der 47. Armenkommission mit der Bitte, doch die Miete für Dezember zu bewilligen, damit der kranken Schwester, welche den Monat das Krankenhaus verlässe, ihr Heim erhalten bleibe. Dazu habe die Kommission keine Gelder, die Sachen könnten ja nach dem April geschafft werden, war die Antwort. Auch die Beschwerde durch den Kreisvorsteher blieb ohne Erfolg, da der Armenkreis — hier seien die Vorsteher als Beschwerdeinstanz selber zu Gericht — ebenfalls diese paar Mark verweigerte.

In der letzten Sitzung der Armenverwaltung stand die Frage der Armenbegräbnisse zur Verhandlung. Genosse Ewald war das Referat übertragen. Er machte, nachdem er die im „Vorwärts“ mehrfach besprochenen Mängel der Armenbegräbnisse dargelegt, folgende Vorschläge:

- 1. Für die Armenfärge die allgemein übliche Höhe anzuordnen. 2. Die Aufbewahrung der Leiche in der Halle zu gestatten und 3. die Aufstellung von Denkmälern den Angehörigen nach ihrer Wahl zu überlassen. Ferner forderte er, daß die Beerdigungen nicht nur vormittags stattfinden hätten. Weiter wurde vorgeschlagen, den Transport der Leichen in würdiger Weise vorzunehmen, als dies jetzt im Raffentransport, wo 5-6 Leichen in Armenleichenwagen zusammengepfercht werden, geschehe. Um diese Vorschläge genauer zu prüfen und zu formulieren, wurde eine Kommission eingesetzt.

Dank Raschke, einer der Bekanntesten und tätigsten Genossen im sechsten Berliner Reichstagswahlkreis, ist gestern plötzlich gestorben. Die Nachricht wird allgemeine Ueberraschung unter den Genossen hervorgerufen, die den sonst so gesunden Parteifreund kannten. Raschke hatte sich dieser Tage eine Erkältung zugezogen, die ihn zwang, sich zu Bett zu legen. Am Montag brachte ihn ein Genosse nach dem Krankenhaus Moabit, wo er gestern mittag einer Lungenentzündung erlag. Raschke ist 56 Jahre geworden. Von Beruf Maurer, wandte er sich in jungen Jahren der Partei zu und stellte seine ganze Person in den schweren Dienst der Parteipflicht. Öffentlich weniger hervortretend, arbeitete unser „Dank“, wie er in Parteikreisen genannt wurde, in der uneigennützigsten und opferwilligsten Weise für unsere Sache. Kaum ein Tag, kaum ein Abend verging, an dem Raschke für die Partei nicht auf den Beinen war. Mehrere Jahre versah er das Amt eines Vertrauensmanns. Als einer der ältesten Genossen im sechsten Kreise gehörte er in der schweren Zeit des Schandgesetzes zu jener kleinen Gruppe, die unter den schwierigsten Verhältnissen für Verbreitung unserer Ideen kämpfte. Unerschütterlich war sein Glaube an die Partei. Keine Arbeit war ihm zu schwer, keine Aufgabe zu groß, die er abgelehnt hätte. Immer war Dank Raschke da, wenn die Partei rief. Nie versagte er. Gerade die schwierigste Arbeit, die der Landtagation, Schifferrotation, Kalenderverbreitung, bevorzugte er, und selbst das schlechteste Wetter konnte ihn von dieser Tätigkeit nicht fernhalten. Und wer konnte den Eifrigen nicht, der bei allen Veranstaltungen der Partei alles in Bewegung setzte, recht viel Munition für die Partei heranzuschaffen! Seit einer Reihe von Jahren versah Raschke das Amt eines Zeitungsbedienten unseres Blattes.

Man ist auch er dahingegangen! Die Partei dankt ihm für seine Tätigkeit im Interesse der Partei und wird sein Andenken in Ehren halten.

Die Zeit der Beerdigung wird noch bekannt gegeben.

Auf eigene Faust auf die Verbrecherjagd gezogen. Entlaufen ist gestern die Polizeihündin „Gora“, die soeben erst neu angekauft und aus Lippstadt hierher gebracht worden war. Weil sie wieder einen Maulkorb, noch ein Halsband trägt, so kann es ihr noch schlecht gehen, wenn sie nicht bald umkehrt. Mitteilungen über ihren Verbleib werden im Polizeipräsidenten Zimmer 90 entgegen genommen. Ankosten, die dem Uebermittler etwa entstehen, werden ihm vergütet.

Frommer Bettel.

Unsere Frommen im Lande verstehen sich auf den Bettel, wie kaum ein routinierter Bettler es weg hat. Vor ihren Hechereien kann man sich kaum retten. Katholische wie Evangelische machen sich darin Konkurrenz. Groß und Klein wird aufgefodert, zu geben und zu sammeln, ausschließlich für Kirchenzwecke. Am letzten Sonntag wurde Kindern, die die Sonntagsschule in der 3. Gemeindegasse in Wilmersdorf besuchen, ein „Flugblatt der Gustav-Adolf-Kindergebe“ in die Hände gedrückt, in welchem die Kinder zum Betteln angehalten werden. Das zusammengeknorrte Geld soll zum Bau einer Kirche in Storozhnek bestimmt sein. Zur Information für diejenigen, die nicht wissen, wo Storozhnek liegt, sei bemerkt, daß es ein kleiner Ort in der — Bulowina ist.

Die Kinder sollen zu Vater und Mutter und allen Verwandten und Freunden gehen, ihnen das Flugblatt vorlesen und dann zu ihnen sagen: „Heute komme ich als ein kleiner Gustav-Adolf-Wege und möchte recht sehr bitten, gib mir eine Gabe für den Kirchbau in Storozhnek.“

Nach dieser Probe bewährt sich die Sonntagsschule als Erziehungsanstalt für Kirchenbettel. Besonders schlimm ist, daß schon Kinder in den Dienst dieses Bettels gestellt werden.

Wegen Annahme von Geschenken seitens einer für die städtische Verwaltung Ware liefernden Firma ist es abermals auf dem städtischen Schlacht- und Viehhof zu einer Entlassung gekommen. Diesmal trifft sie einen alten Handwerksmeister; dieser wandte sich wegen Zurücknahme der Entlassung an das Kuratorium. Dieses lehnte aber das Gesuch ab mit der Motivierung, daß die Annahme und Verabreichung von Geschenken und sogenannten Schmiergeldern mit aller Strenge geahndet werden müßte. Aus gleichem Grunde erklärte sich auch das Kuratorium mit der vom Magistrat erteilten Entlassung der betreffenden Firma von der Lieferantliste einverstanden. Leider sind derartige Firmen, die eigentlich die Hauptlast tragen, selten wegen Verstößen zu belangen, da der Nachweis, daß mit den Geschenken unlautere Absichten verbunden waren, schwer zu führen ist.

Infolge ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage mögen manche Angestellte leicht geneigt sein, den Lockungen gewisser Firmen zu folgen, die städtische Verwaltung wird aber in solchen Fällen unmaßsächlich vorgehen, wenn ihr die Lästigkeit bekannt wird.

Mögen Arbeiter und Angestellte gegebenen Falls gewissenlose Firmen bei unlauteren Versuchen eine Abfuhr zuteil werden lassen, die, wenn sie denselben nicht die Schamröte ins Gesicht treibt, doch erzieherisch wirkt. Eine solche Firma riskiert bei derartigen unaufrichtigen Manipulationen höchstens einen Ruck zu verlieren.

der Angestellte dagegen seine Lebensversicherung, die ihm eine auf Ordnung und Redlichkeit haltende Vererbung dann beim besten Willen nicht zurückgeben kann. Das Opfer haben nicht zum kleinen Teil solche Firmen auf dem Gewissen. Aber — der Profit geht über Leichen, wenn sein muß. Was fragt ein profitgieriger Unternehmer gegebenenfalls nach ruinierten Existenzen! Das sollten sich die um ihre Existenz mühsam Ringenden stets vor Augen halten, wenn der Verlust nahe!

Das Fundbüro der Großen Berliner Straßenbahn ist eine der meistbenutzten öffentlichen Einrichtungen Berlins. Trotzdem scheint es vielen Verlierern noch nicht bekannt zu sein, daß zur Wiedererlangung in den Wagen verlorenen Gegenstände eine Legitimation der Verlierer notwendig ist. Als solche gelten amtliche Papiere, Briefschaften, Mietvertrag und dergleichen. Das Fundbüro befindet sich im Hause Leipziger Platz 14 und ist werktäglich von 10 bis 4 Uhr geöffnet.

Ein sehr gefährlicher Brand kam gestern früh am Schiffbauerdamm 20 in einer Automobil-Garage durch Explosion von Benzin zum Ausbruch. Die Feuerwehre mußte kräftig Wasser geben, um die Gefahr zu beseitigen.

Vorort-Nachrichten.

Wilmersdorf.

Zur Stadtverordneten-Erkaufwahl.

Heute Mittwoch findet vormittags von 11 bis 2 Uhr und abends von 8 bis 9 Uhr im Restaurant Lindstedt, Moysstr. 44, die Erkaufwahl im 7. Bezirk statt.

Kandidat der Sozialdemokratie ist

Gewerkschaftsbeamter Oskar Riedel,
Berliner Straße 30.

Wie bekannt, wird es der angestrengtesten Arbeit bedürfen, wenn im 7. Bezirk ein Erfolg erzielt werden soll. Es ergeht daher an die Parteigenossen und Genossinnen das dringende Ersuchen, sich so zahlreich wie irgend möglich im sozialdemokratischen Wahlbüro, Restaurant Schmidt, Trautenauer Str. 4 zur Verfügung zu stellen.

Parteigenossen und Genossinnen, bedenkt, daß es gilt, Dresche zu legen in die Hochburg der Reaktion; sorgt dafür, daß endlich wieder ein Sozialdemokrat in die Wilmersdorfer Stadtverordneten-Versammlung gewählt wird!

Im 8. Bezirk ist noch im letzten Augenblick eine Aenderung in der Person des liberalen Kandidaten erfolgt. An Stelle des zuerst aufgestellten Herrn ist ein der demokratischen Partei genehmer Kandidat nominiert worden. Es handelt sich dabei nämlich um ein Abkommen zwischen der demokratischen und der liberalen Partei, wonach Letztere auf einen eigenen Kandidaten im 7. Bezirk verzichtet, mithin die Kandidatur von H. unterläßt, während die Demokraten im 8. Bezirk ihre Stimmen auf den liberalen Kandidaten Leibholz vereinigen. Damit zeigt es sich zum ersten Mal, daß die Demokratische Partei Arm in Arm mit ihren früheren Brüdern marschiert. Auch an unsere Partei wurde das Ansuchen gestellt, unsere Wähler für die Kandidatur Leibholz zu erwärmen. Dieses war uns selbst angeht die Versicherungen des Herrn Leibholz, daß er das demokratische Programm vollständig unterschreibe, einfach unmöglich. Die sich liberal nennenden Herren, die bei früheren Wahlen in der gehässigsten und unehrlichsten Weise gegen unsere Partei weitereten, können nicht erwarten, daß ihnen unsere Stimmen zufallen. Wie wenig Verlaß auf die Anhänger des Herrn Leibholz ist, dürfte sich auch dadurch beweisen, daß trotz des Abkommens zwischen Demokraten und Liberalen im 7. Bezirk ein ganz Teil der letzteren für den Kandidaten der bürgerlichen Reaktionsparte stimmen wollen. Solchen Leuten Vertrauen zu schenken, ist somit unmöglich. Auch der neuangestellte Herr Leibholz ist uns so unbekannt, daß eine Empfehlung seiner Person durch uns trotz der abgegebenen Erklärung keineswegs erfolgen kann.

Aus diesem Grunde empfehlen wir unseren Wählern im 8. Bezirk strikte Stimmenthaltung zu üben.

Schöneberg.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich zunächst mit einem Antrage der liberalen Fraktion, wonach der Magistrat ersucht werden soll, gegen jede Tarifierhöhung im Straßenbahnverkehr, die von der Stadt Berlin bei Anlauf der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft beabsichtigt wird, auf das entschiedenste Protest zu erheben.

Stadtob. J. o. b. e. l. (liberale Fraktion) wies bei seiner Begründung des Antrages auf die Artikel in den Berliner Zeitungen hin, aus denen hervorgehe, daß mit dem beabsichtigten Anlauf der Großen Berliner Straßenbahn durch die Stadt Berlin eine Erhöhung der Fahrpreise verbunden sei. An Stelle des jetzigen Einheitspreises von 10 Pf. soll ein Zonenpreis festgesetzt werden. Dagegen müsse energig Stellung genommen werden. Bei Anlauf der Straßenbahn müsse den Vororten ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden.

Stadtob. K. ä. t. e. r. (Soz.) ist der Meinung, daß der Vorredner doch etwas zu schwach steht. Berlin würde sich hüten, in dieser Beziehung allein vorzugehen. Die Straßenbahngesellschaft habe doch auch Verträge mit den Vororten abgeschlossen, daher hätten diese doch auch ein Mitsprechen mitzureden. Auf jeden Fall müsse der Magistrat aber auf der Hut sein. Unter keinen Umständen darf von dem Behauptungstakt abgesehen werden. Bei einer Erhöhung des Tarifs würden hauptsächlich die Arbeiter getroffen werden. Die Tarifierhöhung würde auch eine Verminderung des Verkehrs mit sich bringen.

Stadtob. M. a. c. h. o. w. i. e. z. erklärte, daß der Magistrat zu der Angelegenheit bereits Stellung genommen und an Berlin das Ersuchen gerichtet habe, die Vororte zu einer Sitzung zusammen zu berufen. Bevor nicht der Schöneberger Vertrag abgelaufen, könne überhaupt nicht von einer Tarifierhöhung gesprochen werden.

Stadtob. K. e. s. s. i. g. (unabh. Verein) empfiehlt Ausschuhberatung. Magistratsassessor K. a. h. s. e. l. empfiehlt ein einmütiges Vorgehen der Vororte. Der Verkehrsverband müsse sofort gegründet werden. Der Antrag wurde darauf angenommen.

Sodann wurde beschlossen, bei Wiederinstandsetzung des Baherischen Platzes die Uebergänge desselben mit Mosaikpflaster zu versehen.

Ein Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion verlangt, daß an den Magistrat das Ersuchen zu richten ist:

„dem Umfassen der Ueberstunden, das jetzt während der Verpflanzung des Stadtparkgeländes stattfindet, Einhalt zu gebieten. Um den Anfall der Arbeiten zu decken, sind eine größere Anzahl Arbeiter einzustellen. Müssen jedoch die Arbeiten beschleunigt werden, dann sind Arbeitskräfte zu je 8 Stunden einzuführen.“

Stadtob. K. ä. t. e. r. (Soz.) begründete den Antrag; er betonte, daß bereits im vorigen Jahre ein ähnlicher Antrag vorgelegt habe. Jetzt würde im Stadtpark täglich bis zu 16 Stunden gearbeitet. Das empörendste bei der ganzen Sache aber ist, daß den Arbeitern eröffnet wurde, daß derjenige, der die Ueberstunden verweigere, entlassen werde. Dilemma! Dilemma! Man müsse Einhalt geboten werden. Es gibt eine Reihe von Arbeitern, die ohne Beschäftigung sind. Daher wäre es am besten, wenn zwei Arbeitskräfte eingeführt würden.

Stadtob. K. e. r. i. a. c. h. gibt zu, daß Ueberstunden gemacht werden, befreit aber, daß dies systematisch geschehe. Von einer Drohung mit Entlassung an diejenigen, die Ueberstunden verweigern, sei ihm nichts bekannt. Er bilde das auf keinen Fall. Gegenwärtig seien 300 Arbeiter im Stadtpark beschäftigt.

Unsere Genossen O. b. t. und D. ä. m. i. g. wiesen ebenfalls auf die dabei zutage tretenden Mißstände hin und empfehlen die unveränderte Annahme des sozialdemokratischen Antrages.

Nachdem noch der Stadtob. S. a. e. n. t. i. n. F. r. ö. h. l. i. c. h. sich einige persönliche Beleidigungen und Anzuspitzungen unserer Genossen leistete, dafür aber die sachliche Antwort erhielt, wurde der sozialdemokratische Antrag angenommen.

Es folgte sodann die Neubewertung der ständigen Ausschüsse. Von unseren Genossen sind vertreten im Ausschuss für Anstellung und Wahl von Gemeindebeamten: O. b. t., W. o. l. k. e. r. m. a. n. n.; Petitionsausschuss: D. ä. m. i. g., H. o. f. f. m. a. n. n.; Rechnungsausschuss: K. ä. t. e. r., R. a. g. n. a. n., W. o. l. k. e. r. m. a. n. n.; Wahlprüfungsausschuss: D. ä. m. i. g., W. o. l. k. e. r. m. a. n. n.; Ausschuss für Prüfungen und Beförderungsmöglichkeiten: V. e. r. n. s. t. e. i. n., K. o. t. t. l. ä. n. d. e. r.; Staatsausschuss: V. e. r. n. s. t. e. i. n., K. ä. t. e. r., W. o. l. k. e. r. m. a. n. n.; Ausschuss zur Wahl der Magistratsmitglieder: V. e. r. n. s. t. e. i. n., O. b. t., W. o. l. k. e. r. m. a. n. n.

Charlottenburg.

Dachstuhlbrand. Die gesamte Charlottenburger Feuerwehre wurde gestern nachmittags gegen 5 Uhr durch mehrfachen Alarm nach der Schlüterstraße 63, nahe der Pestalozzistraße, gerufen. Bei Anbruch der Löschzüge war das ganze Grundstück in dichten Rauch gehüllt, der aus dem Dachgeschoß des ersten Obergeschosses hervorquoll. Nach Einschlagen des Daches konnten die emporstehenden Flammen innerhalb einer Stunde erstickt werden. Die Hälfte des Dachstuhls ist zerstört. Schwer geschädigt wurde auch ein Mieter, der vor dem Umzuge stand und seine ganze Wohnungseinrichtung einweisen auf dem Dachboden verstaubt hatte, wo sie nun fast gänzlich vernichtet ist.

Steglitz.

Ein Baumsturz ereignete sich gestern früh 10¹/₂ Uhr auf dem Neubau des Herrn Reiche, Herder- und Arndtstrassen-Ecke. Dort brachen in der zweiten Etage drei Balken durch und rissen einen Steinträger mit in die Tiefe. Wie man uns mitteilt, hatten die Balken eine freitragende Länge von etwa 6 Metern. Der Unfall kann daher nur infolge nicht genügender Auflage sowie ungenügender Abstützung geschehen sein. Zum Glück hat der Verunglückte schwere Verletzungen nicht davongetragen. Wie weiter berichtet wird, soll an dem Bau an den Straßenseiten auch das Schuttdach gesplittert haben.

Friedenau.

Aus der Gemeindevertretung. Die Sitzung wurde zum erstenmal von dem neuwählten Gemeindevorsteher Herrn Walger geleitet. In der Ortspresse sind diesem neuen Herrn bereits Vorwürfe überbracht worden. Dazu liegt jedoch noch nicht der geringste Anlaß vor. Hat doch Herr Walger in seinem neuen Amt noch nicht beweisen können, daß er die Vorbeeren auch verdient. Den Hauptgegenstand der Verhandlung bildete die Beratung eines Entwurfes für ein Ortsstatut gegen die Verunstaltung des Straßenbildes. Veranlassung dazu boten Mißstände, welche sich hauptsächlich in der Bauklasse A bemerkbar machten. Auf Antrag der Armenkommission wurde die Summe von 40000 M. Armenpflegekosten als nicht eintreibbar niedergeschlagen.

Nikolassee.

Der städtische Waisenrat Nikolassee hat bisher den Reib aller Steuerzahler herausgefordert. Es herrscht hier nämlich der uralte Zustand, daß man von Steuerzahlen nur einen sagenhaften unbestimmten Begriff hat, da die Bewohner dieser Schlaraffen-Gemeinde von dieser lästigen Krankheit bis dahin befreit waren. Nun wird dieser heidenwürdige Zustand bald zu Ende sein. Nikolassee, das jetzt noch von dem Gutsbesitzer Düppel aus verwaltet wird, soll wie verlautet, vom 1. April dieses Jahres ab in die Reihen der selbstständigen Gemeinden erhoben werden und ein Gemeindevorstand in Gestalt eines Ortsvorstehers erhalten. Eine teuer erkaufte Ehre, denn damit hat die Zeit, die herrliche, steuerlose, ihr Ende erreicht und die guten Einwohner von Nikolassee müssen ebenso wie alle anderen gewöhnlichen Sterblichen Steuer bezahlen. Grausames Geschick!

Treptow-Baumtschulenberg.

In der ersten Sitzung der Gemeindevertretung in diesem Jahre teilte der Bürgermeister zunächst mit, daß vom Gemeindevorstand als juristischer Hilfsarbeiter Herr W. o. l. k. e. r. m. a. n. n. und als Oberlehrer für die Quinta Herr Dr. R. o. h. m. a. n. n. aus Rantzig berufen sei. Für die Pflichtfortbildungsschule hat der Kreisrat die enorme Summe von 400 M. bewilligt, mit dem von Staats bewilligten 600 M. werde gerade ein Fünftel der Kosten gedeckt. Durch die Ermäßigung der Kreissteuern sind 15 000 M. an den Kreis weniger zu zahlen — Der in voriger Sitzung als Armenkommissar gewählte Herr W. e. l. h. o. f. e. hat die Wahl nicht angenommen. Es wurde an dessen Stelle Herr M. e. n. t. i. e. r. B. o. u. c. h. e. r. s. t. r. a. ß. e. gewählt. Hierauf empfahl der Gemeindevorstand den Abschluß eines Vertrages mit der evangelischen Kirchengemeinde, betreffend den Bau einer Kirche nebst Pfarrhaus und Kücherei in der Baumtschulenbergstraße. Danach soll das Gemeindevorstand die sachmännliche Leitung übernehmen und als Entschädigung für Selbstkosten 2500 M. erhalten. Genosse K. o. r. o. w. wandte sich dagegen; er betonte, daß sich die politische Gemeinde an dem Bau nicht beteiligen solle, auch wenn die Kosten für die Mäheverwaltung, wie das hier der Fall sein soll, erlegt werden. Es könne wieder dahin kommen, daß der Kirche das Geld lassen würde, wie es beim Erwerb des Grundstücks der Fall war. Die Vorlage wurde gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen.

Die Forderung einer Volksversammlung im Sommer 1907 (welche sich mit der Typhusepidemie beschäftigte), alle Hofbrunnen zu besichtigen, weil der Grund und Boden durch die frühere Kanalisation verunreinigt sei, hat die Gesundheitskommission 2¹/₂ Jahre beschäftigt. Wiederholte Untersuchungen des Kreisarztes haben ergeben, daß das Wasser der Brunnen sich nicht eigne. Ein vollständiges Schließen der Brunnen halte er aber nicht für notwendig, wenn das Gully 5 Meter vom Saugrohr entfernt angebracht und der Hof 2 Meter im Umkreis von Brunnen aus gespült werde. Der Mehrheit der Gesundheitskommission ging dieses Gutachten zu weit. Sie holte ein Obergutachten ein; in letzterem ist nach chemischer Untersuchung festgestellt, daß Krankheitserreger im Wasser enthalten sind und die Anordnungen des Kreisarztes daher nicht zu weitgehend seien. Hierüber sind die Herren V. e. i. t. h. e. r. wenig erbaut, denn es sind 132 Hofbrunnen zu beanstanden; die Kosten für die richtige Anbringung der Gullys und für das Pflegen betragen 150 bis 100 M. per Brunnen. Ein Beschluß, den Anordnungen des Kreisarztes nachzukommen, wurde nicht gefaßt und die Sache verlagert.

Für die Errichtung einer Rechtsanwaltskammer, deren Kosten der Kreis übernimmt, wurde ein Zimmer, eine Schreibkraft und einige Bücher zur Verfügung gestellt. Auskünfte sollen wöchentlich einmal gegeben werden.

Die Erhöhung der Zahl der Stadtverordneten von 12 auf 18 wurde durch Ortsstatut beschlossen. Ein Antrag des Genossen G. r. a. m. e. n. z. für den 22 000 Einwohner zählenden Ort die Zahl der Stadtverordneten gleich auf 24 festzusetzen, wurde abgelehnt. — Des weiteren wies Genosse G. r. a. m. e. n. z. auf die Ausführungen des Ministers des Innern im preussischen Abgeordnetenhaus am 1. März 1903 hin, nach denen es den Anschein habe, als wenn es der Gemeindebehörde nicht verboten sei, Abschriften von Gemeindevählerlisten zu geben. Diefem widersprach der Bürgermeister; er berief sich auf eine Ministerialverfügung vom Jahre 1902 welche den Behörden die Abgabe von Abschriften verbiete.

Die vor Weihnachten beschlossene Ortszulage zur Verordnungsgebung ist von der Regierung mit dem Zulage genehmigt worden, daß die Verordnungsordnung so lange in Kraft bleibt, bis die Regierung eine neue genehmigt. Hiermit hatte die Vertretung nicht gerechnet; sie bestimmte fernerzeit, daß die Verordnungsordnung nur so lange Gültigkeit habe, bis Treptow in eine höhere Serwis-Klasse tritt. Durch den Zusatz der Regierung müßte die Gemeinde unter Umständen 19 000 M. mehr zahlen wie angenommen. Die Vertretung beschloß gegen die Stimmen unserer Genossen, die Bestimmung, wonach die Ordnung in Kraft bleibt, bis Treptow in eine höhere Serwis-Klasse tritt, dahin zu ändern, daß beim Eintritt in eine höhere Serwis-Klasse die Ortszulage dem Grundgehalt zugerechnet wird.

Stralau.

In der Generalversammlung des Wahlvereins gab Genosse W. e. s. s. e. l. als Bezirksleiter den Tätigkeitsbericht vom verfloffenen Jahre. Danach beträgt der Mitgliederbestand 292, davon sind 250 männliche, 42 weibliche Mitglieder. Stattgefunden haben sieben Mitglieder- und drei öffentliche Versammlungen. Die Wahl der Funktionäre ergab folgendes Resultat: Erster Bezirksleiter: K. a. u. f. f., zweiter Bezirksleiter: K. a. u. f. f.; Kassierer: G. u. n. d. l. a. c. h.; Schriftführer: G. u. d.; Revisor: S. c. h. u. l. a., W. e. n. d. e., K. i. s. e. n. d. o. r. f.; Lokalkommission: V. o. i. g. t., W. a. l. t. e. r., B. r. i. e. f. e.; Revisorin: D. o. m. l. e.; Delegierte zur Kreisgeneralversammlung und Groß-Berlin: W. e. s. s. e. l., K. a. u. f. f., K. a. u. f. f.; Zeitungskommission: W. e. l. k. e. r.; Agitationskommission: V. o. i. g. t., W. e. n. d. e., K. i. s. e. n. d. o. r. f., K. a. u. f. f., S. t. e. n. d. e. r., G. u. n. d. l. a. c. h., M. a. g., W. e. l. k. e. r., W. e. s. s. e. l., S. c. h. m. i. d. t., W. o. h. n., D. o. m. l. e.; Bibliothekar: W. i. l. l. i. a. n., E. r. s. t. a. m. m. a. n. n.; Fischer; Bibliothekskommission: F. r. e. h. l. e. r., K. r. a. u. f. e., W. e. s. s. e. l.; Bezirksleiter: für den ersten Bezirk: G. r. a. m., W. o. h. n.; für den zweiten Bezirk: W. e. n. d. e.; für den dritten Bezirk: W. e. n. d. e. — Hierauf wurde ein Antrag angenommen, wonach für die drei Monate Januar, Februar, März zur Deckung der Unkosten der Kommunalwahl ein Ortsbeitrag von 10 Pf. erhoben wird.

Lichtenberg.

Herr Dr. B. o. l. o. f. e. r. ersucht uns mit Bezug auf den am 9. Januar im „Vorwärts“ veröffentlichten Stadtverordnetenversammlungsbereich um Aufnahme folgender Berichtigung:

„Es ist unwar, daß ich in meinen Ausführungen gelegentlich der Besprechung über die Gültigkeitserklärung der Stadtverordneten-erkaufwahlen die Aeußerung: „Es ist eine Schande, einen solchen Mann unter sich zu haben“ bezüglich der Wahl des Herrn Rathen getan habe.“

Wir müssen es unserem Gewährsmann überlassen, sich hierzu zu äußern.

Reinickendorf.

Selbstmord eines Schülers. Der elf Jahre alte Sohn des Selterwasserfabrikanten H. ä. r. m. a. n. n. aus der Koedernaues 95 trank vorgestern abend Scheidewasser und erlag kurz darauf den Wirkungen des Giftes. — Das Motiv zu der Tat konnte trotz der sofort angestellten Nachforschungen bisher nicht ermittelt werden. Alexander H. ä. r. m. a. n. n. wird als ein sehr guter Schüler der ersten Gemeindegewerkschule gewertet, der seinen Lehrern keinen Anlaß zu einem nennenswerten Tadel gegeben hat. Auch die häuslichen Verhältnisse des Knaben waren durchaus guter Art. Man nimmt dagegen an, daß vielleicht die Lektüre von Büchern zweifelhaften Charakters den Knaben beeinflusst hat.

Nieder-Schönhausen.

Unsere nächsten Ausgaben, lautete das Thema, über das Genosse W. ä. h. l. e. r. in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins referierte. Eine Diskussion rief der Vortrag, in dem der Referent am Schluß zu noch regerer Agitation für die Sache des Proletariats aufgefordert hatte, nicht hervor. Die demnächst stattfindenden Gemeindevahlen werden den Genossen Gelegenheit geben, die vom Referenten ausgesprochene Mahnung zur Tat werden zu lassen. Wie mitgeteilt wurde, findet am Sonntag, den 16. d. M., eine Flugblattverteilung statt. Zum Schluß wurden einige Vereinsangelegenheiten erledigt.

Vermischtes.

Der „Kater“ ist noch nicht umgebracht.

In der Sonntagnummer des „Vorwärts“ brachten wir die Meldung, daß die „Kater-Lampe“ von der Theaterkommission in Kottbus als Volksvorstellung verboten sei. Unser Kottbuser Parteiblatt schreibt hierzu: „In der gestrigen Sitzung der Bürgervertretung erklärte auf Anzapfung durch unseren Genossen Strossen der Präses Verringer im Namen der Theaterkommission, der „Kater-Lampe“ sei nicht verboten worden, die Deputation hätte nur, weil „Emilia Galotti“ schon als Volksvorstellung festgesetzt war, dagegen sich entschieden, daß nun pädagogisch der Plan zugunsten von Rosenow's Kater umgeworfen werde.“

Ein Güterzug entgleist. Aus Zeuthen wird amtlich gemeldet: Montagnachmittag 7 Uhr 54 Minuten entgleisten auf Bahnhof Zeuthen von dem einfahrenden Ortsgüterzug Nr. 9404 jedenfalls infolge Auslaufens beladener auf einen leeren Wagen inmitten des Juges 12 Wagen. Hiervon wurden 7 Wagen zertrümmert, 3 stark und 2 leicht beschädigt, 1 Jugschaffner leicht verletzt. Materialschaden ist erheblich.

Zum Warenhausbrand in London.

Bei den Aufräumungsarbeiten der Ruinen des kürzlich im Feuer ausgegangenen Warenhauses von Arbing wurde, wie eine Meldung aus London bringt, die verlohnte Leiche eines Mannes unter den Trümmern aufgefunden, von der man annimmt, daß es die des vernichteten Angefallenen ist, der bei dem Feuer mehrere Wunden vom Plammonod errettet hat und bei einem letzten Versuch durch den einstürzenden Fußboden in die Tiefe gerissen wurde und so umgekommen war.

Eine Familie in den Flammen umgekommen.

Londoner Meldung zufolge griff ein Feuer in Fishburn bei Velfast in Irland so rasch um sich, daß sich die Bewohner des Hauses, in dem das Feuer bald die oberen Stockwerke in ein einziges Flammenmeer hüllte, nicht mehr retten konnten. Eine ganze Familie in einer elenden Dachwohnung, bestehend aus Vater, Mutter und vier Kindern erstickten und kamen elend in den Flammen um.

Verheerende Rüstungsfürne.

Der „New York Herald“ meldet aus London: Große Stürme wütheten gestern an den Küsten von Nord- und Mittelengland. Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurden namentlich schwer heimgefuht die Landschaft Grosse und die Küste von Nordwestengland. Die Schifffahrt an diesen Küsten ist vollständig eingestellt. Man fürchtet von diesen Schiffen, die sich auf dem Meere befinden, daß sie mit ihrer Besatzung untergegangen sind. Das offene Meer ist von einem wüthenden Orkan heimgesucht. Dazu herrscht im Norden bittere Kälte; das Thermometer zeigt auf 53 Grad Fahrenheit.

Untergang eines Schlepddampfers. Einer Meldung aus Hamburg zufolge stieß die von dort ausgegangene Bark „Lady Elizabeth“ in der Nähe des Vorkumer Feuerdammes mit dem Schlepddampfer „Triton“ zusammen. Der „Triton“ sank. Drei Mann seiner Besatzung sind ertrunken. Die Bark, die anscheinend beschädigt wurde, ist nach Bremerhaven eingeschleppt worden.

Kurzschlüsse in Paris.

Aus Paris wird gemeldet: Ein Kurzschluß in dem elektrischen Leitungskabel verursachte auf dem Boulevard Houzmann eine Explosion, bei der drei Personen verunmündet wurden. Ein anderer Kurzschluß rief im Quartier Europe Finsteris hervor, so daß die großen Caféhäuser Kerzen, Lampen und Lampions verwenden mußten. Auch in den elektrischen Leitungen der Straßenbeleuchtung wurden durch Kurzschlüsse verschiedene Störungen verursacht. Ein Kurzschluß in dem Warenhaus Au printemps rief beim Publikum eine große Panik hervor. Alles drängte nach den Ausgängen, so daß im Gedränge mehrere Personen verletzt wurden. Die Ingenieure der Elektrizitätswerke erklärten Berichterstatter, daß sie die Kurzschlüsse, wenngleich deren Säufigkeit sehr auffallend sei, Unfällen zuschrieben.

Briefkasten der Redaktion.

Die kürzlich erschienenen Briefe sind...
 Die kürzlich erschienenen Briefe sind...
 Die kürzlich erschienenen Briefe sind...

Kindes kann das gesamte Gehalt...
 Kindes kann das gesamte Gehalt...
 Kindes kann das gesamte Gehalt...

günstig ist. - C. W. 32. Der...
 günstig ist. - C. W. 32. Der...
 günstig ist. - C. W. 32. Der...

Witterungsbericht vom 11. Januar 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temperatur	Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temperatur
Sonnenberg	768	SW	4	10	Darmstadt	763	SW	2	10
Darmstadt	762	SW	5	10	Kassel	764	SW	3	10
Berlin	766	SW	3	10	Frankfurt	767	SW	3	10
Frankfurt	767	SW	3	10	München	772	SW	2	10
München	772	SW	2	10	Stettin	775	SW	1	10

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 12. Januar.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Schauspielhaus. Strand-
 Oper.
Neues königl. Opern-Theater.
 Geflossen.
Heddel. Der Struwwelpeter.
 Anfang 8 Uhr.
Königl. Opernhaus. Sardanapal.
 Don Carlos. (Anfang 6 1/2 Uhr.)
Kammerspiele. Der Graf von Gleichen.
Neues Schauspielhaus. Ihr letzter Brief.
Komische Oper. Das Tal der Liebe.
Neues. Don Juans letztes Abenteuer.
Decken. Die geschiedene Frau.
 Nachm. 4 Uhr: Stummelwetter.
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.
Tranon. Duridans Esel.
Berliner. Hohe Politik.
Neues. Der große Kame.
 Refidanz. Im Laubenschlag.
Thalia. Die alte Coca.
 Nachm. 4 Uhr: Max und Moritz.
Leffing. Das Konzert.
Schiller. (Schauert-Theater.)
 Der Meindbauer.
Schiller-Charlottenburg. Der Schwur der Treue.
Friedrich-Wilhelmstadt. Nachsinn als Geschieber.
Volkoper. Der Trompeter von Säckingen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Luisen. Colos Vater.
Wiese. Faust.
Lustspielhaus. Der dunkle Punkt.
Metropol. Galloch II - Die große Kette.
Folies Caprice. Eicher ist sicher.
 Bunter Teil. Der Mann meiner Frau. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Cafino. Der Oberbauer.
Gedre. Herrnsfeld. Es muß man's machen. Ein Rettungsmittel.
Gastspiel. Der Polizeihund. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Floade. Die Postkarten-Frieda.
 (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Neue Welt. Der Giddner von Notre-Dame.
Apote. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Wahage. Spezialitäten.
Buddenhagen. Spezialitäten.
Nari Haberland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Walon. Spezialitäten.
Wichdallen. Stettiner Sänger.
Urania. Tausendfüßler 18. 19.
 Nachmittags 4 Uhr: Die Erdbebenkatastrophe von Messina.
 Abends 8 Uhr: Der Kinematograph im Dienste der Wissenschaft und des Unterrichts.
Orlando. 8 Uhr: Konstr.-Ingenieur u. Richter: Die Hochofenindustrie.
Stummelwetter. Annabens 17-18.
Lessing-Theater.
 8 Uhr: Das Konzert.
 Donnerstag, 8 Uhr: Das Konzert.
 Freitag, 8 Uhr: Kantrid d. Narr.
Berliner Theater.
 Abends 8 Uhr: Hohe Politik.
 Morgen: Hohe Politik.
Neues Theater.
 Abends 8 Uhr:
 Don Juans letztes Abenteuer.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
 Mittwoch, 12. Januar, Anf. 8 Uhr:
 Abends 8 Uhr:
Fladsmann als Erzieher.
 Donnerstag: Im danken Rod.
 Freitag: 8. erstmalig: Großstadtluft.
 Sonnabend: Großstadtluft. 8 Uhr.
Volks-Oper.
 SW, Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.
 Abends 7 1/2 Uhr:
Der Trompeter von Säckingen.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater.
 Nachmittags 4 Uhr:
 Die Erdbebenkatastrophe v. Messina.
 Abends 8 Uhr:
 Der Kinematograph im Dienste der Wissenschaft u. d. Unterrichts.
 Hörsaal 8 Uhr:
 Konstr. Ing. A. Kellner: Die Hochofenindustrie.
Neues Operetten-Theater.
 Schiffbauerdamm 23, a. d. Luisenstr.
 Heute und folgende Tage 8 Uhr:
 Der Graf von Luxemburg.
 Sonntag 3 Uhr: Der Zigeunerbaron.
Theater des Westens.
 Abends 8 Uhr:
 Die geschiedene Frau.
 Sonntag 3 1/2 Uhr: Der fidele Bauer.
Lustspielhaus.
 Abends 8 Uhr:
Der dunkle Punkt.
Residenz-Theater
 Direktion: Richard Alexander.
 Abends 8 Uhr:
Im Laubenschlag.
 Morgen und folgende Tage:
 Dieselbe Vorstellung.
 Sonntag, den 16. Januar, nachm.
 3 Uhr: Schlafwagenkontrolleur.
Luisen-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Colos Vater.
 Volkstheater in 4 Akten v. H. K. Arronge.
 Donnerstag, Freitag: Die Kette um die Erde in 80 Tagen.
 Sonnabend nachm. 4 Uhr: Gold-
 fischens Himmelfahrt. 8 Uhr: Die
 Kette um die Erde in 80 Tagen.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Bis mich
 frei. 8 Uhr: Die Kette um die Erde
 in 80 Tagen.
ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 152.
 Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 U.
Faust.
 Tragödie von Goethe. I. Teil.
 Donnerstag: Der Bizepapa.
 Freitag, Sonnabend, Sonntag:
 Faust.
Gastspiel-Theater.
 Köpenicker Straße 67/68.
 Täglich 8 1/2 Uhr abends:
Lady Florencia
Der Polizeihund.
 Kriminalstück.
Apollon Theater
 Abends 8 Uhr:
Prinz Pinno. Burleske mit
 Henry Bender.
 9 Uhr 20:
 Das Tagesgespräch von Berlin!
 Lotte Sarrow i. d. Filmoperette
„Die Ehebrecherin“.
 9 Uhr 45: 9 Uhr 45:
Schimpanse
 Konsul James Grant.
 Remer: Mit Annie Miller, Road etc.
Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
 In 8 Bildern von J. Freund
 Musik v. Paul Lisack. In Szene
 gesetzt von Dir. Rich. Schulte.
 Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.).
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Meindbauer.
 Volkstheater in 3 Akten von Ludwig
 Angenruber.
 Ende 10 1/2 Uhr.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die erste Geige.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Der Meindbauer.
 Schiller-Theater (Charlottenburg).
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Schwur der Treue.
 Lustspiel in 3 Akten v. O. Hinemthel.
 Ende 10 Uhr.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Gespenster.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Viel Lärm um nichts.

Brauerei Friedrichshain am Königstor.
 Größte Sehenswürdigkeit Berlins!
 Heute Mittwoch: Elite-Tag:
Damen-Schönheits-Konkurrenz.
 Sechs Geldpreise.
Bockler-Jubel und Trübel.
 Der berühmte
Schorsch Ehrengreber
 mit seiner Truppe (zirka 60 Mitwirkende).
 Anf. 8 Uhr. Pappkartons 5. Günstig. Entree 20 Pf.
 Am Freitag:
 Gratis-Verlosung einer
 modernen Kücheneinrichtung.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide
 108-114.
 Täglich:
Gr. Bockbierfest
 in den bayerischen Alpen.
 Donnerstag, den 13. Januar 1910:
 Prämierung der größten
Damengürtelsehnalle.
 Barpreise 50 M., 30 M., 20 M.
 Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

CIRCUS SARRASANI
 Alter Botan. Garten
 Eingang Grunewaldstr.
 Täglich abends 8 Uhr: Gala-
 Vorstellung. - Mittwoch, Sonn-
 abend, Sonntag und Festtage:
 3 Vorstellungen mit durchaus
 gleichwertigem Programm.
 Nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr.
 Zu den Nachm.-Vorstell. zahlen
 Kinder unter 14 Jahr. u. Militär
 b. z. Feldwebel halbe Preise.

Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Macapa Rossi
Schneider Duncker
Mile. Farfalla
 und das sensationelle
Januar-Programm.

Passage-Panoptikum.
Senegal in Berlin!
50 wilde Weiber
 Männer, Kinder.
Drei Negerdörfer
 Ohne Extra-Entree!

Wahalla-Theater
 Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.
 Das ganze Programm
Severus Schaeffer
 und die übrigen Spezialitäten.
Tunnel! Regimentskapelle,
 Theaterbesucher freier Eintritt!
W. Noacks Theater
 Oranienstr. 16, am Rosenthaler Tor.
 Lachen! Weinen! Lachen!
 Abends 7 1/2 Uhr:
Die Postkarten-Frieda.
 Großstadtluft v. Reisinger-Popper.
 Donnerstag Extra-Vorstellung:
In russischer Leibregiment.

Herrnfeld Theater
 Kommandantenstr. 57. T. N. 4. 5083.
Durchschlagendster Erfolg!
„So muß man's machen“
 Burleske mit Gesang in 2 Akten.
 Musik von L. Uel, mit den Herren
 Anton und Donat Herrnfeld in den
 Hauptrollen. Dittgen:
Ein Rettungsmittel
 Komödie u. 2. Gena.
 Anfang 8 Uhr.
 Donnerstag 11 bis 9 Uhr.

Zirkus Schumann
 Mittwoch, 12. Januar 1910,
 abends 7 1/2 Uhr:
Große brillante Vorstellung.
 Auftret. des Herrn Kommissionsrat
Gustav Stensbeck
 als Gast mit 1. neuen her-
 ragenden Schiffsperden Eisenberg,
 Ken Drugi und Wlad Dule.
Bagonghi
 der kleinste komische Kletter
 der Welt.
Sergeant Brennan,
 der beste Diabolofeier.
 Der Amerikaner de Marlow.
Großer Ringkampf
 zwischen den Clowns Jim-Jam
 und Coltrick.
 Um 9 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr
Die drei Rivalen
 Große Feste in 5 Akten.

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Donnerstag, den 13. Januar 1910:
Schuldig.
 Schauspiel in 3 Akten v. Rich. Koh.
Palast-Theater.
 Direktion: Robert Oll & Karl Pirnau.
 Burgstraße 24, am Bahnh. Börse.
Das brillante
Januar-Programm!
Ruth St. Ruhda,
 Ombudempantominne,
Otto Müller-Römer,
Ilkete His Jenny,
Mr. Kreton
 mit seinem rechnenden Hund
 ufm. ufm.
Casino-Theater
 Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Sensationeller Erfolg!
Der Oberbauer.
 Lustspiel in drei Akten von R. 18. 1.
 Vorher: Das erste kaffee bunte
 Programm. Sonntag, nachm. 4 Uhr:
 Trubens Sommerreise.

Folies Caprice.
Sicher ist sicher.
 Bunter Teil.
Der Mann meiner Frau.
 Anf. 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2

Karl Haverland
 Anfang Theater präg. 8 U.
 77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Das glänzende erste
Januar-Programm.
Schlager auf Schlager!

Zirkus Busch.
 Heute Mittwoch, den 12. Januar,
 abends 7 1/2 Uhr. Preis:
Gr. Gala-Vorstellung.
 Herr James Ellis, Schwalbe, auf
 Winthrop, engl. Vollhut v. Palma
 a. d. Maggio Gray.
Miss. Colons Affendressen.
 Herr E. Schumann, Neudress.
 Reiterfamilie Proserpi.
 Gigerclown Alfred Daniels usw.
 9 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr
 Die neue russische Pantomime
Marja.
 Vorher das große Galaprogramm.

Neue Welt.
 Hasenheide.
 Mittwoch, den 12. Januar 1910:
Der Glöckner von Notre-Dame.
 Schauspiel in 9 Bildern von Charl.
 Birch-Pfeiffer.
 Kasseneröffnung 7, Anfang 8 Uhr.
Trianon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Duridans Esel.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
 Der Nachtwächter
 von Jerpenschaufe.
 Studentbild
 n. F. Meynel
 Anfang:
 Boden.
 8 Uhr.
 Sonntag:
 7 Uhr.

Buddenhagen
 am Moritzplatz
Anf. 8 Uhr.
Alt-Germanisches
Bockbier-Kellerfest
 Die Dekoration ist aus dem
 Atelier „Hermann der Oberkerker“
 aus Teutoburg.
 Im oberen Saale: Täglich:
Die glänzenden Spezialitäten.
ORPHEUM
 an der Jannowitzbrücke.
Deutschlands grösste und
vornehmste Lichtbühne
 630 Sitzplätze
 Feenhaft Ausstattung
Beginn:
Wochentags 4 Uhr.
Sonntags 9
 Für den Inhalt der Intercate
 übernimmt die Redaktion dem
 Publikum gegenüber keinerlei
 Verantwortung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
2. Berl. Reichstagswahlkreis.
(Bezirk 106).
Am 9. d. M. verstarb unser
Mitglied der Ehefrau
Hugo Bauer.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 13. Januar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Städtischen Friedhofes
aus statt.
Der Vorstand.

Statt besonderer Meldung.
Heute mittag 14. Uhr verstarb nach langem schweren
Leiden mein herzenguter, innigstgeliebter Mann,
unser lieber Bruder, Onkel und Schwager, der
Zeitungspediteur
Hermann Raschke
im fast vollendeten 58. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrubt an
Frau Auguste Raschke nebst Nichte.
Bernauer Str. 9.
3450L
Tag und Stunde der Beerdigung wird später mitgeteilt.

Sage allen meinen Freunden und
Bekanntem, die an der Beerdigung
meiner lieben Frau teilgenommen
haben, meinen herzlichsten Dank.
Max Jahnke
und Tochter.
Dankfagung.
Für die innige Teilnahme und
würdigen Kranzpenden bei der Be-
erdigung meiner lieben Frau lagt ich
allen meinen herzlichsten Dank.
Franz Richter
Samariterstr. 7.
Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzüge od. Paletot
nach Maß, schnell, sauber, Zuzaten,
von 20 Mark an. **Moritz Laband,**
Neue Promenade 11. (Südth. Börse).

Husten,
Heiserkeit
werden
Reichlich
Hustentropfen
aberrafend
schnell
und sicher
Nur echt, wenn
mit Marke
"Medico"
ist. 50 Pf. u. 1.00.
Vor Nachahmung jeder Art sei
jedoch dringend gewarnt.
Erhältl. in d. meisten Drogerien u. bei
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Westmanns Trauer-Magazin
Extra-Abteilung
I. Geschäft: Berlin W., Mohren-
straße 37a (2. Haus von der
Jerusalemstraße).
II. Geschäft: Berlin N.O., Große
Frankfurter Str. 115 (2. Haus
von der Andreasstraße).
Sehr gr. Auswahl fert. Kleider,
Hüte, Handschuhe, Schleier etc.
vom einfachsten bis zum hoch-
eleganteren Genre zu äußerst
niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Maßanfertigung in 10
bis 12 Stunden.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Südlicher Viertel.
Bezirk Nr. 202, Teil I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Stigarren-
fabrikant
Friedrich Mundt
Schleifstraße 9
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 12. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
Rixdorf aus statt.
Der Vorstand.
215/3

**Verband der Maler,
Lackierer, Anstreicher usw.**
Filiale Berlin.
Unseren Mitgliedern zur Nach-
richt, daß der Kollege
Max Kyser
am 9. Januar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 12. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle Berliner Straße in Wilmes-
dorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
128/3
Die Ortsverwaltung.

**Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.**
Zahlflecke Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege
Friedrich Schildt
Jannemannstraße 12, Bezirk 3,
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 13. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Bartholomäus-Kirchhofes
in Weihenfelden, Hallesberger Weg,
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
74/2
Die Ortsverwaltung.

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei.
Ohne Zweifel die bewährteste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indigenen
Kautschuk).
Dr. H. Unger in Würzburg.
In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. Greif-
Apothek, Darnitzstraße 33. — Wänden: Schützen-Apothek. — Stutt-
gart: Hirsch-Apothek. — Dresden: Victoria-Apothek.
118/5

Dr. Schönemann
Spezialarzt für Haut- und Hautleiden,
Frauenkrankheiten,
Griebrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
Wochentags 10-2, 5-7.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 10. Januar verstarb unser
Mitglied, der Tischler
Hermann Magnus
Bolziger Straße 8.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Donnerstag, den 13. Januar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle der Friedensebene in
Rixdorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
224/3
Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für Schöneberg.
Bezirk 10b.
Am 8. Januar verstarb nach
langen Leiden an der Prostata-
krankheit unser Mitglied, der
Tischler
Karl Drews.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von
der Leichenhalle des Schöneberger
Friedhofes, Magstraße, aus statt.
Um zahlreichste Beteiligung ersucht
15/1
Der Vorstand.

Für die vielen Beweise der Liebe
und Teilnahme, die uns beim plög-
lichen schweren und unerklärlichen Ver-
leiden unseres teuren Verstorbenen, des
Schuhmachermeysters
Karl Ludwig Eulitz
entgegengebracht worden sind, sprechen
wir nur herzlich allen unseren Ver-
wandten und tantigen Dank aus.
Adlershof, Kriebitz, Dresden,
Gersdorf, den 10. Januar 1910.
Im Namen der Trauernden
Winterkassieren
Frau Berta Eulitz.

GRATIS: 2½ Meter Stoff zu einem Rock,
auf Wunsch bei Einkauf von 12 M. an.

Sämtliche Preise für
Abendmäntel
Pfläsch- und Pelz-Konfektion, Kostüme
sind bis auf Ausverkauft herabgesetzt!
Der Einkauf auch ohne Bedarf lohnt nicht
Prüfen Sie mein Angebot durch Vergleich mit andern
Helferinnen! — Prüfen Sie meine Ware!

Kein Hamschfabrikat! Kein Inventurfabrikat!
Eigene Konfektion!
Ich verkaufe ~~hier~~ zu wirklichen Investitionspreisen:
Hochschicke, vornehme Abendmäntel,
Pfläsch-Mäntel und Pfläsch-Paletots,
Persianer-Jackets, Nerzmurmelt-
Jackets, Phantasie-Mäntel, Über-
gangsmäntel, Muffen und Stolen,
Kostüme, Kleider, Röcke, Blusen etc.

Preismessung zum Teil:
von 50, 54, 80, 150, 400, 600 usw.
auf 8, 12, 15, 36, 105, 190 usw.

Westmann
I. Geschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37a (an den
Kolonnaden).
II. Geschäft: N.O., Gr. Frankfurterstr. 115
(2. Haus von der Andreasstrasse).

Ubergangsmäntel 9 **Kostüm-Röcke** 4
früher bis M. 30,00 jetzt M. 15,00/jezt M. 4

Sonntags geöffnet 9-10, 12-3 Uhr

222. Königlich Preuss. Klassen-Lotterie.
Ziehung vom 11. Januar 1910, vormittags.
Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffen-
den Nummern in Klammern beigelegt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
11 417 906 [100] 1000 199 [500] 706 [100] 87 357 436
718 2031 122 63 708 [100] 829 [100] 89 81 873 701 92
841 42 973 3099 140 356 69 588 571 730 802 887 4117
868 400 978 911 5111 [100] 696 97 6100 540 711 97 604
900 7739 487 564 835 91 90 739 827 87 8146 229 500 31
92 121 32 511 619 73 815 9473 555 632 87 744
10000 181 751 11977 345 99 670 330 825 28 941
12044 216 508 990 138 99 13322 470 509 516 728 45
966 14310 429 569 751 835 47 333 [100] 15003 103 501
221 344 [100] 448 [1000] 16147 301 84 582 648 [100] 748
17024 2713 313 36 431 631 872 636 73 18150 675 720 54
694 19123 133 390 761
20390 613 82 [100] 126 47 849 [100] 21300 741
41 31 865 344 22205 154 68 71 235 312 742 905 25
78 23047 234 472 503 8 750 870 330 24130 630 636 987
25141 78 205 600 52 79 92 800 28054 921 512 654 947
75 27104 87 511 435 89 96 702 [100] 79 312 909 72
28281 359 780 365 29180 215 21 [100] 47 88 89 447
546 707
30056 211 14 748 31232 550 861 915 32200 36 826
312 31 839 40 23218 217 875 34117 513 535 35187
282 282 [100] 815 34 602 23 37 858 36114 100 90 [100]
324 37011 83 156 570 861 944 38374 94 421 600 314
39222 323 87 827
40288 249 75 686 41360 582 94 [100] 627 42 28
612 422312 418 891 744 844 [100] 43107 25 273 683
628 44023 219 244 400 548 430 [100] 99 823 97 45063
121 81 504 607 19 706 820 40211 95 296 372 455 587 703
487 47064 65 218 478 868 828 [100] 79 701 96 824 47
972 95 42689 [100] 178 [100] 86 230 307 548 87 725 977
49218 122 99 330 71 606 525 [100] 45 987 94
50088 155 304 19 87 78 906 70 87 [100] 708 884
51041 78 156 247 87 417 558 52495 873 421 34 940
53387 [100] 513 54099 48 300 496 970 71 806 635
55640 80 65 283 35 418 87 557 951 36200 [100] 119
68 81 281 323 58 353 862 961 57000 465 612 714 58063
673 596 621 700 359 59522 341 376 483 132 858
60349 329 437 671 756 987 61141 317 86 305 86
625 797 950 62110 215 854 958 63113 425 78 852 64148
239 78 305 8 401 [100] 545 845 355 65122 210 28 61
99 874 66201 181 367 804 713 814 67212 419 [100] 508
717 87006 [100] 34 [100] 48 110 43 296 82 502 543 900
713 870 [100] 88009 227 436 81 564 89223 384 87 72
438 823 730 79 320 76 80
90282 281 96 538 80 791 [100] 647 54 904 91064 76
431 92234 217 [1000] 613 87 810 89 920 78 93308 146
854 786 94108 378 569 608 21 804 97 95977 153 230 689
781 887 96037 29 385 711 96 217 92 97014 60 864 449
83 500 12 35 72 98432 81 89 723 99303 35 272 481 380
742 85 812 000
100014 21 258 445 75 575 618 830 101148 76 205
744 102019 71 107 60 65 103178 375 554 78 137 888
104283 289 552 97 644 40 714 105050 [100] 70 250
[100] 322 402 [100] 807 39 920 106006 144 57 309 443
91 625 721 898 107070 363 [100] 822 918 49 65 108083
823 90 402 88 87 304 718 28 46 87 917 109110 481 623
110304 76 305 474 977 739 817 817 28 111306 290
800 409 78 550 815 793 913 112121 214 830 [100] 248 64
908 47 113000 [100] 136 351 421 818 933 97 114083
306 38 58 231 318 454 68 336 608 720 40 115080 130
684 87 116220 48 497 858 28 727 65 870 117301 418
43 525 118043 82 202 800 19 45 68 71 119000 50 152
437 808 900 24 88
120198 282 341 404 41 96 507 785 830 901 24 121428
78 997 122176 211 458 562 620 55 763 825 45 123335
661 943 36 124108 325 710 837 125000 95 182 744
67 454 208 [100] 140 126258 252 475 724 78 835 824
127046 141 62 81 276 438 644 84 940 128281 736 973
129049 77 100 31 38 317 482 703
130046 803 81 581 800 40 131077 47 80 115 48
71 282 330 517 797 132333 57 586 873 133085 133 327
95 437 670 884 134140 297 218 531 654 135196 308
860 491 19 983 136022 190 127 54 333 405 [100] 57 207
609 627 884 941 137184 327 450 808 748 138169 81 650
63 74 139044 480 343 404 51 722 7 508
140000 853 35 57 706 963 141053 179 84 250 [100]
508 [100] 480 500 605 142254 79 96 487 219 88 143282
211 12 504 62 648 726 931 144104 385 91 84 473 875
284 145154 221 507 77 [100] 667 813 827 146286 305
[100] 82 99 473 530 840 820 75 990 147088 80 99 150 241

214 22 488 81 760 [100] 906 148181 77 173 222 862 [100]
833 149178 84 85 282 542 451 [100] 600 [100] 730 40 97
150152 84 85 282 542 451 [100] 600 [100] 730 40 97
805 999 151041 111 502 896 954 75 [100] 152041 177
299 689 88 922 153059 664 790 970 154119 80 283 819
758 917 48 155101 23 832 122 944 88 76 156146 796
[100] 438 671 51 74 804 16 157178 228 90 509 712 25
158908 197 397 411 629 972 159020 24 [100] 209 682
641 89 87 726 48 874 81
160168 74 [100] 353 89 478 585 654 796 822 93
161029 61 89 426 792 628 80 324 [100] 50 162149 72
207 82 417 57 521 526 702 25 98 848 942 79 163379 805
164160 418 520 165085 [100] 137 75 321 68 [100] 623
83 571 16647 602 258 167281 65 213 43 619 854 303
168061 124 218 618 725 601 48 945 63 169214 25 230
403 37 942
170148 248 800 984 171027 81 [100] 285 622 172283
184 254 405 477 781 849 [100] 974 173228 294 455 690
714 812 52 374180 281 655 985 175119 769 215 176113
85 814 87 964 177012 165 218 [100] 55 847 61 547 63
64 861 871 178586 501 67 721 997 78 94 179090 413
180197 936 [100] 181085 377 85 449 70 182229
621 82 647 948 183075 278 403 [100] 821 825 [100]
184894 90 176 316 85 479 501 954 [100] 185187 633
747 847 887 73 186024 27 47 490 671 712 328 28 89
187025 143 219 360 479 810 810 188175 663 67 50 673
189048 110 37 297 583 818
190098 93 316 88 477 538 624 [100] 723 86 891 906
191041 81 51 545 609 822 955 [100] 59 192366 650
740 804 8 944 193067 376 34 382 577 796 897 80 904
194122 209 548 602 936 195014 43 197 477 [100]
207 744 196062 250 325 95 961 96 197188 81 [100] 255
63 488 584 818 82 [100] 900 [100] 198222 308 520 712
[100] 199645 344 723 941
200187 251 90 704 [100] 41 908 201001 71 323
[100] 687 700 906 202080 518 491 52 388 534 912
203300 489 89 864 324 204045 48 114 26 356 605
754 875 205027 31 496 80 828 43 50 782 801 206001
146 861 87 413 23 81 704 954 [100] 89 207000 474
664 208156 308 628 48 324 209360 400 500 937 [100]
210028 81 206 7 408 21 612 54 72 98 744 48
211176 311 606 710 61 [100] 943 [100] 212040 353
[100] 684 50 213614 779 819 214390 790 215718
447 77 501 612 825 216057 718 514 217361 321 614
611 57 218121 215 435 67 828 824 2181003 181 214
20 312 585 854 729 856 82 83 806 54 70
220056 408 [100] 703 81 888 998 221188 80 277
481 700 222288 450 844 80 71 728 223000 296
374 [100] 90 224038 358 738 [100] 811 89 664 226761
[100] 65 76 92 911 [100] 227007 505 56 [100] 698 740
338 228170 275 35 300 83 269 604 99 756 826 229007
431 540 661 716 64 95 867 79 [100] 928 73
230006 7 147 523 689 809 231028 [100] 389 520
729 908 74 232008 171 73 810 214 300 504 621 80 785
233008 140 48 289 487 576 604 713 800 [100] 915 30
77 234523 72 [100] 301 21 53 80 447 628 749 235085
10 21 235 30 542 726 359 69 236303 508 490 676 715
30 228 237441 455 570 38 [100] 798 846 238215 270
317 71 613 727 868 840 239013 280 805 917
240156 354 45 [100] 574 71 604 241023 [100] 54
88 504 501 682 704 806 242154 505 243188 300 64
302 72 648 709 48 800 912 [100] 244097 800 776
85 862 245025 [100] 48 238 804 28 943 246008 101
33 43 431 642 648 762 51 247006 148 218 [1000]
383 84 762 83 [100] 248097 381 [100] 814 905 249000
120 89 812 [100]
250009 181 841 251060 [100] 637 943 87 252288
35 809 887 253013 305 76 600 721 [100] 826 254125
58 601 255219 348 961 256008 180 206 75 446
49 774 841 905 257180 256 542 602 70 746 906 258200
30 24 282 700 259181 [100] 90 221 00 206 449 19 863
74 720 84
260002 90 408 618 97 806 261280 280 886 262130
400 600 33 626 84 996 263106 211 670 784 264021 297
379 520 888 87 759 916 265073 108 65 225 293 718 807
10 24 266000 111 87 328 34 267117 298 545 87 535
705 501 96 946 75 268519 361 308 269152 [100] 874
89 989
270013 573 686 844 71 874 271078 81 290 519
674 717 85 272052 305 73 436 81 132 79 809 29
273278 437 675 789 814 28 805 274119 612 698 889
90 275027 329 475 624 69 276190 411 632 277027
308 715 [100] 805 841 278037 86 227 775 859 977
279079 [100] 345 322 786 860 99 312
280033 13 231 266 281077 125 365 [100] 86 85
436 596 690 821 847 282198 362 283146 361 505 7 28
526 723 906 284002 147 137 [100] 808 285000 34
[100] 271 813 47 19 527 63 65 286376 865 704 41 92
842 849 287122 268 523 632 708 81 906 36 288776 723
80 383 289035 38 609
290007 34 66 185 264 74 417 85 290 291123 80
241 712 919 78 292004 561 411 807 22 293003 160
291 384 576 601 985 292 294085 80 185 92 622 715 31
295027 79 202 433 701 296118 821 [100] 847 63 71
297047 86 282 [100] 656 77 330 979 29 208363 420
89 291 299123 79 841 749 83
300708 840 301099 88 192 218 28 961 302791 89
303154 301 28 20 461 551 636 787 818

L. Ziehung I. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 11. Januar 1910, nachmittags.
Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffen-
den Nummern in Klammern beigelegt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
151 260 593 640 80 [100] 898 1077 398 204 247 80
97 432 [100] 78 556 816 [100] 2008 [100] 200 77 731 854
3000 44 84 86 225 961 848 827 4287 89 73 605 63 781
698 904 [100] 73 5280 [100] 54 514 65 608 703 961 8031
493 840 [100] 58 949 7090 208 263 444 49 762 38 8134
212 338 460 598 751 9073 540 730 800 24 822
10260 436 77 86 621 828 78 987 [100] 11274 [100]
380 417 12015 226 425 80 705 24 811 96 628 13179 201
494 780 899 987 14000 81 58 143 68 222 23 39 917 15213
71 79 804 85 641 585 946 18008 307 84 229 474 758 17014
237 65 474 [100] 768 349 18077 463 264 19078 208 207
[100] 453 633 749 [100] 550 39 919 86 [100]
20019 648 821 28 950 70 21023

Aus dem Berliner Innungsweien.

Mit welcher Geringschätzung die Innungsmeister die gesetzliche Vertretung d. Arbeitnehmer, die Gesellenausschüsse behandeln, ist schon des öfteren dargelegt worden.

In Nr. 176 dieses Blattes ist das mehr als eigentümliche Verfahren des Vorstandes der Bäckereinnung „Concordia“ bei der praktischen Ausführung der Lehrlingsprüfung einer Kritik unterzogen worden.

Bei diesen Prüfungen war bis dahin ein Vertreter des Gesellenausschusses nicht hinzugezogen worden. Gemäß § 131a der Gewerbeordnung, der davon spricht, daß von den Besitzern bei der Lehrlingsprüfung einer der Meister aus den Reihen der Innung, der andere aus der Zahl der Gesellen zu bestellen ist, wandte sich der Gesellenausschuh der Bäckereinnung „Concordia“ beschwerdend an den Vorstand der Handwerkskammer mit dem Antrage, in Zukunft auch einen Vertreter des Gesellenausschusses zur praktischen Lehrlingsprüfung zuzulassen.

Darauf ging dem Beschwerdeführer Anfang November v. J. dieser Bescheid zu:

Berlin C. 2, den 2. November 1910. Neue Friedrichstr. 47 I.

Handwerkskammer zu Berlin. J.-Nr. 4894/09 I.

Auf die Eingabe vom 17. September cr., betreffend die eines Gesellenausschuhvertreters bei der praktischen Lehrlingsprüfung, teilen wir ergeben mit, daß für uns keine Veranlassung zum Einschreiten vorliegt.

Uebrigens wäre die dortige Forderung praktisch gar nicht durchführbar, da nur in Arbeit stehende Gesellen dem Prüfungsausschuh als Meister angehören können und diese bei der Vornahme der Arbeitsprobe infolge ihrer Beschäftigung unabhummlich sind.

Der Vorstand. Bernard, Vorsitzender. Dr. Fischer, in Vert. des Syndikus.

Der Vorstand der Handwerkskammer bestreitet also dem Gesellenausschuh überhaupt das Recht der Mitwirkung bei der praktischen Prüfung der Lehrlinge. Es wäre sehr interessant gewesen, zu erfahren, ob denn die Innungsvorstande so gnädig sein können, den Gesellenausschussen die Mitwirkung bei dem theoretischen Teil der Prüfung zu gestatten! Nicht trüglich und für die Innungs-krafter recht bezeichnend ist auch der letzte Satz des Bescheides.

Weil der Backergeselle unabhummlich ist, muß das Gesetz in seinem klaren Wortlaut stranguliert und zugunsten der Bäckermeister ausgelegt werden.

Man würde indessen fehl gehen, zu glauben, daß die Handwerkskammer diesen offenbar rechtswidrigen Standpunkt immer einnimmt. Das ist, soweit wir unterrichtet sind, nur bei der Bäckereinnung „Concordia“ geschehen. Vor uns liegt ein anderer Entscheid derselben Handwerkskammer auf eine Beschwerde, die der

Gesellenausschuh der Dachdeckerinnung aus demselben Anlaß wider seinen Innungsvorstand erhoben hatte.

Dieser Bescheid lautet:

Berlin C. 2, den 25. Oktober 1909. Neue Friedrichstr. 47 I.

Handwerkskammer zu Berlin. J.-Nr. 5132/09 I.

Ihre Beschwerde vom 1. ds. Mts. wegen der Nichtzuziehung der Gesellenmeister des Innungsprüfungsausschusses zu dem praktischen Teil der Gesellenprüfung sehen wir als berechtigt an. Wir haben hier von dem Innungsvorstand Kenntnis mit dem Ersuchen gegeben, in Zukunft hiernach zu verfahren und auch zu dem praktischen Teil der Prüfung mindestens einen Gesellenmeister heranzuziehen.

Dem weitergehenden Antrage, die schon vorgenommene Prüfungen für ungültig zu erklären, kann nicht stattgegeben werden.

Herrn Herzog wollen Sie von diesem Bescheide Mitteilung machen.

Der Vorstand. gez. Bernard, Vorsitzender. gez. Dr. Fischer, in Vert. des Syndikus.

Welcher Bescheid ist nun eigentlich richtig? Der vom 25. Oktober oder vom 2. November? Beide sind unterzeichnet von den Herren Bernard und Dr. Fischer! Wohlhabende Leute werden sagen, das kommt daher weil der Vorsitzende der Handwerkskammer nicht Dachdeckermeister, sondern Bäckermeister ist oder war. Der Handwerkskammer wird natürlich Gelegenheit gegeben werden, ihre verschiedene Auffassung von der Mitwirkung der Gesellen bei den Lehrlingsprufungen, sowie den Unterschied zwischen theoretischer und praktischer Lehrlingsprüfung bei der vorgefetzten Behörde näher zu begründen!

Technische und andere Klagen führen fast alle Gesellenausschusse der Berliner Innungen. Aus diesen Gründen wollte der Gesellenausschuh der Berliner Handwerkskammer in der letzten Vollversammlung der Kammer diese Klagen zur Sprache bringen. Er erreichte aber seinen Zweck nicht, weil der Gegenstand nicht als Verhandlungspunkt auf der Tagesordnung stand und seitens eines Meisterversetzers Widerspruch erhoben wurde, daß er zur Verhandlung gestellt würde. Der Gesellenausschuh wird daher zur nächsten Vollversammlung die von ihm beabsichtigte Interpellation einbringen.

Alles in allem befelligen die Vorgänge zur Genüge, was bei Beratung des Handwerkergesetzes von unserer Seite gesagt wurde: Die Vertretungen der Arbeitnehmer sind nur Scheinvertretungen und Dekoration für das grundreaktionare Justizletum.

Gerichts-Zeitung.

Aus dem Mandelfeldischen.

Auch das Schwurgericht wird sich mit den Streitvorgangen im Mandelfelder Vergreiv zu beschäftigen haben. Der Vergmann Karl Otto aus Kolined soll während des Streiks versucht haben, einen Arbeitswilligen mittels Gewalttätigkeit und Ehrverletzung zur Teilnahme am Streik zu veranlassen. Das Schöffengericht in Hettstedt hatte sich zum zweiten Male mit der Sache zu befassen, nachdem in der ersten Verhandlung sein Vorsitzender wegen Befangenheit abgelehnt worden war. Die Strafkammer in Halle

erklärte den Amtsrichter nicht für befangen. In der erneuten Verhandlung wurden drei Monate Gefängnis beantragt. Das Schöffengericht erklärte sich jedoch für unzuständig und verwies die Sache an das Schwurgericht in Halle.

Dem Rechtsempfinden schlagt dieser Versuch, einen zweiten Landfriedensbruchprozess zu konstruieren, ins Gesicht.

Keine Klassenjustiz.

Daß auch bei Vermogensbesitzen der Unternehmer weit milder bestraft wird, als andere, illustrieren wieder mal folgende vor der Warburger Strafkammer kürzlich hinter einander gefällte Urteile.

1. Ein junger Mann aus Kolbe hatte sich durch Vorzeigen eines gefalteten Briefes bei einem Kaufmann Geldbeträge von 5 und 45 M. erschwindel. In einem dritten Falle, in dem er sich auf dieselbe Weise 100 M. zu verschaffen suchte, blieb es bei dem Versuch, da der Angeklagte hier den Prinzipal nicht antraf. Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahre. Außerdem wurden dem Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zwei Jahren aberkannt.

2. Der Tiefbauunternehmer M. aus Kassel hatte, als er am Bahnhof Alendorf M.-B.-G. im April 1909 Erdbarbeiten ausführte, Krankenbeitrage seiner Arbeiter, insgesamt etwa 30 M., unterschlagen. Der wegen gleichen Vergehens bereits vorbestrafte Angeklagte wurde zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Geschädigte war in dem hart bestraften Fall ein wohlhabender Bürger, in dem leicht geahndeten Fall Arbeiter und eine für soziale Pflichten eingerichtete Kasse. Man sollte annehmen, bei gerechtem Ausmaß würde umgekehrt entschieden. Aber Gerechtigkeit und deutsche Klassenjustiz sind unvereinbare Gegensätze.

Eingegangene Druckschriften.

Bornholmer Novellen von N. Andersen-Negz. Aus dem Dänischen übersetzt von E. Stine. 182 Seiten. G. Werlesburger, Leipzig.

Die Kraftgetriebe. Lustspiel aus der Viedermeierzeit von W. Lub. 2 M. H. Lub. Stuttgart.

Nordlicht. Heft 7. Erscheint 14taglich. 20 Pf. Wolf Buchhaus Verlag. Berlin SW. 11.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 3 columns: Wasserstand, am 10. 1., seit 9. 1. and 3 columns: Wasserstand, am 10. 1., seit 9. 1. with various locations like Remel, Tilsit, Regal, Insterburg, etc.

*) + bedeutet Sturz. — Fall. *) Unterpaßel. *) Eisstand.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Versand-Abteilung: Leipziger Strasse | Versand nach ausserhalb erfolgt prompt

Mittwoch bis Sonnabend

Aussergewöhnlich preiswertes Angebot

Soweit Vorrat:

Fisch-Konserven

- Bismarok-u Bratherlinge Dose 42 Pf.
Heringe in Gelee . . . Dose 30 Pf.
Forellenheringe in Gelee Dose 60 Pf.
Delic.-Heringe in div. Saucen Dose 50,80 Pf.

- Nordseekrabben . 1/2 Dose 72 Pf.
Aal in Gelee Dose 85 Pf.
Neunaugen. Dose 95 Pf.
Etwas Apartes 85 Pf.

- Sardinen in Oel Marke:
„René“ Dose 42 Pf., „Carmen“ Dose 55 Pf.
„Loubet“ Dose 62 Pf., „Perrier“ Dose 75 Pf.
la. Kronen-Hummer 1/2 Dose 2.20

Fleisch- u. Wurstwaren

- Feine Leberwurst . . . Pfd. 95 Pf.
Pa. Landleberwurst . Pfd. 90 Pf.
Hoch-Pa. Truffelleberw. Pfd. 1.20
Feine Pastetenleberw. Pfd. 1.10
Ger. Mortadella mit Pistazien Pfd. 95 Pf.
Prima Jagdwurst . . . Pfd. 95 Pf.
Westfal. Knoblauchw. Pfd. 1.00
Rugenw. Art Tee-Wurst Pfd. 1.25

- Holst. Cervelat u. Salami Pfd. 1.15
Blasen-Cervelat Gottlinger Art . . . Pfd. 1.35
Fettdarm Schlackwurst Pfd. 1.40
Hamburg. Rauchfleisch Pfd. 1.60
Delikat.-Fleischwurst Pfd. 90 Pf.
Gekocht. Schinken 1 Dose, infolterilig . Pfd. 1.25
Delik.-Wurstch. 8 Pfar Dose 85 Pf. 16 Pfar Dose 1.60
ff. Blut- u. Leberw. m. p. plant. Sauc. Dose 40 Pf.

Kolonial-Waren

- Kaffee gabrl. Pfd. 95, 1.05, 1.15, 1.35, 1.55, 1.75
Tee uns. Spec. Mischung Pfd. 1.25, 1.35, 2.00, 2.30, 3.40, 4.50
Backobst gemischt. Pfd. 30, 45, 60 Pf.
Frz. Pflaumen Pfd. 38, 48, 58 Pf.
Entsteinte Pflaumen Pfd. 36 Pf.
Californ. Birnen Pfd. 55, 65 Pf.
Italienische Prunellen Pfd. 68 Pf.
Sahn.-Creme-Schokol. Pfd. 1.10

- Kakao deutsch Pfd. 75, 90 Pf. 1.10
Holl. Kakao Marke Delke, in Paket Pfd. 1.35
Haush.-u. Block-Schok. Pfd. 68 Pf.
Kronen-Cakes Pfd. 42 Pf.
Haushalt-Cakes Pfd. 55 Pf.
Pa. Weizenmehl 5 Pfd. 95 Pf. 10 Pfd. 1.85
ff. Kaiserauszug Pfd. 1.10 10 Pfd. 2.10
Braune Hamb. Kuchen 1/2 Dose 75 Pf.

1 Posten prima Cervelat Pfd. 1.10

Deutsche Ochsenzunge in Dosen Netto für 6 Nett. Pfd. 1.70

Gr. Junge Brathahne stock 2.00-2.50

Junge Enten stock 2.25 2.75 3.25

2 Waggon Gänse gefroren Pfd. 57 Pf.

Öffentliche politische Versammlung

der

Frauen Groß-Berlins

am
Freitag, den 14. Januar, abends 8 Uhr,
 in **Kellers Festsälen (Jnh. Freyer), Koppenstr. 29.**

Tages-Ordnung:

Die Frau im Klassenkampf.

Referentin:

Genossin **Therese Schlesinger-Eckstein** aus Wien.

Freie Diskussion.

Genossinnen! Erscheint in Massen!

Der Einberufer: **Eugen Ernst, Wöhlerstr. 9.**

Verband der freien Gast- und Schankwirte
 Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Bezirksversammlungen:

- Bezirk 1. Am Donnerstag, den 13. Januar, beim Kollegen Anton Gieseler, Röhrenlee.
 " 2. Am Freitag, den 14. Januar, beim Kollegen Braute, Wdstr. 19.
 " 3. Am Freitag, den 14. Januar, beim Kollegen Edelmann, Ragner Str. 67.
 " 4. Am Freitag, den 14. Januar, beim Kollegen Lübbe, Drebbener Str. 116.
 " 5. Am Donnerstag, den 13. Januar, beim Kollegen Stramm, Ritterstr. 123.
 " 6. Am Freitag, den 14. Januar, beim Kollegen Schubert, Sebaltsstr. 42. Vortrag: Der Schnapsbottel und die Spiritus-Zentrale.

Sämtlich nachmittags 5 Uhr.

74/8*

Die Ortsverwaltung.

Arbeiter!

Eure Gesundheit und Kraft ist Euer Kapital!

Meidet den Alkohol und trinkt statt dessen **nur**

Brühl's Bouillon aus Brühl's Krattbrüh-Würfel
5 Pfg. das Stück.

Kein Surrogat — wohlschmeckend — bekömmlich — nahrhaft kräftigend



Überall zu haben!

Allgemeine Nahrungsmittel-Ges.

Brühl & Cie.

BERLIN SO. 16



Verband der Maler, Sackierer, Anstreicher usw.

Reichthorstraße 28, part. Filiale Berlin. Bersprecher Amt IV Nr. 4787.

Zweck Abstimmung über den Schiedsspruch der Unparteilichen betreffend Lohn und Arbeitszeit finden am **Donnerstag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, vier Mitglieder-Versammlungen**

in folgenden Lokalen statt:

Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee 151-152

Graumanns Festsäle, Naunynstraße 27

Bockbrauerei, Tempelhofer Berg

Puhlmann, Schönhauser Allee 148.

Sehr geehrte Kollegen! Da diese Versammlungen darüber entscheiden sollen, ob der Schiedsspruch angenommen wird, ob wir in eine tariflose Zeit hineinkommen, so ist es die höchste Pflicht eines jeden Kollegen, in den Versammlungen zu erscheinen. Jeder Kollege geht zu der Versammlung die ihm am günstigsten liegt! 128/2*

Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Isolierer und Steinholzleger Deutschlands

Donnerstag, 13. Januar, abends 8 Uhr, in Fritz Wilkes Festsälen, Brunnenstraße 189:

Gemeinsame Mitglieder-Versammlung

beider Branchen Berlins.

Tages-Ordnung:

1. Welches sind die Absichten des Zentralverbandes der Isolierfirmen Deutschlands in bezug auf einen Reichstaxi, und wie verhalten wir uns dazu? 2. Vorschläge der Geschäftsleitung. 3. Diskussion.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Um recht zahlreichem Besuch bittet

Der Vorstand, J. H. Hermann Lange.

281/8

Die hierorts fallenden Schweinepreise ermdulichen es mir **1a Schweinefleisch** (bestehend aus Schnauzen, Ohren, fleischigen Woten, Kopfskiden etc.) garantiert inländische, tierärztlich untersuchte Ware zu liefern von 30 Pfd. an p. Pfd. mit 30 Pfd. zu offerieren. Postfrei enthalten 9 Pfd. 3.- M. **1a Gabeln** (Dübeln), vollständig, pro Hund 55 P. Alles ab hier p. Nachnahme. Garantie. Nichtgefallendes retour. 210/13*

Reinickendorf, Schweizer-Viertel, im neuen Zentrum,

in nächster Nähe des Schillerparks und des Schillersees vorzüglich gelegene billige 2- und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaus, mit auch ohne Bad, Balkon usw. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-Promenade, Wiener Straße, Küll-Strasse, Völander- und Thuner Straße

Brauerei Happoldt

Masenheide 32/38, S. 59.

Täglich:

Bockbier-Ausstoß

in Flaschen und Gebinden. Dieses vorzügliche Gebräu kann man als den stärksten Bock Berlins bezeichnen. Vollmundig und außerordentlich bekömmlich.

Reste

Damentuche, Schwarz u. farbig, Kostümfstoffe, neue! Raft, Seide, Sammete, Besätze, Futterstoffe, Plüsch zu Mänteln, Chev-Kammgarns zu Strahlen-Strümpfen.

Konfektion:

Paletots, Jackets, Staubmäntel, Kostüme, Kostümröcke.

Stets Gelegenheitskäufe!

Paul Karle,

Warschauerstr. 18. (*



Selten günstige Kauf-Gelegenheit!

Die bei der stattgehabten Lageraufnahme festgestellten Ueberfüllungen geben uns Anlaß, eine große Anzahl Genres auszusortieren und

gewaltige Mengen zum Teil streng moderner Waren zum forcierten Verkauf zu bringen.

Die bezüglichen Preise sind

ganz bedeutend — teilweise bis auf die Hälfte und noch mehr — herabgesetzt

Beispiellos billiger Inv.-Ausverkauf folgender Artikel:

- | | | |
|------------------|------------------|-------------------|
| Herren-Anzüge | Loden-Joppen | Herren-Paletots |
| Herren-Hosen | Pelz-Joppen | Herren-Ulster |
| Phantasie-Westen | Geh-Pelze | Knaben-Paletots |
| Herren-Hüte | Gummi-Paletots | Knaben-Anzüge |
| Wäsche — Kragen | Pelerinen-Mäntel | Knaben-Hosen usw. |

BaerSohn

Chausseestraße 29-30

11 Brückenstraße 11

Gr. Frankfurterstr. 20

Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog No. 38 (neueste Moden) kostenlos und portofrei.



Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Moabit Turnstraße 55, Ecke Waldstraße gewährt jedem bei spielend leichter An- und Abzahlung mehrjährigen Kredit auf Waren und Möbel.

Credithaus Gebr. Weber, Neue Königstr. 98. Spandau, Potsdamerstr. 23 I. Ischlantstraße 4. H. Rosenhelmer, M. Schöneberg, Kolonnenstr. 9 am Ringbahn.

Lubascher, S. Spandauerstr. 23 I. Rosenhelmer, M. Schöneberg, Kolonnenstr. 9 am Ringbahn.

Alkoholfreie Getränke Sinaleo (Bilzbrause) Gen.-Vertreter Otto Starick

NO, Landsberger Allee 6/7. Fernruf VII. 1666 und 1664. Krüger, E. G. m. b. H., Hochstr. 28.

Bäckereien, Konditoreien Eisenh. Kraftbröt, vint. prim. u. best. exp. D. R. P., Feronia 137307

Oskar Hanke's Brotbäckerei 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins und in Rixdorf. Gegründet 1892.

Hankes Brotbäckerei Inh.: Paul Hanke. Läden in allen Stadtteilen. Herberg, Paul, Amsterdamstr. 29. Utechtstr. 17. Burgdorfstr. 14.

Peter's Gross-Bäckerei in allen Stadtteilen und seitlichen Vororten; über 60 eigene Geschäfte.

Th. Turban Landbrotbäckerei, Niederbarnimstr. 5, Landsb. Allee 146.

Ulbrich Charlottenburg, 29 Filialen. Badeanstalten

Augusta-Bad, Köpenicker Str. 60/61. Diann-Bad, Köpenicker Str. 92. Bad Invalidenstr. 16.

Köpenicker Bad, Köpenickerstr. 178. Münchener Bad, R. Münchenerstr. 31. Neander-Bad, Neanderstr. 12. Bad Peterburgerstr. 64.

Prinzen-Bad, Prinzenstr. 42. Viktoria-Bad, Ranzelsh. Pr. Albertstr. 4.

Bandagen, Gummiwaren Lange, A. E., Brunnenstr. 167. Meyer, P. R., Berlinerstr. 43-50.

Wende, A., Optiker Zimmer, Rich., gr. Frkf. Str. 112.

Beerdigungsanst., Sargm. Fuchs, Paul, Frankfurter-Allee 143. Jordan, E., Birkenstr. 13, Moab. 2196.

Beleucht.-Gegenstände Böttner, A., Danzigerstr. 94. Neuwendorf, O. P., F. d. Spar-Vor. Nord.

Schrammar, H., Rixdorf, Richardstr. 118. Stoß, M., Rl., Kaiser Friedrichstr. 219.

Berufskleidung Bohm, R., Inv.-Str. 133, Chausseest. 129. Garderobenh. Nordstern, Brunnenstr. 23.

Graff & Heyn, Rixdorf, Gerichtr. 84. Fabry, Wilh., Brunnenstr. 116.

Schlesinger, Hermann N.W. Turmstrasse 55 Die richtigen N. Reinickend.-Str. 49 Sachen. Lieferant d. Konsumgenossenschaft.

Wilh. Scholem Kottbuserdamm 94, Kellor.

Schuch, M., Rixdorf, Berlinerstr. 12. Spandau, Havelstr. 11, Spandau, Rheinländische Arbeiter- und Berufskleidung, S. Lindemann. Mühlenweg 3.

Wecker, A., Kottbuserdamm 98. Bierbrauereien, Bierdfig.

Bergbrauerei Feinstes Doppelbier Tel. III. 1412.

Patzenhofer Brauerei Die Patzenhofer Flaschenbiere sind in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Berliner Bock-Brauerei

Berliner Weißbier-Brauerei, Carl Richter, Berlin, Daldorfstr. 3, T. 1980 Bier-Verlag, Gitschinerstr. 90.

BORUSSIA Malzbier. Brauerei „Germania“ Action-Gesellschaft. Inca. 100 eig. Ansechanklokal. 4/10 L. Bairisch 10 Pf., kl. Weiße 10, gr. Weiße 20 Pf.

Brauerei Alt-Berlin, Charlottenbg. Brauerei Königstadt feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Pfefferberg, Versand- und Pilsener Bier. Brauerei Weissensee, G. Euders.

Groterjans Malzbier. Hempel, E., Müllerstr. 138 d. Kahlenberg, A., Müllerstr. 146c. Lutschnauerei Weissensee.

Malz- u. Weißbier-Brauerei Stern, N. Prinz-Allee 77. Tel.-A. Moabit, 2921. Richter & Co., J. C. A., Weisbierbrauerei, gegr. 1820, Berlin C. M., Tel. III. 1817.

Schlossbrauerei Schöneberg. Schlossbräu - Kronenbräu in Gebinden und Flaschen. Spandauerberg-Brauerei, Westend.

Stauch, Christian, Weiß- u. Malzbierbrauerei, Wildenowstr. 4, Tel. II, 1885. Streblow & Co., Weißb., Gerichtr. 43.

Vereins-Brauerei Rixdorf Berliner Kindl. Weißbier-Brauerei, vorm. H. A. Bolla Friedrichstr. 123, Tel. III, 2542.

Weissbier, C. Breithaupt, Fallendenstr. 97. Tel.-A. VII. 2634. Butter, Eier, Käse

Butterhandlung J. F. Assmann 20 Filialen in Berlin O. Dänker, Otto, 11 Filialen.

Butterhandlung Fritz Muth. Schulz, Arthur, Rl., Hermannstr. 39 u. 45. Zu den drei Sternen, zahlr. Filialen. Zu den drei Kronen, 23 Filialen.

Cacao, Chocolade Beer, Gust., Müllerstr. 155. Cyliax, G., Filialen in allen Stadtteilen.

Seiffert, Erich, Filialen in Berlin und Vororten. Cigarrenhandlungen

Adelt, A. G., Müllerstr. 12. Böckmann, J., Bergstr. 136/137. Conrad, W. Rl., Hermannstr. 50.

Frei-Rauch, Zigaretten, Rixdorf, Ringbahnstr. 20 I, T. R. I. 1246. Gessle, Rudolf, Fruchtstr. 65.

Henning, A., S. Camphauerstr. 13. Koschorrek, G. Kreuzbergstr. 16-20. Müller, Paul, Beusselstr. 28.

Prieger, Wilh., Bellealliancestr. 75. Schirmer, A., Invalidenstr. 2. Strahler, W., SW, Nottitzstr. 12. T. A. G., Thaeerstr. 19.

Teuber, Franz, Urbanstr. 35. Weber, K. Rl., Hermannstr. 110. Wolters, Theod., Blicherstr. 25.

Damenkonfektion Hugo Ahronfeld, Or. Frank Str. 117 - Badstr. 27. Esser, Klara, Mittel, Maltzbergstr.

Cohn, Geschw., Bergmannstr. 9. Wilmersdorferstr. 57. Dressel, Paul, Brunnenstr. 97.

Freundlich, Paul, Brunnenstr. 97. Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.

Hirschowitz, Hermannstr. 54. Link, Paul, Rixdorf, Reuterstr. 63, a. d. Kaiser Friedrichstr. Damen-Mäntel-Fabr.

Rosenthaler Straße 16/17. Schultz, Paul, Rl., Berlinerstr. 41.

Wagner, P., Rixdorf, Bergstr. 42. Drogen u. Farben

Centr.-Drog., Spandau, Seimeisterstr. 8. Gottschalk, Otto, Kronstr. 55 a. Gronefeld, U. Rl., Hermannstr. 144.

Hellos-Drogerie, Frank. Allee 156. Hesse, Max, Spandau, Breito Str. 62. Keuno, Carl, Brunnenstr. 20.

Kronen-Drogerie, Alt-Boxhagen 49. Regen, Koppenstr. 95, a. Schies. Bf. Richter, R. Reinickendorferstr. 110.

Schultz, Hugo, Müllerstr. 166 a. Photogr. Bed.-Art., Hyg. Gummi. Steffiedt-Drogerie, Kolonnenstr. 120. Edmond Buchloh, Soldinerstr. 26. Lieferant sämtl. Krankenk. T. II. 2558.

Eisen- u. Stahlw., Waffen Aln, O. Rl., Kaiser-Friedrichstr. 6. Anders, Otto, Berlin, Brunnenstr. 109.

Kiessling, G., Rixdorf, Bergstr. 32. Knichase, A., Skallitzerstr. 46 B. Lamprecht, Martin, Schwedenstr. 1. Linde, F., Rixdorf, Friedelstr. 35/36.

Fiedler, G., Spandau, Klosterstr. 40. Hausberg, Willy, Alte Jacobstr. 92. Sehr bill. Preise! Keine Lockartikel. Heintz, E., Müllerstr. 12.

Hoppe, Lothringerstr. 40. Stieglitz, Schönstr. 118. Krüger, Rich., Köpenickerstr. 47a. Cohn, Simon, Goltzstr. 2.

Loopold & Schulz, Danzigerstr. 27. Liersch, F., Kaiser-Friedr.-Str. 47. Pöhl, Reinhold, Schönebg., Hauptstr. 105.

Röpke, G. Rl., Hohenzollernplatz 15. Fahrrad-Reiser von Rund um Berlin Solidarität-Mitglieder Händlerpreise.

Weinmeisterstr. 2, I. Kein Laden. Schönborn, Willy, Charlbg., Schulst. 3. Färbererei, Wäschereien

Carl Polnow, Frankfurter Allee 63. 20 Filialen. Berliner Dampf-Wäscherei Fritz Hering, Neue Königstr. 84.

Meesters, Th. Osw. Naefe ärberei chem. Wäscherei

Für Britz, Rüdowstr. 24. Fil. Rixd., Bergstr. 74 u. 141. Rixd. Kais. Fdr.-Str. 195a-248.

Friedelstr. 24. Steinmetzstr. 43. Liebaustr. 22. Hln. Lausitzerplatz 8.

Warschauerstr. 8. Schivelbeinerstr. 23. Stenzel, 30, Gräfstr. 52. Kastanienallee 27.

Bernhardstr. 13. Bernauerstr. 26. Goltzstr. 12. Akazienstr. 6. Hauptstr. 108.

Stenzel, Paul, 10 Geschäfte in Nord-Berlin. Fischhandlungen

Winkler & Barthold, Bergstr. 3 u. 57, Kottbuserd. 20. Fleischereien u. Würstw. Biesold, K. Rl., Hermannstr. 147.

Wurst, Speck, Schinken kaufen Sie am besten u. billigsten bei Anton Fehlau, Gonthardstr. Stadtbahnhofen Ecke Königsgr. Adressstr. 47, Landsbergerstr. 98, Königsbergerstr. 5, Landsb. Allee 20, Rixd., Bergstr. 18.

Fassenstein, A. O., Badstr. 12. Wühle, Gust., Turmstr. 67. Grammophon, Sprechm.

Bocker, W., Wilmersdorferstr. 197. I. G. Gotsch, Frd., Alz-Moabit 107, Edison. Heintz, E., Müllerstr. 12.

Hoppe, Lothringerstr. 40. Stieglitz, Schönstr. 118. Hoyer, A., Bergstr. 142 I.

Jahre, M., Teubenerstr. 117. Weberstr. 64. Teilzahl. gestattet. Phonographen-Ratz größtes Spezialhaus.

Pietsch, Hugo, Müllerstr. 160. Röper, Carl, Petersb.-Str. 2 a. d. Frkf. Allee. Rund um Berlin Weismeleisterstr. 2.

Wandell, Invaliden 20, Turmstr. 51. Teilzahlung gestattet. Haus- u. Küchengeräte

Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119. Hamnick, Spandau, Schönewald-Str. 92. Esaulle, Glas, Perlstein, Lampes.

Küchen-Schreiber, Daldorfstr. 19. Lehnert, Emil, Brunnenstr. 178. Palme, H., Frank. Chaussee 61 d.

Robrämer P. Nachl., Frkf. Allee 19. Sandow, Rud., Rosenthalerstr. 3. Schreier, Ad., Bergstr. 145. Wurmsse, Max, Nachl., Invalidenstr. 2.

Herren-Artikel Bazar-Brünnen, Brunnenstr. 66. Brocks, J., Müllerstr. 139. 5/6 Rab. Brückner, Rich., Frank. Allee 34.

Hörnig, Otto, Frkf. Allee 49, Petersb. Str. 28, Warschauer Str. 23. Krause, Wilh., Rl., Hermannstr. 171.

Littauer, Fr., Frank. Allee Nr. 184. Mahuke, Adolf, Hüte u. Schirme. Nord-Ost, Gr. Frank. Str. 130.

Ruben, Oscar, Brunnenstr. 90. Turmstr. 36. Schlesinger, Reichendorferstr. 43.

Sprengel, A., Admiralstr. 20. Zallo, Louis, Oranienstr. 191. Zirkler, Max, Steintinerstr. 3.

Herren- u. Knabengard. Amerikanische Verkaufshäfen, Frank. Allee 166, Rosenthalerstr. 63. Bergmann, E., Turmstr. 43.

Bier, Julius, Brunnenstr. 146. Blitz! nur Goltzstr. 36. Bohm, R., Inv.-Str. 130, Chausseest. 129.

Garderobenh. Nordstern, Brunnenstr. 90. Herr- u. Invalidenstr. 112. Habr.-Bekleidung, Brunnenstr. 72. Hügl, 5/6. Hirsch, J., Hochmeisterstr. 23. Leske & Sipeckel, Schönb. Allee 70c.

Werner, Erich, Schickstr. Allee 184. Am Schönbg. Tor. Hüte, Mützen u. Pelzw.

Bazar-Brünnen, Brunnenstr. 66. Belle, Rud., Chausseest. 65. Casper, Ed., Rixdorf, Bergstr. 130.

Cohn, Simon, Goltzstr. 2. Frenzel, Albert, Rixdorf, Rm. Str. 229. Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.

Haase, Rich., Kastanien-Allee 26. Jacob, Oscar, Schönhauser Allee 104. Kehr-Hüte, Friedrichshagen 25 (Königsstr.).

Krüger, Otto, Müllerstr. 174. Littauer, Fritz, Frankfr. Allee 194. LOBER-HÜTE Frankfurter Allee 193

Lucht, Paul, gr. Frank. Str. 109. Mandel's Hutfabrik, Frkf. Chausse. 3. Nord-Ost, Or. Frank.-Str. 120.

Papist, E. O. 17, Gr. Frank. Str. 138. Parial, A., Frank. Allee 140. Prager, Hutfabrik, Prenzl. Allee 27.

Rieck, Em., Badstr. 64. Ring, A., Rosenthaler Straße 19. Schalesinger, Reichenbergerstr. 43.

Schoerr, Herm., Wilmersd. Str. 46. Vester, E., Damm 18/19. Waack, Ernst, Brückenstr. 62.

Wolner, H., Greifswalderstr. 33. Zimmer, H. Rl., Hermannstr. 108/109. Zöllner, Julius, Badstr. 27. Kaufhäuser

Falkenstein, Paul, Hochstädter-Str. 1. Emil Hoegner Schöneberg Grunewaldstr., Ecke Akazienstr.

Vorwärts-Leser erhält dopp. Marken. Kaufhaus für Gelegenheitskäufe Siegfried Hirschfeld, Habeburgerstr. 7. Täglich Eingang von Partien zu enorm billigen Preisen.

Kaufhaus Gustav Pinkus Müllerstr. 103a. streng reelle Bedien.-bill. fest. Preise.

Kaufhaus Gebr. Preuß Berl. NW, Beussel, Ecke Huttenstr. Beste Bezugsqu. für sämtl. Manufakturw. Spez. Damenkonfektion. Streng reelle Bedien. Liefer. sämtl. Sparr.

Nelson, Bernh., Amsterdamstr. 14. Lichtenberg. Wilde, J., Frank. Chaussee 140. Kohlen, Koks, Briketts

Loebell, L., Kohlenbahnhof, Wedding. Siemon, A. R., Kohlenbhf. Wedding. Kolonialwaren

Barz, Wilh., NO, Weberstr. 9. Alexander Bischoff, Gruse, O. Rl., Bergstr. 101.

Hapke, Martin, Gabriel Maxstr. 6 Rixdorf. Heinrich, R., Bergstr. 25/26. Kst.-Frkf.-Str. 244.

Hentschel, Otto, Romintenstr. 23. Horn, Otto, Rl., Kais.-Friedr.-Str. 230.

Keim, Max, Köpenickerstr. 21. Kerker, Willy, Rathenower Str. 34. Klages, Ernst, Boxh., Gärtnerstr. 24.

Krüger, Berthold, Oidenb. Str. 14. Leppert, Fritz, Maxstr. 13c. Kolonnenstr. 34.

Lutze, Herm., Schwedenstr. 1a. Martens, Franz, V. Wismarplatz 1. Michaelis, Paul, 5 Geschäfte in Nord-Berlin. Falckensteinerstr. 7.

Miosch, Adolf, Skalitzerstr. 73. Pastorine, Gebr., Weissenso. Pütz, Louis, Brunnenstr. 147.

Runge, Otto, Rl., Hermannstr. 55. Scheffel, Christian, Warschauerstr. 68. Scheffler, Carl, Badstr. 16.

Schirmacher, R., Adressstr. 61. Schlenker, Emil, Huttenstr. 7. Schmidt, H., Mantelhofstr. 109.

Sprötte, Ewald, Koppenstr. 7. Witke G. Rl., Badest. 3, Eck-Jonast. Korbwaren, Kinderwagen

Baby-Bazar Davidsohn, Reinickendorferstr. 6. Krankenbedarfsartikel

Fischer, Wilh., N. Swinemünd. St. 116. Lange, A. E., Brunnenstr. 187. Manufakturwaren

Belwe Nachl., Otto, Turmstr. 50. Modshaus. Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.

Grünberg Nachf. M., Modewarenhaus. Hoffmann, M. Ernst, Beusselstr. 27. Gröner. Seidel, M., Weg 43. Mohlhändler

Adler, M., Kolonialw., Frkf. Allee 67. Bethke, Georg, Muskauer-Modshaus, str. 44. Rixd., Elbest. 33, Kais.-Friedr.-Str. 64.

Möbelmagazine Ball, Georg, Gubenerstr. 2. Bauer, R., Landsberger Str. 91a.

Baumgarten, W., gr. Frkf. Str. 29. Berliner „Norden“, Ackerstr. 126 u. Möbelhalle „Norden“, Invalidenstr. 118.

Blesch, Spandau, Schönwalderstr. 11. Bolle's Möbeltischl., N. Gartenstr. 95. Bollmann, Carl, Rl., Boddinstr. 61.

Buchholz, Paul, Stromstr. 45. Cohn, E., gr. Frankfurter Str. 55. katal. Teilzahlg. Zossenstr. 23.

Geppert, Paul, a. Marheineckeplatz. Gericke, Fritz, Müllerstr. 145. See-Kaisgr. 25. Gelegenheitskäufe I. Alz. Str. 55 u. Alexanderstr. 42.

Gleiser, A., Landeburgerstraße 22, kein Laden, ev. Teilz. Gorbahn, Ad., Brunnenstr. 164.

Hönnicke, Otto, Eisenstr. 20. Hopp, Jul., Brunnenstr. 123. Janitzkow, F., Möbelfabrik. König, A., Rl., Berlinerstr. 102.

Küchenmöbel, Rl., Berlinerstr. 90. Lachotzki, L. Rl., Hermannstr. 15. Lazarus, L., Petersburgerstr. 62.

Lehndt, Hans, Lothringerstraße 53. Möbelgelegenheitskäufe. Lüdtke, R. Rl., Bergstr. 4. Siegmann, Decadenstr. 16. auch Teilzahlg.

Möbel-Eberhardt, Friedrichstr. 190 a. Möbel-Gelegenheitskäufe! Wirtschäften aller Preislagen Willy Hasemanns Möbel-Haus Grunewaldstr. 27.

Möbel-Kaufhaus, Norden, Hüttenstr. 111. Möbel Krause Möbel Kastanien-Allee 40, Fabrikgebäude. Teilzahlungsgestattet

Möbel-Rosien, Kastanien-Allee 57. Möbius, Rudolph, Ackerstr. 130. Nagett, Rl., Richardplatz 8, Alt. Neu.

J. Ostrowski jr. Gr. Frank. Str. 1, am Frankf. Tor. Möbel Spiegel Polsterwaren gegen Bar- u. Teilzahlung.

Neukirch, Gebr., Langestr. 9. Straßburgerstr. 22. Am Molkenmarkt. Frising, Ludw., Gartenstr. 23.

Rehfeld, A., Buttmanstr. 20. Gelegenheitskäufe, kompl. Einr. v. 140 M. an. Rettig, Fr. M., Founstr. 44.

Schmidt, Otto, Möbelfabrik, Gartenstr. 52. Slobsky, W., Gneisenaustr. 18, eig. Tischlerei u. Tapezierwerkstatt. Neue Königstr. 29.

Stargard, O., Geleg.-Käufe u. Bar- u. Teilzahl. Stoye, Bernh., N. 20, Prinzen-Allee 89. Uhr, Johannes, Grünthalstr. 68.

Wendland, Ernst, Swinemünd. Str. 121. Möbelfabrik - Bar- u. Teilzahlung. Gr. Frkf. Str. 43/45, auch Teilzahlung.

Misch, Wilh., auch Teilzahlung. Zierau, Ernst, NW, Oldenburgerstr. 67. Molkereien

„Schweizerhof“, Meier und Milchkuranstalt, liefert Vollmilch u. Kindermilch, jed. Tagesszeit frei Haus zu d. üblich. Preisen. Zirkis 100 Verkaufswagen.

Musikinstrumente Grunow, A., Frankfurter Allee 100. Kist, Rich., Brunnenstr. 46.

Pfeiffers Musikh., Kotth. Damm 99. Schnitzke, Otto, Rl., Richardstr. 115. Scholz, Paul, Frkf. Allee 73 b.

Scholtz, Paul, Frkf. Chausse 153. Scholtz, Pietschmann & Co., Brunnenstr. 28. Nähmaschinen

Bellmann, E., Gollnowstr. 26. Göhre, R. Rl., Berlinerstr. 59 I. Rl., Berlinerstr. 84. Hermannstr. 59/60.

Littauer, Vertr. Wilke, Putz- u. Modewaren

Dase, Paul, N. Müllerstr. 174. Hochstim, O. Rl., Berlinerstr. 32. Schubert, Carl, Rl., Bergstr. 148.

Werner, Herm., Pappel-Allee 3-4. Papier- u. Schreibwaren

Seldler, Louis, Rl., Bergstr. 42. Putz- u. Modewaren

Bless, Paul, Rl., Hermannstr. 161 am Bahnh. Wilmersdorfer Straße 118/119.

Graff & Heyn, Rixdorf, Bergstr. 1. Haase, M., Spezialist! Putz. Rixdorf. Hannach, Geschw., Bergstr. 22.

Klahr, H., Reichsb. Str. 129, Sperr. Putz. Kaufhaus f. Damenputz Adolf Cohn jr. Gr. Frankf.-Str. 114, part. u. I. Etage. Modshaus

Behnke, Marienburgerstr. 11. Lf. Kons. Conrad, Paul Frankl. Allee 171. Frise, B., Müllerstr. 163 a. Lieferant d. Konsum-Genossensch. Berlin u. Umg. Goltzstr. 26.

Fiebig, C., Winterfeldplatz. Floor, Friedr., Sparr-Str. 17. Formanowitz, E., Yorkstr. 58 am Bf. Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.

Hannes, Gust., Weddingpl. 1. Horioza, Grassestr. 3, Frankf. Allee 14. Heine, Heinz, Badstr. 17. Lieferant der Konsum-Genossenschaft.

Hübner, C., Rosenthalerstr. 13. Klein, A., Gr. Frankf. Str. 14. Kuhn, Rich., Frankl. Allee 118 a.

Masuch, Otto, Reilstr. 14. M., Babal. Michling, A., Weidenweg 20. Odrowski, F., Kottbuserdamm 102.

Oesterloh, O., Grüner Weg 107. Petersohn, Osk., Müllerstr. 155. Räsener, Gelegenheitskäufe Brunnenstr. 23.

Salomon, J., Petersburgerstr. 40. Schmidt, Gebr., Founstr. 69. Schreter, J., Hermannstr. 52.

Schubh. Max Koh, Bellealliancestr. 98. Schubwarenhaus des Westens Yorkstr. 46. Schüler, Wilh., Schönb. Allee 8.

Sommer, Wilh., N. Schönb. Allee 38. Taucher, E. Weisses, Königsch. 61 b. Tornow, Franz, Tegel, Berlinerstr. 1a.

Wegner, R., Rixdorf, Bergstr. 141. Winter, H., Schönhauser Allee 91. Zastrow, E. Rl., Berlinerstr. 71/72.

Stoll, Marks Leander, Brunnenstr. 137. Teppiche u. Gardinen

